

Das Parlament

Berlin, 22. August 2022

www.das-parlament.de

72. Jahrgang | Nr. 34-35 | Preis 1 € | A 5544

KOPF DER WOCHE

Opfer des Fanatismus

Salman Rushdie Seit über 30 Jahren lebt der indisch-britische Schriftsteller im Fadenkreuz religiöser Fanatiker. Am 12. August wurde der 75-jährige Autor während einer Veranstaltung an einer Bildungseinrichtung im US-Bundesstaat New York von einem 24-jährigen Mann mit einem Messer attackiert und lebensgefährlich verletzt. „Trotz seiner schwerwiegenden und lebensverändernden Verletzungen bleibt sein üblicher kämpferischer und aufsassiger Sinn für Humor intakt“, twitterte sein Sohn Zafar Rushdie in der vergangenen Woche. Sein gesundheitlicher Zustand sei aber weiterhin kritisch. Wegen seines Romans „Die satanischen Verse“ hatte Irans politischer und religiöser Führer Ajatollah Chomeini 1989 eine sogenannte Fatwa gegen Rushdie verhängt und dazu aufgerufen, ihn zu töten. *aw*

ZAHL DER WOCHE

3,9 Millionen

US-Dollar Kopfgeld lobten bereits vor Jahren die staatliche „15 Khordad Stiftung“ und die halbstaatliche Nachrichtenagentur Fars im Iran für die Ermordung Salman Rushdies aus.

ZITAT DER WOCHE

»Ein perfider Angriff auf einen schutzlosen Menschen.«

Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier hat in einem Brief an Salman Rushdie seine Genesungswünsche übermittelt und den Anschlag scharf verurteilt.

IN DIESER WOCHE

- THEMA** Industrialisierung Brandenburgs Wirtschaftsminister zieht positive Bilanz **Seite 2**
- Einheitsprozess** Die umstrittene Rolle der Treuhandanstalt **Seite 4**
- Euphorie und Skepsis** Milliardeninvestitionen im Osten Deutschlands **Seite 7**
- Ausland** Standortpolitik in Frankreich, China, Indien, der Türkei und den USA **Seite 8**
- Ansiedlungen** Bürgerbeteiligung und Genehmigungsverfahren **Seite 11**

MIT DER BEILAGE



Das Parlament
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG
64546 Mörfelden-Walldorf



Anschluss halten

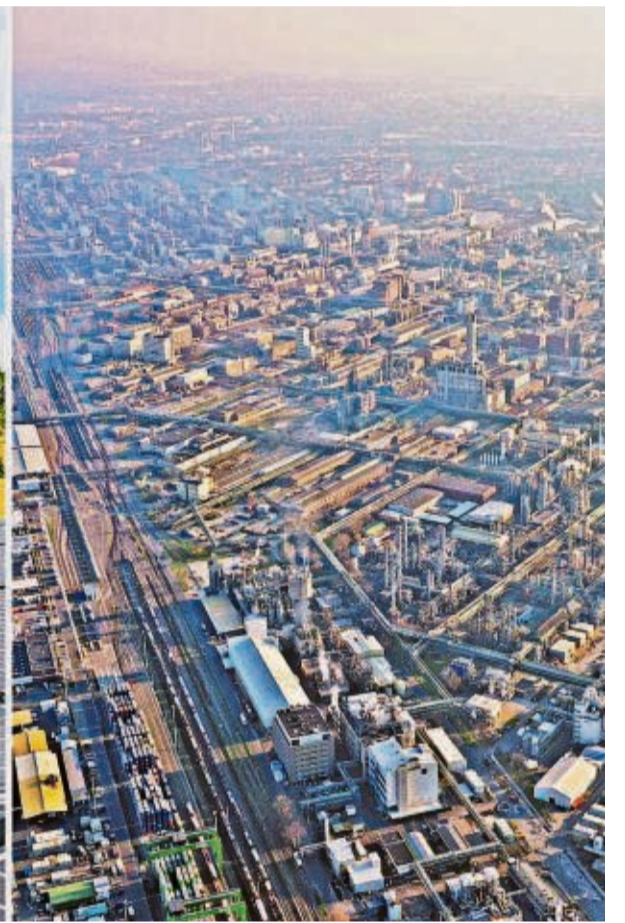
STANDORT DEUTSCHLAND Um konkurrenzfähig zu bleiben, sind Mut und Tempo gefragt

In weniger als drei Jahren hat sich im brandenburgischen Grünheide eine Art Wirtschaftswunder ereignet, das nicht nur Auswirkungen auf Ostdeutschland zu haben scheint, sondern auf das gesamte Land ausstrahlt. Die wenigsten hatten im November 2019 damit gerechnet, dass ein Industrieunternehmen von der Bekanntheit, einen neuen Produktionsstandort zu eröffnen, bis zur Inbetriebnahme lediglich 30 Monate brauchen würde. Solche Vorhaben dauern in Deutschland üblicherweise viel länger, in manchen Fällen kommen sie über Ankündigungen nicht hinaus.

Doch Tesla-Chef Elon Musk hat mit der Entscheidung, in Grünheide bei Berlin eine „Gigafabrik“ aufbauen zu wollen, nicht nur dafür gesorgt, den Standort Ostdeutschland in aller Welt bekannt zu machen, sondern damit die Tür für die Elektromobilität in diesem Land auch endgültig geöffnet. Die Tesla-Ansiedlung ist kein Einzelfall, gilt aber als die spektakulärste Investition dieser Art. Im März gab der US-Chiphersteller Intel bekannt, zwei Halbleiterfabriken in Magdeburg zu bauen. Die Hauptstadt Sachsen-Anhalts hatte gegenüber 70 Mitbewerbern den Vorzug erhalten. Nun sollen 17 Milliarden Euro investiert werden und rund 10.000 neue Arbeitsplätze entstehen, der Produktionsstart ist für 2027 vorgesehen.



Die Tesla-Giga-Factory bei Berlin, ein Wind- und Photovoltaik-Park in Ostwestfalen-Lippe, und das BASF-Werk in Ludwigshafen.



Aufholjagd Auch sonst macht Ostdeutschland in jüngster Zeit als Standort von sich reden. So will etwa BASF Ende 2022 in Schwarzheide mit der Produktion von Batteriematerial beginnen. Der chinesische Autobatterierhersteller CATL errichtet in Arnstadt für 1,8 Milliarden Euro ebenfalls eine Batteriefabrik. In wenigen Wochen will Rock Tech in Guben mit dem Bau der ersten Fabrik für Lithiumhydroxid in Europa starten. Vieles deutet also darauf hin, dass das etwas in Bewegung gekommen ist. Für Hanno Kempermann, Geschäftsführer beim Institut der deutschen Wirtschaft (IW), gibt es einige wichtige Aspekte, die für weitere Ansiedlungen in Ostdeutschland sprechen. Dazu zählen vor allem freie Industrieflächen, Förderungen, Fachkräfteverfügbarkeit sowie erneuerbare Energien. Vor allem der letzte Punkt scheint immer wichtiger zu werden. Auch für Joachim Ragnitz, stellvertretender Leiter der Ifo-Niederlassung Dresden, „ist es offenkundig“, dass die letzten Großansiedlungen in Brandenburg und Sachsen-Anhalt auch damit zu tun haben, dass diese Länder „die Vorteile bei der Verfügbarkeit regenerativer Energien“ aufweisen. „Es darf davon ausgegangen werden, dass dieser Vorteil langfristig trägt“, so Ragnitz. Zumal seiner Ansicht nach mit dem weiteren Ausbau der Erneuerbaren die Strompreise zumindest für Großverbraucher wieder fallen dürften. Es sei nicht damit zu rechnen, dass die derzeitigen politischen und wirtschaftlichen Turbulenzen negative Auswirkungen auf diese Großinvestitionen haben werden.

Um diesen Trend noch zu stärken, haben sich die Bundesregierung und die Regierungschefs der ostdeutschen Länder im Juni in ihrer „Riemsener Erklärung“ darauf geeinigt, dass „Ostdeutschland zum Vorreiter bei Innovationen in Schlüsseltechnologien wird“. So soll zum Beispiel eine Interessenvertretung Wasserstoff Ostdeutschland geschaffen und an Modellen gearbeitet werden, um Bürger und Kommunen an den Erträgen der Erneuerbaren zu beteiligen. Allerdings gab es in den vergangenen 30 Jahren viele Absichtserklärungen. Die Politik sah sich in der Pflicht, hatte sie doch 1990 „blühende Landschaften“ und wirtschaftliche Erneuerung versprochen. Bis heute gilt vielen Bürgern in Ostdeutschland die Arbeit der Treuhand-Anstalt als Inbegriff aller Übel der Nachwendejahre. Obwohl die Wirtschaft in den letzten zehn

Jahren in West- und in Ostdeutschland wuchs und die Arbeitslosigkeit sank, blieb die Wohlstandskluft zwischen Ost und West auch drei Jahrzehnte nach der Einheit wie einzementiert. Das muss nicht so weitergehen. Forschungsinstitute wie das IW sehen aufgrund der Corona-Pandemie, des Ukraine-Kriegs und der Klima-Krise jenen Stein angestoßen, der den gesamten Standort Deutschland auf Dauer verändern könnte. Obwohl es dazu noch keine genauen Daten und Analysen gibt, stellte Forscher Kempermann in einer Studie 2021 fest, dass ostdeutsche Bundesländer wie Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen große Chancen haben, um sogenannte Greenfield-Investitionen anzuziehen. Für Gesamt-Deutschland gelte die Lage dagegen als „ambivalent“, vor allem was die Frage nach ausreichend Fachkräften angeht. Das IW spricht hierbei von einer „Zeitenwende“ und sieht den „Wohlstands-Peak“ an. Zum einen sei der Wohlstand im Land „sehr hoch“, die Arbeitslosenquote gleiche in vielen Regionen einer Vollbeschäftigung, zum anderen sähen sich Firmen Schwierigkeiten durch die Lieferkettenprobleme und die Zinsanstiege gegenüber. Wie sich die gestiegene Rezessionsgefahr und die Entwicklung der Wirt-

»Ostdeutschland soll Vorreiter bei Schlüsseltechnologien werden.«

Riemsener Erklärung vom 13. Juni 2022

schaftsleistung 2022 und 2023 entwickelt, hänge vor allem von weiter hohen Energiepreisen ab.

Anziehungskraft Trotz der großen Anziehungskraft von Städten wie Berlin und München, die seit Jahren vordere Plätze im europäischen Start-up-Ranking belegen und mit dem Gründerzentrum Unternehmung (TUM) München die größte Gründerschmiede in der EU bieten, sieht sich Deutschland mit Problemen wie dem schleppenden Ausbau der Digitalisierung, der Dekarbonisierung und einer beginnenden Deglobalisierung konfrontiert. Noch bescheinigt das IW dem Standort Deutschland „ein gutes Standing“, doch diese Stellung auf den Weltmärkten müsse „jeden Tag neu erkämpft werden“, sagt Kempermann. Das Leibniz-Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) mahnte 2021 in einer Studie, sich stärker auf Zukunftstechnologien wie die Künstliche Intelligenz (KI) zu konzentrieren. Dabei gebe es im Bereich KI durchaus Erfolge, allerdings nicht in ausreichender Zahl. Das Projekt Cyber Valley in Tübingen etwa – das größte KI-Forschungskonsortium Europas – habe die Region Stuttgart zum Vorreiter für KI-Forschung in Deutschland gemacht. 2019 hatte der Bosch-Kon-

zern begonnen, für rund 100 Millionen Euro ein Forschungszentrum für KI im Cyber Valley zu errichten. Unter anderem sind das Land Baden-Württemberg, die Universitäten Stuttgart und Tübingen sowie Unternehmen wie Amazon, Mercedes-Benz, und die ZF Friedrichshafen Träger des Cyber Valleys.

Wie Martin Gornig, Forschungsdirektor für Industriepolitik beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), erklärt, ist es bei der deutschen Wirtschaft in den vergangenen Jahrzehnten „stets darum gegangen, nicht den Anschluss zu verlieren“.

Zwar habe das „System der Innovationen“ immer funktioniert, solle das jedoch auch in Zukunft der Fall sein, brauche es „gut ausgebildete, hoch motivierte Fachkräfte“, sagt der Volkswirt. Im Westen sei derzeit zu beobachten, dass die wichtigsten Branchen dieses Landes, der Maschinenbau und die Automobilwirtschaft, sich im Umbruch befänden. Es sei fraglich, wie viele Autohersteller noch geben werde.

Transformation Ende Juni hatte der US-Autobauer Ford bekanntgegeben, er werde seinen Standort im Saarland mit 4.600 Mitarbeitern 2025 schließen, die neuen Modelle – Elektroautos – würden in Spanien gefertigt. Zeitgleich verkündete die schwedische Batteriefabrik Northvolt, sie werde in Heide bei Hamburg eine Produktionsstätte mit neuen 3.000 Arbeitsplätzen eröffnen, man wolle die nachhaltigsten E-Batterien weltweit bauen. Die höheren Kosten, die dieser Standort im Vergleich zu anderen in Europa mit sich bringe, könnten durch ein höheres Level an Automatisierung kompensiert werden. Auch Forscher Gornig ist der Ansicht, dass Deutschland derzeit wieder Rationalisierung und Zuwanderung brauche – wie in den 1960er Jahren. Entscheidend sei, dass dieses Land auch in Zukunft anspruchsvolle Tätigkeiten und gute Bedingungen anbiete. „Mit dieser Kombination ist bereits früher der Wandel gelungen“, sagt der Ökonom.

Nina Jeglinski

EDITORIAL

Zeit zum Umdenken

VON JOHANNA METZ

„Made in Germany“ – wo das draufsteht, steckt Gutes drin. Davon jedenfalls sind Konsumenten in aller Welt laut einer Statista-Erhebung aus dem Jahr 2017 überzeugt. Bestnoten gaben die 43.000 Befragten aus 52 Ländern besonders in den Kategorien Qualität und Sicherheitsstandards, das Label „Hergestellt in Deutschland“ landete damit auf Rang 1 unter den Vertrauenssiegeln anderer Exportnationen und verwies „Made in USA“ oder „Made in UK“ auf die Plätze.

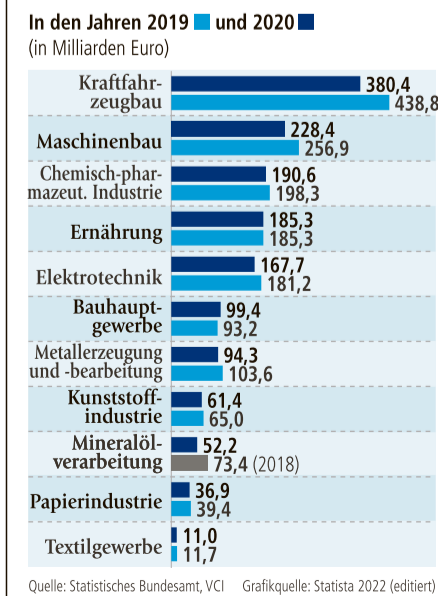
Doch ein guter Ruf sichert allein noch keinen Standort. Auch Unternehmen, die überwiegend in Deutschland produzieren, müssen in der globalisierten Wirtschaft und angesichts der Konkurrenz aus Fernost um Absatzmärkte kämpfen – und das unter immer schwierigeren Bedingungen wie Fachkräftemangel und steigenden Energiepreisen. Deutschland war schon immer ein teurer Standort. Die Arbeitskosten sind hier laut einem Vergleich des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) im Durchschnitt der Industrieländer um fast ein Drittel höher. In den Rankings der OECD rangiert es beständig in der Spitzengruppe bei der Unternehmensbesteuerung, erst recht, nachdem andere Staaten ihre Steuersätze deutlich abgesenkt haben. Und auch bei digitaler Infrastruktur und Bürokratie finden die Unternehmen in Deutschland deutlich schlechtere Rahmenbedingungen vor als anderswo, schreibt das IW.

Das hat Folgen: Nach Angaben der Deutschen Industrie- und Handelskammer investieren deutsche Unternehmen inzwischen mehr im Ausland als ausländische Unternehmen in Deutschland. Auch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft KPMG warnt, ausländische Konzerne würden den Standort Deutschland zunehmend kritisch sehen und ihre Investitionen zurückfahren – sie bemängeln unter anderem hohe Abgaben, schwache Digitalisierung, marode Straßen, Brücken und Schienen. Dass es dringend bessere Standortbedingungen braucht, liegt auf der Hand. Doch auch die Unternehmen müssen ihre Geschäftsmodelle überdenken. Niedrigere Löhne befeuern nur den Fachkräftemangel. Die Umstellung auf digitale und klimaneutrale Produktionsprozesse hingegen spart Zeit und teure Energie. „Made in Germany“ hätte dann noch ein Qualitätsmerkmal mehr: Nachhaltigkeit.

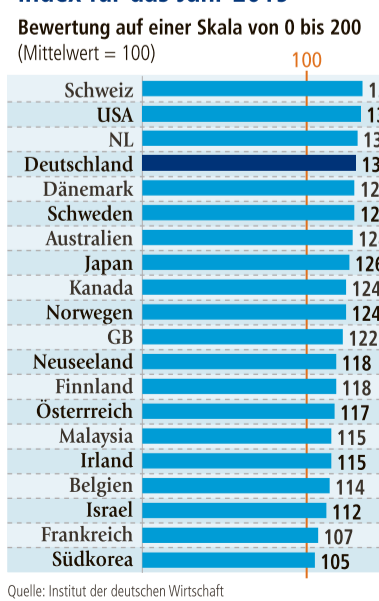
»Noch hat Deutschland ein gutes Standing auf den Weltmärkten.«

Hanno Kempermann, Geschäftsführer beim IW

Umsätze der wichtigsten Industriezweige in Deutschland



Top-20-Länder im IW-Standortindex für das Jahr 2019



Weiterführende Links zu den Themen dieser Seite finden Sie in unserem E-Paper



GASTKOMMENTARE

STANDORT DEUTSCHLAND NOCH ATTRAKTIV?

Bestens gerüstet



Ulrike Herrmann, »die tageszeitung«, Berlin

Bereits zwei Zahlen verdeutlichen, wie attraktiv der Standort Deutschland ist: Fast 50 Prozent der deutschen Wirtschaftsleistung entsteht durch Exporte, zeitgleich fährt die Bundesrepublik enorme Überschüsse im Außenhandel ein. 224 Milliarden Euro waren es im Jahr 2019.

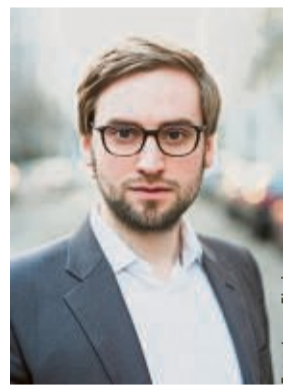
Die Corona-Pandemie, die gestörten Lieferketten und der Ukraine-Krieg haben die Weltmärkte zwar stark beeinträchtigt, aber selbst in diesen schwierigen Zeiten erholt sich der deutsche Export sehr rasch. Deutschland ist ein überaus erfolgreicher Industriestaat – und wird es bleiben. Die Bevölkerung ist gut ausgebildet, der Rechtsstaat funktioniert, die Demokratie ist stabil und die Korruption vergleichsweise schwach ausgeprägt.

Wie konkurrenzfähig Deutschland ist, hat ausgerechnet die Corona-Pandemie vorgeführt. Sie war ein Spontan-Experiment in Echtzeit, in der weltweit alle Staaten ad hoc zeigen konnten, wie gut ihre Forschungslandschaft ist. Am Ende war das Ergebnis: Weltweit waren nur zwei Länder in der Lage, einen modernen Impfstoff zu produzieren, der sich an die permanenten Mutationen des Corona-Virus anpassen kann. Moderna in den USA und Biontech in Deutschland erwiesen sich als global führend. China hingegen, stets als aufstrebender Champion gepriesen, hat bis heute kein wirksames Vakzin vorzuweisen.

Zu einem Problem wird die Demographie, weil mehr Ältere in Rente gehen, als Jugendliche nachwachsen. Allerdings sind Kinder auch in den meisten anderen Industrieländern rar, so dass überall die Frage lautet, wie sich die Wirtschaft noch stärker technisieren lässt, um Arbeitskräfte zu sparen. Als exportstarker Industriestaat ist Deutschland auch für diese Herausforderung bestens gerüstet.

PRO

Trübe Aussichten



Bastian Brinkmann, »Süddeutsche Zeitung«, München

Der deutsche Wohlstand der Zukunft hängt davon ab, dass eine auskömmliche Zahl von Firmen an den Standort Deutschland glaubt. Der hat aber gerade zwei große Probleme. Zum einen ändert sich die Energieversorgung grundlegend. Zu viele Unternehmen haben sich darauf verlassen, dass ewig billiges Gas aus Russland fließen wird. Das gilt nicht mehr: Energie für die Produktion wird in Deutschland auf absehbare Zeit teurer werden als vor dem Überfall auf die Ukraine. Viele einst erfolgreiche Geschäftsmodelle rechnen sich damit nun nicht mehr.

Das zweite große Problem des deutschen Standorts: Es fehlen Arbeitskräfte. In manchen Regionen wissen Firmen schon nicht mehr, wie sie an Mitarbeitende kommen sollen. Und die Lage wird sich enorm verschärfen. Die geburtenstarken Jahrgänge gehen bald in Rente. Hunderttausende Einwanderer bräuchte Deutschland Jahr für Jahr, um das auszugleichen. Immerhin könnte die Politik beide Probleme anpacken und versuchen, Zuwanderer anzuwerben und günstige Energiequellen zu erschließen. Nachhaltiger Strom ist langfristig wieder günstiger. Aber das wird dauern. Und eine Garantie, dass am Ende genügend günstiger Strom für alle Firmen vorhanden ist, gibt es nicht. Bei der Einwanderung steht Deutschland im Wettbewerb mit den USA und mit anderen Staaten, die als attraktiver gelten: Anderswo ist die Sprache einfacher zu erlernen, die Willkommenskultur besser. Viele Migranten ziehen zudem gerne dorthin, wo Bekannte und Verwandte schon wohnen, und das ist oft nicht Deutschland. All das spricht dagegen, dass Deutschland in Zukunft genug Menschen wird anziehen können.

CONTRA

Herr Steinbach, was bedeutet die Tesla-Ansiedlung für den Wirtschaftsstandort Ost-Deutschland?

Tesla hat mehrere Auswirkungen. Zum einen ist das Werk mittlerweile der größte Industriearbeitgeber in Brandenburg, und es ist geplant, dass Tesla auch zum größten Ausbildungsbetrieb werden wird. Die Wirkung, die damit erzielt wird, ist für die regionale Wirtschaft immens, potentielle Investoren weltweit haben Brandenburg mittlerweile auf der Landkarte!

Mittlerweile suchen bestehende Firmen händeringend nach Mitarbeitern. Verstärken immer neue Betriebe nicht die Sorgen wegen des Fachkräftemangels?

Bei Tesla ist nach meiner Kenntnis der Aufwuchs der Mitarbeiterzahlen noch im Plan. Das ist bemerkenswert, weil es zum einen darstellt, dass das Unternehmen Fachkräfte gewinnt, die bei weitem nicht alleine aus Brandenburg kommen, sondern sich international rekrutieren. Das macht deutlich, welche Auswirkungen die Ansiedlung eines großen, internationalen Konzerns auf die Region hat. Bei Tesla arbeitet ein Mix aus Fachkräften aus vielen verschiedenen Ländern. Eine solche Struktur ist die Zukunft und es bedeutet, dass wir ein Fachkräfteeinwanderungsland sein müssen.

In der Bauphase hat Tesla immer wieder die deutsche Bürokratie kritisiert. Sie haben die Idee ins Spiel gebracht, für Genehmigungsprozesse künftig einen Manager einzusetzen. Wie soll das konkret aussehen?

Es wird eine Wiederholung der Geschwindigkeit wie bei Tesla für Großprojekte nur geben, wenn die Investoren genauso bereit sind, wie es bei Tesla der Fall war, auf eigenes Risiko zu arbeiten. Nur das ermöglicht die kurze Plan- und Bauphase. Interessant finde ich, dass diese Art gerade beim Aufbau der LNG-Terminals an der Nordsee kopiert wird. Da wurde die Gesetzgebung so angepasst, dass der Bau schnell möglich ist. Zudem erfordert die Komplexität solcher Großbauten, dass von staatlicher Seite darauf reagiert wird, in Brandenburg erfolgte das in Form einer Task-Force, die Ansprechpartner für Tesla war. Viele Aufgaben habe ich parallel selbst wahrgenommen, Sachsen-Anhalt hat das Modell im Fall von Intel nun übernommen.

Die Gigafactory von Tesla ist seit März im Betrieb. Wie fällt die erste Bilanz aus?

Für mich fällt die Bilanz komplett positiv aus! Der Betrieb läuft, die Geschwindigkeit, mit der zurzeit produziert wird, ist für mich als Ingenieur beeindruckend. Seit Ende Mai läuft der Betrieb bereits im Zwei-Schicht-Betrieb, bis Ende des Jahres soll es dann drei Schichten geben. Das alles spricht für sich selbst.

Sie sprechen von einer Re-Industrialisierung Brandenburgs, die gelungen sei. Was meinen Sie konkret damit?

Im Zuge der Tesla-Ansiedlung gab es bereits andere im Bereich der Automobilbatterien. So haben etwa BASF und Air Liquide ihre Bereiche ausgebaut, Microvast seine Batteriefabrik eröffnet und Mercedes Benz will seinen Elektrosprinter in Ludwigsfelde bauen. Zudem hat sich die Deutsche Bahn mit dem Wartungs- und Instandhaltungswerk in Cottbus angesiedelt, mit 1.100 neuen Arbeitsplätzen. Alleine in der Lausitz sind innerhalb der vergangenen zwei Jahre an die 3.500 neue Stellen geschaf-

»Bilanz komplett positiv«

JÖRG STEINBACH Für Brandenburgs Wirtschaftsminister ist die Tesla-Ansiedlung nur ein Beispiel für die Reindustrialisierung des Ostens



© Till Budde

fen worden. In den Jahren davor hat man hinsichtlich der Wirtschaftsstärke mit einem gewissen Mitleid auf Brandenburg geschaut. Nun gibt es einen Aufschwung hinsichtlich industrieller Arbeitsplätze, das ist der große Unterschied zu früher.

Trotz der Erfolgsmeldungen gibt es Stimmen, die sagen, die strukturellen Probleme des Ostens seien dauerhaft. Was setzen Sie solcher Kritik entgegen?

Ich warne davor, sich dieser Sache so sicher zu sein. Der jüngste Ansiedlungserfolg im Osten ist vor allem gelungen, weil wir viel grüne Energie bereitstellen können. Das verlangen die Unternehmen, sie sind sehr daran interessiert, möglichst klimaneutral zu produzieren. Das wird auch bei der börsentechnischen Bewertung eines Unternehmens immer wichtiger. Der Osten Deutschlands hat aktuell einen erheblichen Ausbauvorsprung bei erneuerbarer Energie gegenüber den westlichen, vor allem

den südwestlichen Bundesländern. Brandenburg hat im bundesweiten Vergleich die höchste installierte elektrische Leistung aus erneuerbaren Energien pro Einwohner.

Inwieweit hilft oder schadet die aktuelle weltpolitische Lage – Corona-Pandemie, der Ukraine-Krieg und die Fragen der Energielieferungen – der Transformation der deutschen Industrie hin zu mehr Klimaneutralität?

Die Pandemie und der Krieg werden und haben enorme Auswirkungen auf alle Bereiche. Das Geld für die notwendigen Klima-Investitionen ist bei vielen nicht vorhanden, weil die Firmen so hohe Energiekosten zahlen und sehen müssen, einigermaßen wettbewerbsfähig zu bleiben. Bereits wegen der Corona-Pandemie haben uns reihenweise Firmen mitgeteilt, dass sie geplante Neu-Investitionen um ein oder zwei Jahre verschieben. Bestehende Firmen haben nicht die Mittel, die notwendigen Klima-Investitionen zu tätigen.

Wären Sie dafür, die Klimavorgaben einige Jahre aufzuschieben?

Das empfinde ich als kontraproduktiv! Die Klimakrise wartet nicht, dass wir die anderen Krisen bewältigt haben. Wir erleben Trockenheit, Hitze und Überflutungen, das alles erlaubt keinen Aufschub. Die Ziele 2030 und 2045 sind absolut zwingend, wenn wir nachkommenden Generationen einen Planeten überlassen wollen, auf dem es lebenswert ist. Unsere Aufgabe ist es, unter den derzeitigen Herausforderungen die klimafreundlichen Maßnahmen parallel weiter konsequent zu verfolgen.

Neue Ansiedlungen benötigen Wasser und Fläche – hat Ostdeutschland die Kapazitäten dafür?

Ich möchte betonen: In Brandenburg haben wir keinen Zielkonflikt zwischen Ansiedlungen und Wasserverfügbarkeit. Möglicherweise müssen wir Ressourcen, die für die Produktion nötig sind, aus etwas weiter entfernten Regionen hertransportieren. Was die Flächen betrifft, sieht es anders aus. Wir haben zwar ein Potential von insgesamt 7500 Hektar, jedoch können aktuell lediglich noch 1000 Hektar angeboten werden, weil der Rest für Ansiedlungen noch nicht erschlossen ist. Das ist für die Kommunen und die zuständigen Ämter die nächste große Herausforderung. Die Fertigstellung eines Bebauungsplans dauert zwei bis drei Jahre. Deshalb ist es wichtig, mögliche Flächen frühzeitig zu ertüchtigen.

Haben Sie mittlerweile einen batteriebetriebenen Dienstwagen? Und kann man als deutscher Politiker einen Tesla als Dienstwagen fahren?

(Lacht) Ich fahre dienstlich einen Hybrid, der innerstädtisch elektrisch fährt und über Land mit sehr niedrigem Verbrauch – für einen Verbrenner also eine der verbrauchsärmsten Möglichkeiten. Es ist kein Geheimnis, es ist eine Mercedes E-Klasse. Ich möchte gerne ein voll-elektrisches Fahrzeug, doch das ist aufgrund der Höhe der dem Land angebotenen Leasing-Raten nicht so einfach. Deshalb fahre ich auch keinen Tesla – auch wenn ich ihn mittlerweile fahren könnte. Im Rahmen der Ansiedlung wäre das aus Gründen der Compliance nicht gegangen. Deshalb wird es wohl noch ein bisschen dauern, bis man als Politiker mit einem Tesla unterwegs ist.

Das Gespräch führte Nina Jeglinski

Jörg Steinbach (SPD), Minister für Wirtschaft, Arbeit und Energie in Brandenburg hat den E-Autobauer Tesla ins Land geholt.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Rastlose: Christian Görke

Zufrieden lehnt er sich an zurück. Im Garten der Parlamentarischen Gesellschaft scheppert es, Arbeiter bauen Tische und Stühle ab – Spuren des Sommerfests am vergangenen Abend, für Christian Görke ging es bis zwei. Nun, siebenhalb Stunden später bestellt er sich einen Kaffee. „Das war wie ein Versehtreffen“, scherzt er, „ein Therapieabend für Ex-Abgeordnete“. Er hat gut reden: Görke, 60, ist Parlamentsneuling, aber alles andere als frisch in der Politik.

Viel Zeit bleibt nicht, Görke wird in seiner Partei (Die Linke) gebraucht, in einer halben Stunde muss er nach Erfurt, zum Parteitag. Natürlich mit der Bahn. Denn die fährt er aus Prinzip. In der im Osten Deutschlands tief verankerten „Linken“ gibt es viele, die sich mit der Region gut auskennen. Auch Görke kennt sie, aus verschiedenen Perspektiven. Er saß jahrelang im Kreistag, im brandenburgischen Landtag und war schließlich Finanzminister. „Ein Punkt habe ich damals, neben den vielen Tagesaufgaben, unterschätzt: Dass die Leute durchaus bereit sind, aus den Autos auszusteigen.“ Für Brandenburgs Bahnen sieht er große Potenziale („perfekt mit Berlin in der Mitte“) und nicht mindere Defizite („von 300 Bahnhöfen sind nur 100 barrierefrei“). Und im Speziellen in seiner Lausitz kennen benachteiligten Standort, sondern einen „voller Herausforderungen“. Eine Region im Umbruch. Bisher stark im Kohleabbau verankert, soll ihr der Ausstieg mit viel Geld erleichtert werden.

„Geld ist aber das eine, Umsetzung das andere“, sagt er. „Wir brauchen Industriearbeitsplätze, aber ich sehe nur Schnecken-tempo.“ Und er bedauert, dass Kohlegelder zweckentfremdet würden, der Region nicht zugutekommen. Überhaupt: „Wir sollten weniger über Kohleausstiegszeiten reden, sondern darüber, wie wir aussteigen können.“ Bei diesem Tempo, würde es länger dauern. Und lässt unklar, ob es ihm gefiele oder nicht.



© D. A. / dpa / Zentraltel

»Als Landesfinanzminister wurde ich zwar gepampert, war aber ein Opfer meines Terminkalenders, heute hingegen kann ich selber entscheiden.«

Mit Geschwindigkeit hat er es. Gestern hielt er drei Reden im Bundestag, die Fraktion ist ausgedünnt und Finanzexperten sind rar. „Ich bin schon jetzt der Dampfplauderer der Fraktion.“ Seine zweite Vorliebe: Gestaltungsmöglichkeiten. 1987 trat er in Rathenow Geborene in die SED ein. „So jung war das nicht üblich, aber ich wollte gestalten, die SED war eine Mehrheitspartei.“ Ein bisschen Opposition zum Elternhaus sei auch dabei

gewesen, der Vater war bei der CDU, wurde nach der Wende auch stellvertretender Landrat – und der Sohn zog in den Kreistag ein; „vielleicht war es Zufall, dass ich gewählt wurde, mein Vater und ich haben ja den gleichen Namen.“ In der DDR, sagt er, habe es ihm an nichts gefehlt, „außer der Freiheit“. Es sei gut, schiebt er nach, dass der Staatssozialismus sein Ende gefunden habe.

Die Politik schmeckte ihm. Der Lehrer für Geschichte und Sport wechselte 2003 in den Landtag, wurde Parlamentarischer Geschäftsführer, Fraktionschef und Landesvorsitzender der Partei. Die Landtagswahl 2019 brachte herbe Verluste und dem damaligen Finanzminister den Gang in die Opposition; Zeit für eine Neuorientierung. „Mich reizte der Bundestag“, sagt er. „Die Stellschrauben sind größer. 98 Prozent aller Steuern werden hier beschlossen.“ Also der Wechsel in die Bundespolitik, mit Platz eins auf der brandenburgischen Landesliste. Im Finanzausschuss traf er dann alte Bekannte. Zwar sei Opposition auch in Berlin ein Ritt gegen Windmühlen, „das bestätigen mir auch die Kollegen von der Union“, und er gehe abends todmüde ins Bett, „aber morgens stehe ich mit Elan auf“. Außerdem sei er selbstbestimmter. „Als Landesfinanzminister wurde ich zwar gepampert, war aber ein Opfer meines Terminkalenders.“ Auch heute stoße er an zeitliche Grenzen, „aber ich kann selbst entscheiden, ob ich etwa am Montag oder am Dienstag in Rathenow bin.“ Jan Rübél

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage Aus Politik und Zeitgeschichte ISSN 0479-611 X (verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion (außer Beilage) Platz der Republik 1, 11011 Berlin Telefon (0 30) 2 27-3 05 15 Telefax (0 30) 2 27-3 65 24 Internet: http://www.das-parlament.de E-Mail: redaktion.das-parlament@bundestag.de

Chefredakteur Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur Alexander Heinrich (ah)

Fotos Stephan Roters

Redaktionsschluss 19. August 2022

Druck und Layout

Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG Kurhusenstraße 4–6 64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement

Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Daisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 32 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32 E-Mail: fazit-com@cover-services.de

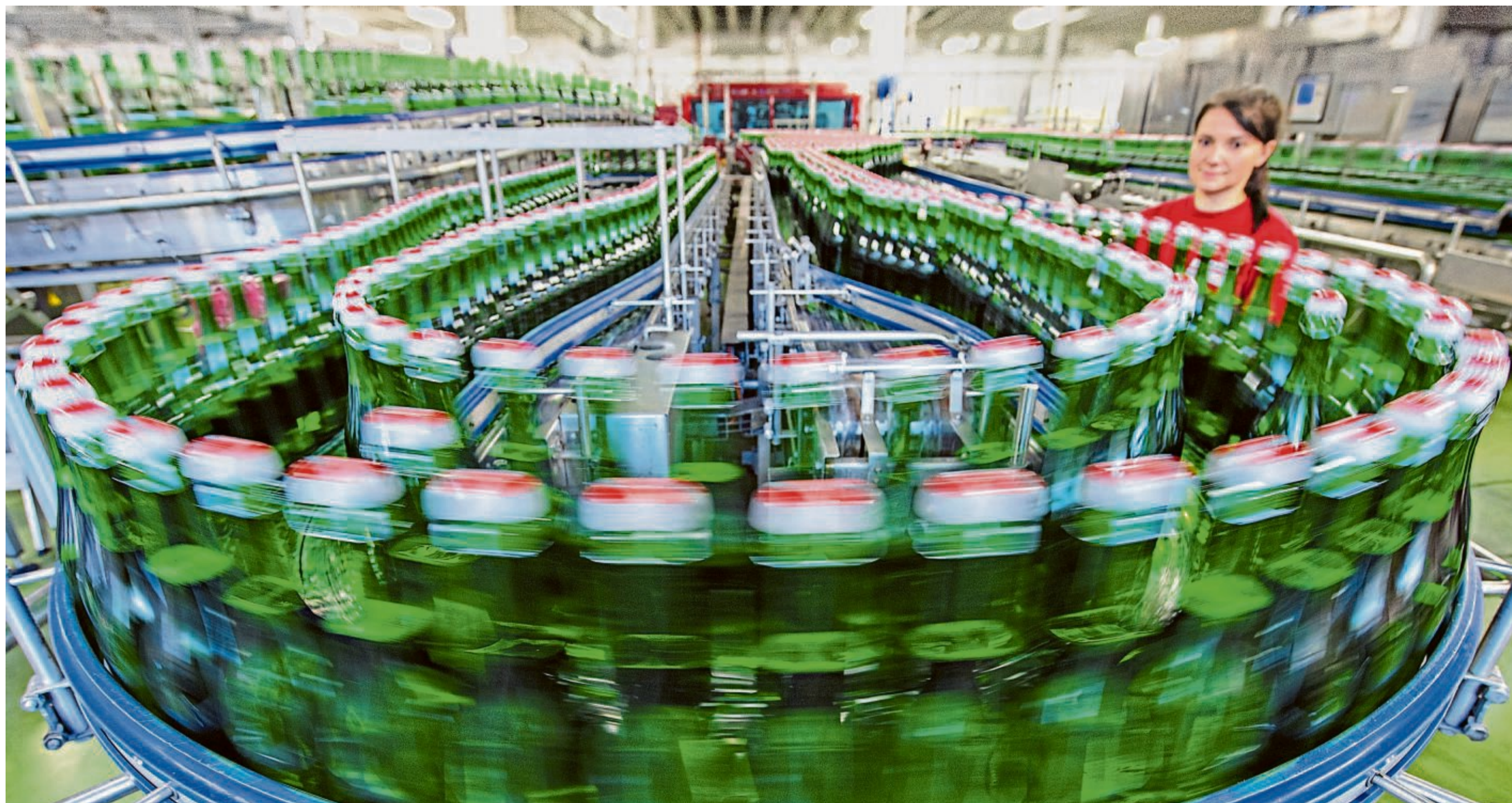
Anzeigenverkauf, Anzeigenverwaltung, Disposition

Fazit Communication GmbH c/o Cover Service GmbH & Co. KG Postfach 1363 82034 Daisenhofen Telefon (0 89) 8 58 53-8 36 Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36 E-Mail: fazit-com-anzeigen@cover-services.de

Abonnement Jahresabonnement 25,80 €; für Schüler, Studenten und Auszubildende (Nachweis erforderlich) 13,80 € (im Ausland zuzüglich Versandkosten) Alle Preise inkl. 7% MwSt. Kündigung jeweils drei Wochen vor Ablauf des Berechnungszeitraums. Ein kostenloses Probeabonnement für vier Ausgaben kann bei unserer Vertriebsabteilung angefordert werden.

Namentlich gekennzeichnete Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangte Einsendungen wird keine Haftung übernommen. Nachdruck nur mit Genehmigung der Redaktion. Für Unterrichtszwecke können Kopien in Klassenstärke angefertigt werden.

„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW) Für die Herstellung der Wochenzeitung „Das Parlament“ wird Recycling-Papier verwendet.



Seit 1894 ist Freyburg/Unstrut Standort der Sektkellerei Rotkäppchen. Nachdem das Unternehmen im Jahr 2002 unter anderem die Sektmarke Mumm von der kanadischen Seagram-Gruppe übernahm, beschäftigt es inzwischen rund Tausend Mitarbeitende und macht 1,2 Milliarden Euro Umsatz an neun Standorten. Rotkäppchen zählt damit heute zu den erfolgreichsten Ost-Unternehmen, die schon vor der Wende existierten. © picture-alliance/dpa/ZB/Hendrik Schmidt

Vom Weltmarkt überrollt

AUFBAU OST Die Wirtschaft in den neuen Ländern hat sich vom Systemwechsel nach 1990 nur mühsam erholt

Berlin-Alexanderplatz, 1. Juli 1990, kurz vor null Uhr: Tausende DDR-Bürger drängeln sich in der fast 600 Meter langen Schlange vor der Filiale der Deutschen Bank. Es kommt zu Tumulten, Glasscheiben brechen, die Polizei muss für Ordnung sorgen. Um Mitternacht knallen Sektorkorken, Raketen schießen in die Luft – ein Hauch von Silvester mitten im Sommer. Ausgelassen feiern die Menschen den Start der Wirtschafts- und Währungsunion, sie können es kaum erwarten, endlich Westgeld in den Händen zu halten. In den 14 DDR-Berliner Bezirken und Ost-Berlin sind sozialistische Planwirtschaft und Ostmark ab jetzt passé, sie werden abgelöst von D-Mark und Marktwirtschaft. Doch die Euphorie währt nur kurz. In den Folgewochen verschwinden viele günstige Ostprodukte aus den Regalen, die übrigen Lebensmittel sind teilweise dreimal so teuer.

In den ersten Jahren nach der Wende verlor Berlin rund 300.000 Industriearbeitsplätze.

Besonders hart trifft die Umstellung die ostdeutsche Wirtschaft. Praktisch über Nacht sind die 167 DDR-weiten Kombinate nicht mehr konkurrenzfähig. Ohne Übergangszeit sind sie dem Weltmarkt ausgesetzt, obwohl ihre Produktivität im Durchschnitt gerade einmal einem Drittel der westdeutschen Wirtschaft entsprach. 80 Prozent der Arbeitnehmer der DDR arbeiteten in solch einem Konglomerat. Ein Jahr nach der Wende sind viele Betriebe pleite und Zehntausende Menschen arbeitslos.

Die Talfahrt hielt noch Jahre an. Dabei trieb die damalige Bundesregierung den Aufbau Ost mit neuen, tragfähigen Wirtschaftsstrukturen auf mehreren Ebenen voran. Die Treuhandanstalt sollte die Betriebe nach marktwirtschaftlichen Grundsätzen umgestalten und bisher volkseigenes Vermögen in Privateigentum umwandeln (siehe Seite 4). Große Kombinate wurden in mehrere kleinere Betriebe aufgeteilt, die dann privatisiert oder abgewickelt wurden. Mit großzügigen Staatshilfen sollten industrielle Kerne erhalten werden, etwa die Mikroelektronik in Dresden, die optische Industrie in Jena, die Werften an der Küste, Energie und Stahl in Brandenburg oder die Chemieanlagen in Sachsen-Anhalt. Auch wurde begonnen, die vielfach marode Infrastruktur zu sanieren. In vielen Orten wurden Gewerbegebiete erschlossen, die Telekom baute ein flächendeckendes Kommunikationsnetz auf. Der dadurch ausgelöste Bauboom schaffte schnell Tausende neue Arbeitsplätze.

Die sanierten Großbetriebe sollten sich zu wirtschaftlichen Leuchttürmen entwickeln, mit Strahlkraft weit über das jeweilige Unternehmen hinaus. Die neuen Bundesländer trieben Neugründungen mit eigenen Förderprogrammen voran. Doch besserte sich die Lage nur langsam. Besonders schlimm grassierte die Wirtschaftskrise Berlin: In den ersten Jahren nach dem Fall der Mauer verlor die Stadt rund 300.000 Industriearbeitsplätze – und das nicht nur im

Ostteil. In West-Berlin hatten sich viele Gewerbebetriebe nur wegen der üppigen Berlin-Förderung niedergelassen, mit der Westdeutschland die Inselstadt während des Kalten Krieges am Leben hielt. Als die Förderung 1994 auf einen Schlag gekappt wurde, zogen viele Unternehmen ab. Auch die Treuhand war nicht sehr erfolgreich: Rechnet Experten anfangs mit einem Erlös von rund 400 Milliarden Euro für die Privatisierung der DDR-Staatswirtschaft, stand am Ende unter dem Strich ein Verlust von 204 Milliarden Euro. Zwar sind viele neue Unternehmen in den neuen Bundesländern entstanden und alte wieder wettbewerbsfähig gemacht worden. Doch bis heute hinkt die Wirtschaft im Osten der im Westen hinterher.

Zu wenig Dynamik Zwar fanden die alten industriellen Kerne, etwa die Raffinerie in Leuna, die Autowerke in Eisenach oder der Chemiekonzern in Bitterfeld, ausländische Investoren wie den französischen Konzern Total, Opel oder den US-Riesen Dow Chemical. Doch andere Unternehmen schrumpften stark und viele Standorte entwickelten nicht die erhoffte Strahlkraft und Dynamik. Unternehmenszentralen waren fast durchweg in den alten Ländern angesiedelt, auch wenn die Ursprünge der Konzerne im Osten lagen, wie zum Beispiel beim Kosmetikkonzern Wella. In der Folge wanderten vor allem junge und gut qualifizierte Arbeitnehmer aus dem Osten in den Westen ab. Mit der Sektkellerei Rotkäppchen hat es nur eine bekannte Firma aus DDR-Zeiten geschafft, zur gesamtdeutschen Marke zu werden und sogar Unternehmen aus dem Westen zu übernehmen. Zehn Jahre nach der Wiedervereinigung zog das Rheinisch-Westfälische Institut für Wirtschaftsforschung eine enttäuschende Zwischenbilanz des Aufbaus Ost. Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) pro Kopf erreichte im Jahr 2000 gerade einmal 44,5 Prozent des westdeutschen Niveaus, die Bruttolöhne lagen bei nur 78 Prozent. Jedoch entwickelte sich die Wirtschaft der neuen Länder regional sehr unterschiedlich. So gibt es in Regionen wie Mecklenburg oder der Uckermark immer noch kaum Industrieunternehmen. In der Lausitz, wo die Braunkohle über Jahrzehnte für Arbeit und gute Einkommen gesorgt hat, sorgen Kraftwerke und Tagebauen nebst den dazugehörigen Versorgungsunternehmen der Region zwar immer noch für eine passable ökonomische Basis, doch mit dem Aus für die Kohleverstromung dürfte sich das ändern. Auf der anderen Seite gelang es beispielsweise Dresden, an alte Traditionen als Standort der Mikroelektronik anzuknüpfen.

Großunternehmen wie die Mikrochip-Hersteller Infineon oder AMD siedelten sich Mitte der neunziger Jahre neu an und machten das Bundesland zu einem pulsierenden Wirtschaftszentrum. Das hat auch mit der sächsischen Förderpolitik zu tun: Die Landesregierungen hätten sich auf technologieorientierte Ansiedlungen konzentriert, erläutert Joachim Ragnitz vom Ifo-Institut in Dresden. Es gab nicht nur finanzielle Unterstützung, sondern auch Erleichterungen bei der Bürokratie. So wurden die beiden Chipwerke in nur wenigen Monaten genehmigt. Sachsen-Anhalt und Brandenburg setzten für Aufschwung und Arbeitsplätze besonders auf erneuerbare Energien. Bekannt wurde vor allem das „Solar Valley“ rund um die Chemieregion Bitterfeld-Wolfen mit dem Zugpferd Q-Cells. 2001 wurden hier die ersten Solarzellen hergestellt, rundum siedelten sich weitere Forschungs-

und Entwicklungsbetriebe der Photovoltaik an. Das Land förderte die Branche besonders stark und so entstanden nach und nach bis zu 3.500 Arbeitsplätze. Doch als nach 2009 China den Markt für Solarmodule mit Dumpingangeboten überschwemmte, ging es zunächst wieder bergab. Q-Cells ging 2012 pleite. Die Reste wurden vom südkoreanischen Konzern Hanwha übernommen, die Produktion aber 2015 eingestellt. Das Netzwerk von Firmen der Branche existiert aber heute noch. Es wurde 2020 durch die Schweizer Meyer Burger Technologies wiederbelebt – täglich sollen nun 200.000 Solarzellen vom Band laufen. Die Zukunftsaussichten sind glänzend, weil der Ausbau erneuerbarer Energien bundesweit beschleunigt wird und sich Deutschland von China unabhängiger machen will. Inzwischen haben sich mit dem Autobauer Tesla in Brandenburg und dem Chipher-

steller Intel in Dresden weitere internationale Konzerne im Osten angesiedelt. In Magdeburg plant Intel bereits eine neue Gigafactory. „Intel braucht viel Platz – und den gibt es in Magdeburg“, erklärt Ifo-Forscher Ragnitz. Für Tesla sei die Nähe zu Berlin wichtig, für den chinesischen Batteriehersteller CATL die Anbindung an die Autoindustrien in Eisenach, Dresden, Zwickau und Leipzig.

Standortvorteile Weil in Brandenburg und Sachsen-Anhalt Ökostrom in beträchtlichen Mengen produziert wird, können die Ost-Länder auch diesen Standortvorteil mittlerweile gut ausspielen, betont Ragnitz. „Die Versorgung mit regenerativer Energie ist im Osten und Norden dauerhaft sicherer als im Süden.“

Werner Mulke
Der Autor arbeitet als freier Journalist in Berlin.

Motor der Industrialisierung

RÜCKBLICK Vor 1945 lagen große Wirtschaftszentren vor allem im Osten Deutschlands

Die Wirtschaft in Ostdeutschland war lange Zeit alles andere als rückständig. Insbesondere Sachsen und Berlin galten gar als Antrieber der Industrialisierung in Deutschland. So wurde 1798 in Chemnitz die nach Düsseldorf zweite deutsche Fabrik überhaupt, eine Spinnmühle, eingeweiht. Rund um die Stadt entstanden in den Folgejahren weitere Textilfabriken und später im Zuge der aufkommenden Massenfertigung auch Maschinenbauwerke. Das brachte der Stadt im Erzgebirge den Beinamen „sächsisches Manchester“ ein. Insgesamt waren die industriellen Zentren Deutschlands breit über das Land verteilt. Im heutigen Nordrhein-Westfalen trieben Kohle und Stahl, in Schlesien der Bergbau, in Sachsen der Maschinenbau die Entwicklung voran. Laut einer Statistik aus dem Jahr 1846 gab es allein in Chemnitz 135 Werkzeugmaschinenfabriken, in Dresden 60, in Berlin 38 und in Leipzig 19. Erst dahinter folgten Köln und Düsseldorf mit je fünf Werken.



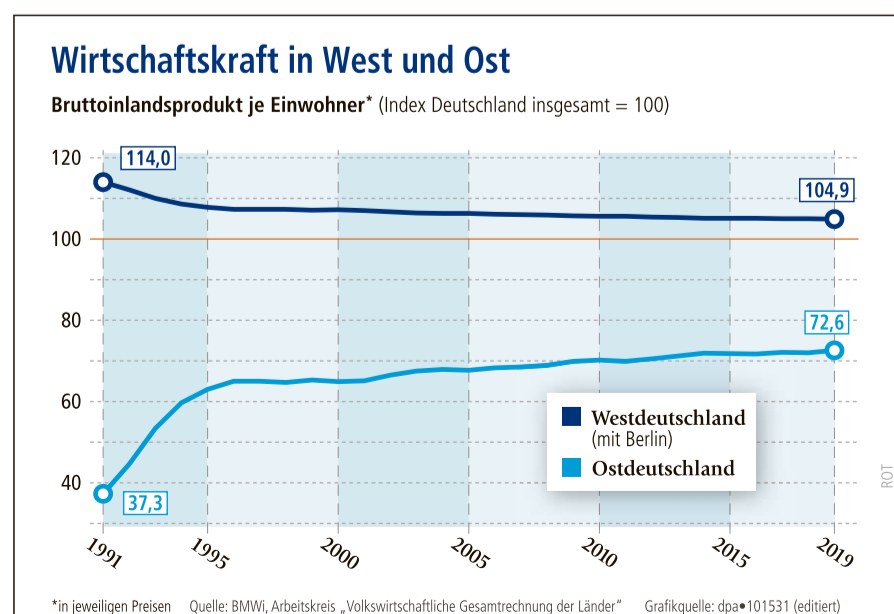
Leipziger Messe im Jahr 1922: Sie zählt zu den ältesten Messestandorten der Welt.

1910 zog es Hunderttausende Arbeitskräfte an, neben tatkräftigen Unternehmern auch viele verarmte Menschen aus den schlesischen und ostpreussischen Reichsgebieten. Die Wirtschaftskraft des Ostens war damals enorm, sieht man von den landwirtschaftlich geprägten Regionen im Nordosten ab. „Noch 1939 war die Region dem Westen weit überlegen“, heißt es in einer Analyse der „Welt“ aus dem Jahr 2005. Die Industrieproduktion je Einwohner betrug 725 Reichsmark, im Westen 609 Reichsmark. Viele klangvolle Namen der Industriegeschichte haben ihre Wurzeln in den heuti-

gen Ost-Bundesländern. Der Autohersteller Audi fußt auf einem Zusammenschluss der sächsischen Autoindustrie, Siemens und Borsig entstanden ebenso in Berlin wie die Lufthansa. Die Dresdner Bank wurde in der sächsischen Landeshauptstadt gegründet, auch der Kosmetikkonzern Wella kommt ursprünglich aus Sachsen. Autos von BMW kamen früher aus Eisenach, die Knorr-Bremsen aus Berlin. Die Liste ließe sich um einige bekannte Marken ergänzen. Eines haben sie gemeinsam: Mit dem Ende des Zweiten Weltkriegs und der Einführung der sozialistischen Planwirtschaft verlegten die Firmen ihre Zentralen nach Westdeutschland, sogar die in West-Berlin beheimateten wie Siemens. BMW fertigt seine Fahrzeuge heute zum größten Teil in Bayern. Auch Knorr Bremse ist seither in München zuhause.

Abzug Nach 1990 haben viele Firmen, etwa die Technologiekonzerne Schott und Carl Zeiss aus Jena, ihre Hauptsitze im Osten nicht wieder eingenummen. Die Dresdner Bank fusionierte 2009 mit der Commerzbank in Frankfurt am Main. Die Auto-Union (Audi) ist von Zwickau nach Ingolstadt abgewandert. Wella wird von Darmstadt aus gesteuert; im sächsischen Rothenkirchen, wo der Feiseur Franz Ströher 1880 den heutigen Weltkonzern gründete, blieb nur das Tochterunternehmen Londa übrig.

Werner Mulke



Prügelknabe, Bad-Bank der Wiedervereinigung oder marktwirtschaftliche Dunkelkammer - die Treuhandanstalt gilt vor allem bei Ostdeutschen als Inbegriff aller Übel der Nachwendejahre. Und tatsächlich haben die Entscheidungen und die Arbeit der Treuhand bis heute Auswirkungen auf die wirtschaftliche Struktur Ostdeutschlands. Dabei sollte die im Frühsommer 1990 gegründete Behörde die volkseigenen Betriebe der DDR privatisieren und so für ein Wirtschaftswunder und eine rasche Angleichung der Lebensverhältnisse sorgen. „Der schnelle Weg von der Plan- zur Marktwirtschaft war der gemeinsame Wunsch fast aller, in der DDR und im Westen“, sagt Marcus Böck, Historiker und DDR-Forscher an der Ruhr-Universität Bochum.

Doch es kam anders. Während die Treuhand im Westen fast schon vergessen ist, beschäftigt sie bis heute die Politik in den ostdeutschen Ländern und die Wissenschaft. In Thüringen versucht ein Untersuchungsausschuss des Landtags gerade herauszufinden, ob bei der Privatisierung der Thüringer Betriebe mehr Firmen hätten gerettet werden können. Zudem hat das Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ) von 2017 bis 2021 in einem der größten Forschungsprojekte zur Treuhand deren Arbeit durchleuchtet. (siehe Interview unten).

Bittere Bilanz Von 1990 bis 1994 hat die Treuhand rund 8.400 Betriebe betreut, die Hälfte davon wurde geschlossen, etwa vier Millionen Arbeitsplätze gingen verloren. Anstatt eines anfangs prognostizierten Gewinns von 600 Milliarden D-Mark steht am Ende ein Minus von 275 Milliarden D-Mark. Viele Regionen blieben deindustrialisiert zurück, Arbeitslosigkeit und Abwanderung prägten fast zwei Jahrzehnte. Dabei hatten die Ideengeber der Treuhand doch gewollt, dass das volkseigene Vermögen der DDR an alle Bürger gleichmäßig verteilt wird. Nichts erinnert heute in der Chausseestraße 107 in Berlin Mitte an das „Freie Forschungskollegium Selbstorganisation“, eine Gruppe von Wissenschaftlern, die dort Ende der 1980er Jahre Alternativen zum Staatssozialismus der DDR diskutierten. Während der Umbruchsphase im Winter 1989/1990 machten sie den Vorschlag, eine „Holding Treuhand-Gesellschaft-Volkseigentum“ zu entwickeln. „Die Überlegung war, das Volkseigentum der DDR auf die Bürger zu verteilen, jeder sollte einen Anteil an Unternehmen, Grundstücken und Immobilien erhalten“, erinnert sich Werner Schulz, damals Mitinitiator und später Volkskammer-, Bundestags- und EU-Parlamentsabgeordneter für Bündnis 90/Die Grünen. In der DDR seien die Löhne niedrig gewesen, es gab sehr wenig Privatvermögen, der erarbeitete Mehrwert floss in der DDR in die Betriebe. Um bei einer Wiedervereinigung bessere Startchancen zu haben, sollte jeder DDR-Bürger Anteilsscheine bekommen - damit hätte sich der Einzelne in seine Wohnung oder in Teile des Betriebes einkaufen können. Im Februar 1990 entschied der Runde Tisch einstimmig die Bildung einer „Treuhandgesellschaft Volkseigentum“. Doch bereits nach den Volkskammerwahlen im März 1990 war von dieser Idee nichts mehr übrig. Die Bürgerrechtler hatten die Wahlen verloren, und mit Ministerpräsident Lothar De Maiziere (CDU) wurde der Weg

Wühltisch der Einheit

TREUHANDANSTALT Die Arbeit hat bis heute Auswirkungen auf die Wirtschaftsstruktur und auf die Befindlichkeit in Ostdeutschland



Symbolischer Akt: Als Treuhand-Chefin Birgit Breul (CDU) am 31. Dezember 1994 das Schild an der Berliner Treuhand-Zentrale abschraubte, war die Arbeit der Behörde längst noch nicht beendet. Die Nachfolgerin Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS) arbeitete bis 2003.

frei für das Treuhand-Modell, das die Privatisierung des DDR-Vermögens vorsah. Mit Einführung der D-Mark am 1. Juli 1990 und dem Wegbrechen der Märkte in Osteuropa blieben die Hersteller auf ihren Produkten sitzen, weil sie zu teuer geworden waren und weil keiner mehr Autos oder Fernseher aus DDR-Produktion wollte. Detlev Karsten Rohwedder wurde kurz nach der Währungsreform Präsident der

Treuhandanstalt. Der Manager mit SPD-Parteibuch sollte dafür sorgen, dass Betriebe, Einzelhandelsgeschäfte und Gaststätten und Hotels neue Eigentümer bekommen. Doch die lukrativen Bereiche wie Banken, Versicherungen, Energieversorger und Tageszeitungen waren da bereits aufgeteilt. Die Treuhand saß auf tausenden Betrieben, das Angebot war riesig, weshalb auch von einem „Wühltisch-Effekt“ die Rede war.

Das erste Unternehmen, das liquidiert wurde, war das Kamerawerk Pentagon. Am 5. Oktober 1990 erfuhr die 5.500 Mitarbeiter, dass für sie Schluss ist. In den kommenden Monaten machten Millionen Arbeitnehmer in Ostdeutschland die Erfahrung, arbeitslos zu werden. Nach Meinung von Marcus Böck wirkt „der Flurschaden, den die Treuhand hinterlassen hat, bis heute nach“. Auch für Raj

Kollmorgen, Soziologie-Professor und Direktor Forschung an der Hochschule Zittau/Görlitz, sind die Konsequenzen der Arbeit der Treuhand bis heute in Ostdeutschland spürbar. Allerdings seien seit 1990 weitere Faktoren dazugekommen. Das Gefühl vieler Ostdeutscher, sich „auf eine Weise zweitklassig zu fühlen“, sei aber nach wie vor vorhanden. Dass der Osten durch die Treuhand die verlängerte Werk-

bank des Westens wurde, wird als eines der größten Hindernisse angesehen. Nach dem bis heute nicht aufgeklärten Mord an Detlev Karsten Rohwedder im April 1991 übernahm die Wirtschaftspolitikerin Birgit Breuel (CDU) die Treuhand-Führung. Die entsprechende Vorgabe der damaligen Bundesregierung unter Helmut Kohl (CDU) lautete nun „rasche Privatisierung“. Dabei geriet die Treuhand selbst immer stärker unter Druck. Der Ausverkauf lief auf Hochtouren, und es wurde nicht so genau hingesehen, wer als Käufer auftrat. Neben der Treuhand-Zentrale in Berlin gab es 15 regionale Außenstellen.

»Skandalbehörde« Zweifelhafte Vorgänge wie der Verkauf des Kraftwerke-Herstellers Wärmeanlagenbau Berlin (WBB) rückten die Treuhand in der Wahrnehmung vieler ins Licht einer Skandalbehörde, auch weil es keine Einzelfälle waren. 1991 wird die WBB - 1.225 Mitarbeiter - an die Schweizer Firma Chematec AG verkauft. Den Kaufpreis über zwei Millionen D-Mark holte sich die Firma mit gerade mal 42 Mitarbeitern aus dem Vermögen der WBB zurück. Wie sich später herausstellte, fungierte Käufer Michael Rottmann als Strohmann für die Chematec und führte die Geschäfte. Er hatte den Erhalt von 700 Arbeitsplätzen garantiert. Zwei Jahre später hatte die WBB noch 250 Mitarbeiter, liquide Mittel in Höhe von 150 Millionen D-Mark versickerten. Firmeneigene Grundstücke in Berlin und Sachsen wechselten die Besitzer. 1994 ging die WBB in Konkurs. Der Firma waren 100 Millionen D-Mark entzogen worden, 31 Millionen D-Mark sind auf das Privatkonto Rottmanns geflossen. Er wurde 1995 verurteilt, entzog sich der Strafe jedoch, indem er sich absetzte. Wo es Erfolge gab, wie beispielsweise bei Carl-Zeiss-Optik in Jena oder der Chip-Produktion in Dresden, hatten die dortigen Landesregierungen dafür gesorgt, dass die Standorte erhalten blieben. Es wurde nach seriösen Investoren gesucht, finanzielle Mittel wurden zur Verfügung gestellt, so dass die bestehenden Industrieunternehmen gerettet werden konnten.

Strukturministerium gefordert Industriezweige wie der Maschinenbau in Magdeburg oder die Werften in Mecklenburg-Vorpommern hingegen wurden eingestampft. Somit bleibt bei der Beurteilung der Arbeit der Treuhand ein „gemischtes Bild“, wie Forscher Böck urteilt. Es habe zwar Erfolgsgeschichten gegeben, „aber in der ostdeutschen Gesellschaft hat sich bis heute das Gefühl gehalten, die DDR wurde einfach abgewickelt, das Vermögen ging an westdeutsche Kapitaleigner“. Werner Schulz sieht das ähnlich. Der strategische Fehler sei von Anfang an gewesen, „dass die Bundesregierung keine Strukturpolitik in der DDR gemacht hat“, so sein Urteil. Anders als von seiner Partei gefordert, habe es kein Strukturministerium für die ostdeutschen Bundesländer gegeben.

Auch die mehrfach versuchte Aufarbeitung der Treuhand-Arbeit ist aus Sicht von Schulz bis heute nicht gelungen. Der Bundestags-Untersuchungsausschuss, der 1993 eingesetzt wurde, sei eher „unbefriedigend verlaufen“, vor allem weil die meisten Unterlagen nicht freigegeben waren. Das hat sich bei der Arbeit des IfZ zwar etwas verbessert, aber der Großteil der Treuhand-Akten bleibt für weitere Jahrzehnte gesperrt.

Nina Jeglinski

»Die Politik ließ die Treuhand an der langen Leine laufen«

FORSCHUNG Historiker werten erstmals Akten der Treuhand aus. Behörde diente als »Blitzableiter« und war mit zu vielen Aufgaben überfrachtet

Der schlechte Ruf der Treuhand sollte mit dem Forschungsprojekt am Institut für Zeitgeschichte (IfZ) verschlicht werden: Ist das gelungen?

Das Ziel des Forschungsprojektes ist die wissenschaftliche Aufarbeitung der Tätigkeit der Treuhand. Das wurde erst ab 2017 möglich, weil sich bis dahin die Treuhandakten noch nicht im Bundesarchiv befanden; erst dadurch wurden die Treuhandakten öffentlich und allgemein zugänglich. Inwieweit unsere Forschungsergebnisse die öffentliche Debatte beeinflussen werden, das bleibt abzuwarten. Aber ich bin da relativ zuversichtlich.

Ein Forschungsgegenstand ist, welche Folgen die Privatisierungspolitik der Treuhand für die ostdeutschen Regionen hatte. Welche Erkenntnisse liegen Ihnen dazu heute vor?

Was wir unter anderem untersucht haben, sind die Entscheidungsprozesse, die zu den Privatisierungen oder Abwicklungen der Unternehmen geführt haben. Die Treuhand spielte dabei nicht immer die zentrale Rolle, vielmehr gab es eine Vielzahl von Akteuren, die maßgeblich mitgewirkt haben. Dabei sind vor allem das Bundeskanzleramt, die Bundesministerien für Finanzen und für Wirtschaft, aber auch Landesregierungen und Landesministerien sowie Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zu nennen. Die Privatisierung war ein Aushandlungsprozess über die Zukunft der ostdeutschen Betriebe. Die Treuhand hat zwar eine wichtige Rolle gespielt, aber keineswegs die alleinige, führende Rolle.

Können Sie das konkretisieren?

Es gibt regional sehr große Unterschiede, es gibt Regionen, in denen sich die Industriestruktur weitgehend aufgelöst hat. Ein Beispiel dafür ist die Textilindustrie in Ost-Sachsen. 70 Prozent der DDR-Textilindustrie waren dort angesiedelt, heute ist davon nichts mehr übrig. Sachsen ist ein Beispiel dafür, wie extrem die Gegensätze sein können: Auf der einen Seite gab es dort komplette Deindustrialisierung, während Regionen um Dresden und Leipzig florierten. Auch in Thüringen sind solche Prozesse sichtbar. Diese Gegensätze sind in der öffentlichen Wahrnehmung bislang noch nicht so präsent, die Deindustrialisierung wird als Pauschalentwicklung für Gesamt-Ostdeutschland angesehen. Dabei gab es stellenweise auch eine Re-Industrialisierung, zum Beispiel das Chemie-Dreieck in Sachsen-Anhalt oder die Optik in Jena und die Stahlwerke in Brandenburg. Diese Betriebe wurden allesamt privatisiert und saniert.

Wieso hatte die Treuhand keinen Überblick darüber, welche Betriebe saniert werden können und welche nicht? Die Treuhand existierte nur eine sehr kurze Zeit, von 1990 bis 1994, aber es gab eine Nachfolgeeinrichtung, die in der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt ist, nämlich die Bundesanstalt für vereinigungsbedingte Sonderaufgaben (BvS). Die Treuhand war überfordert mit den Aufgaben, die sie erledigen sollte. Dazu gehörte nicht nur die Privatisierung der Betriebe, sondern auch der Strukturwandel, die Regelung der Altschuldenfrage, die Umweltsanierung und die Mitgestaltung der Arbeits- und Sozialpolitik. Diese Aufgaben wurden

der Treuhand zugewiesen, in dem Maße, in dem die Arbeitslosigkeit und die Unzufriedenheit in Ostdeutschland anstiegen. Die Treuhand startete 1990 mit 380 Mitarbeitern, bis 1993 wurde die Zahl auf fast 4000 erhöht, dem standen jedoch rund 12.000 Unternehmen gegenüber. Eine engmaschige Betreuung der Betriebe war somit kaum möglich. Die Treuhand war für die Privatisierung der gesamten DDR-Wirtschaft zuständig, nicht nur für einzelne Branchen oder für die Großbetriebe, das war eine historisch einmalige Aufgabe.

Sie sagen, die Treuhand war auch für den Strukturwandel zuständig. Wo gab es da Probleme?

Dafür gab es keinen Masterplan. Allgemein bekannt war, dass die DDR-Wirtschaft Ende der 1980er Jahre rund zehn Jahre im Rückstand zur westlichen Industrie lag, vor allem in der Mikroelektronik und im Maschinenbau. Dazu kam noch, dass die DDR-Industrie stark von der Schwerindustrie geprägt war, die sich in West-Europa bereits seit den 1950er Jahren im Krisenmodus befand, wie beispielsweise beim Bergbau, aber auch bei den Werften. Dieser Rückstand musste ab 1990 in kürzester Zeit aufgeholt werden. Die Treuhand hatte sich dabei nicht nur mit den Landesregierungen und der Bundesregierung abzustimmen, sondern auch mit den damaligen EG-Institutionen und den Mitgliedsstaaten der EG. Diese Aushandlungsprozesse waren kompliziert, vielseitig und zeitintensiv.

Können Sie herausfinden, welchen Einfluss genau die Bundesregierung auf

die Behörde hatte, und welchen die Bundesländer?

Die Treuhand-Anstalt war eine nachgeordnete Behörde, Dienst- und Fachaufsicht hatte das Bundesfinanzministerium, in Absprache mit dem Bundeswirtschaftsministerium. Allerdings agierte die Treuhand relativ autonom und wurde von der Politik an der langen Leine laufen gelassen. Erst mit dem Aufkommen massiver öffentlicher Kritik, ab Mitte 1991, gab es mehr Kontrollversuche durch die beiden Bundesministerien, aber auch durch das Bundeskanzleramt und den Bundestag. 1993 wurde ein Treuhand-Untersuchungsausschuss eingerichtet; somit gab es eine Reihe von

Instrumenten, mit denen die Arbeit der Treuhand kontrolliert werden sollte.

Der Arbeitsplatz hatte in der DDR einen besonderen Stellenwert, er diente nicht nur dem Gelderwerb, sondern war auch Freizeit-, Bildungs-, Ferieneinrichtung. Hätten Teile dieser „sozialistische Arbeitswelt“ erhalten werden können?

Es ist nach unserer Erkenntnis eine der größten Verluste der ostdeutschen Arbeitnehmer, dass sie nicht nur den Arbeitsplatz verloren haben, sondern auch das gesamte kulturelle und soziale Umfeld wegfiel. In Westdeutschland ist das nach wie vor nicht zur Kenntnis genommen worden, was an den unterschiedlichen Wirtschaftssystemen liegt. Die sozialistische Arbeitswelt bot in großen Betrieben und Kombinat neben dem Arbeitsplatz Kindergärten, Polikliniken, Ferienheime und vieles mehr; das fiel 1990 ersatzlos weg. Es gab zwar den Versuch bei der Treuhand und bei der Politik, Teile davon zu retten. So sollten Kommunen bestimmte Bereiche davon übernehmen, aber insbesondere in den ländlichen Regionen ist davon bis auf die Freiwillige Feuerwehr und die Volkssolidarität nichts übriggeblieben. Anfang der 1990er Jahre hätte man sehr viel mehr gegensteuern können, um für die ostdeutsche Gesellschaft Stabilitätsanker zu schaffen. Allerdings war den meisten Westdeutschen die sozialistische Arbeitswelt komplett fremd. Die enge Fokussierung auf den Betrieb gab es in der westdeutschen Wirtschaftsordnung nirgends.



Dierk Hoffmann

Im Zusammenhang mit der Arbeit der Treuhand gibt es immer wieder den Hin-

weis darauf, die Behörde habe das Aufkommen von Oligarchen verhindert. Ist das tatsächlich so?

Die Treuhand-Anstalt ist eine ostdeutsche Erfindung, von der Bürgerrechtsbewegung von im Herbst 1989/1990 entwickelt. Die Behörde wurde geschaffen, um zu verhindern, dass die alten Funktionselemente sich an dem Volkseigentum bereichern. In Ostdeutschland entstanden keine oligarchischen Strukturen, wie wir sie in Russland und in Teilen Osteuropas kennen. Es gab zwar die Debatte um „alte Seilschaften“, bestehend aus SED, Mitarbeitern des Ministeriums für Staatssicherheit und Kombinatführung, die sich angeblich Betriebe zuspähen würden; aber das konnte die Treuhand-Anstalt verhindern, was der Behörde auch als Verdienst angerechnet werden kann. Ab Ende 1990 hat die Treuhand unter anderem ein Controllingssystem aufgebaut und solche Vorwürfe geprüft. Die Unterlagen, die wir durchsehen konnten, zeigen, dass das Ausmaß von Seilschaften bei der Privatisierung der Betriebe relativ gering gewesen ist, und dass diese Vorgänge bereits zeitgenössisch publik geworden sind. Betroffen waren vor allem mittlere und kleinere Betriebe.

Das Gespräch führte Nina Jeglinski

Professor Dierk Hoffmann ist stellvertretender Abteilungsleiter am Institut für Zeitgeschichte München-Berlin (IfZ), dort leitete er von 2013 bis 2021 das Forschungsprojekt zur Treuhand. ab. Im April 2022 erschien die ersten zwei von insgesamt zehn Bänden, zudem ist ein Sammelband vorgesehen.

Der Tod der alten Riesen

STAHLINDUSTRIE Alle Fusionen und Übernahmen halfen nichts. Von der Stahlindustrie im Ruhrgebiet ist nicht mehr viel übrig. Neue Branchen wachsen jedoch.

Gerhard Cromme – mit keinem Namen ist der Strukturwandel der Stahlbranche an Rhein und Ruhr mehr verbunden. Die einen feiern ihn als Retter, weil er erhalten wollte, was noch wirtschaftlich überlebensfähig war, die anderen verfluchten ihn, weil er seine Vorstellungen, die meist mit einem drastischen Personalabbau verbunden waren, knallhart durchsetzte. Die Aktionäre jubelten ihm zumindest temporär zu, von den Arbeitnehmern gab es schon mal Eierwürfe. Doch selbst vor den Manager-Kollegen anderer Konzerne machte der Krupp-Chef nicht halt: Beim Dortmunder Hoesch-Konzern initiierte Cromme die erste „feindliche Übernahme“ bei einem industriellen Großbetrieb in Deutschland.

Keine Rettung Rückblickend muss man sagen, dass selbst die Methode Cromme die deutschen Stahlstandorte nicht mehr retten konnte. ThyssenKrupp, eine gleichfalls von Cromme vorangetriebene Fusion, gibt es noch – wenn auch immer wieder mal in starken wirtschaftlichen Turbulenzen. Die damals hochmoderne Kokerei des Hoesch-Stahlwerks in Dortmund wurde abgebaut – und per Schiff nach China transportiert. Und in Rheinhausen verhinderte selbst der längste Streik, den es in der deutschen Wirtschaft jemals gegeben hat, nicht das Ende. Beim Aufbau von neuen Strukturen, bei der Neuansiedlung von neuen Betrieben

war Cromme weitgehend außen vor, das durften dann andere erledigen – in der Regel mit öffentlichen Geldern. Wobei sich die Vorstellung, Zechenanlagen oder Hüttenwerke durch andere industrielle Großbetriebe zu ersetzen, als nicht realistisch erwies. Das Beispiel Bochum machte das sehr deutlich: Die Ansiedlung des Opel-Werkes auf dem Gelände der Schachtanlage Zeche Dannenbaum wurde in den 60er-Jahren als Glücksfall gefeiert. Bald zeigte sich jedoch, dass man sich nur in eine neue Abhängigkeit von einem Arbeitgeber begeben hatte. 2014 lief der letzte Wagen, ein Zafira, in Bochum vom Band. Beim Telekommunikationsunternehmen Nokia war es auch nicht anders.



Stahl-Manager Gerhard Cromme

In Boomzeiten beschäftigte der finnische Konzern in seinem Bochumer Werk 4.500 Mitarbeiter. 2008 war auch hier Schluss.

Nur noch einer der klassischen Stahlkonzerne, ThyssenKrupp, hat weiter seinen Sitz im Ruhrgebiet. Weltweit beschäftigt die AG mehr als 160.000 Arbeitnehmer, am Hauptsitz Essen sind es 3.200, in Duisburg sogar 13.000 Mitarbeiter. Walzstahl steht zwar noch auf der Produkte-Liste, aber längst hat man diversifiziert: Automotive Technology, Werkzeugbau, Kurbelwellen bis zu grünem Wasserstoff.

Die wichtigsten Arbeitgeber sind heute der Öffentliche Dienst, die Deutsche Post und die Deutsche Bahn, Wohnungsbaugesellschaften, die Versicherungswirtschaft sowie die Energiewirtschaft. Auffällig sind die regionalen Schwerpunkte, die sich entwickelt haben. Dortmund hat sich zum Versicherungszentrum entwickelt. Signal Iduna, die Continentale, die Volkswohlbund Versicherung sowie zahlreiche gesetzliche und private Versicherungen haben hier ihren Haupt- oder Nebensitz.

Mülheim an der Ruhr und Essen haben sich dank Aldi zum Handelszentrum entwickelt: Aldi Süd und Tengelmann sitzen in Mülheim, Aldi Nord in Essen. Auch die Energiewirtschaft zieht es nach Essen. E.ON ist im Jahr 2016 sogar aus der Landeshauptstadt Düsseldorf in die Ruhrmetropole umgezogen. RWE war immer schon in Essen beheimatet. Das gilt auch für das Energie-Unternehmen Steag.



Die Demonstrationen der Arbeiter blieben letzten Endes wirkungslos: Der Stahlstandort Rheinhausen ist Geschichte.

© picture-alliance/dpa/Horst Ossinger

Mindestens genauso wichtig sind mittlerweile mittelständische Betriebe mit neuen Technologien. Die Ruhr-IHKs gehen aktuell davon aus, dass rund 80 Prozent der Arbeitnehmer heute im Dienstleistungssektor und nur noch rund 20 Prozent in der industriellen Produktion beschäftigt sind. Das kann man als gelungenen Strukturwandel feiern, zur Wahrheit gehört aber auch, dass das Ruhrgebiet immer noch dramatisch hohe Arbeitslosen-Zahlen verzeichnet. Im Juni 2022 lag die Quote zwischen Duisburg und Dortmund bei 9,1 Prozent. Das liegt deutlich über dem Bundeschnitt (5,2 Prozent) und über dem Durchschnitt in Ostdeutschland (6,5 Prozent). „Das Ruhrgebiet ist ein Bremsanker für das ganze Land NRW“, urteilen die Forscher vom Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

»Das Ruhrgebiet ist ein Bremsanker für das ganze Land NRW.«
IW-Institut

Ein Blick auf die Arbeitslosenzahlen einzelner Städte macht noch deutlicher, dass nicht alles, was weggebrochen ist, ersetzt werden konnte: Herne 10,5 Prozent, Dortmund 10,5 Prozent, Oberhausen 10,7 Prozent, Duisburg 12,3 Prozent und Gelsenkirchen 13,8 Prozent. Diese Entwicklung hatten auch schon die Kruppianer befürchtet, als sie am 26. November 1987 den längsten Arbeitskampf in der deutschen Nachkriegsgeschichte starteten. Es ist zumindest eine Erklärung

für die Vehemenz und die Intensität ihres Engagements: 90 Jahre lang hatte Krupp seinen Mitarbeitern – und damit Generationen von Familien – sichere Arbeitsplätze mit eigenen Werkswohnungen und Sozialleistungen geboten. „Man war Kruppianer, von der Lehre bis zur Rente“, meldete der WDR.

Über Nacht war das zu Ende: Plötzlich standen 5.300 Arbeitsplätze auf der Kippe. Die Argumente von Krupp-Chef Cromme prallten bei den Stahlarbeitern ab: „Wir können nicht jedes Jahr mehrere hundert Millionen D-Mark Verlust machen“, verteidigte er seine Pläne. Krupp-Obermeister Helmut Laakmann führte den Widerstand an: „Wir werden diesen Vorstand in die Knie zwingen!“ Die Kruppianer konnten sich der Solidarität der Duisburger Region sicher sein, das galt auch für zahlreiche Prominente wie Duisburgs Oberbürgermeister Josef Krings und die Tatort-Ikone Götz George alias Horst Schimanski.

Nach 160 Streiktagen gab es einen Kompromiss: Es wurde zunächst nur ein Hochprofil stillgelegt. Das bedeutete zwar immer noch einen Abbau von 3.000 Arbeitsplätzen. Allerdings folgten keine Entlassungen – für ältere Mitarbeiter gab es einen Sozialplan, junge wurden in anderen Werken in der Nachbarschaft untergebracht.

1993 war dann endgültig Schluss. Im August wurde das Werk zugemacht. Heute steht an gleicher Stelle ein Logport – ein Logistikzentrum. Ein mit modernster Technologie ausgestatteter Container-Terminal. Die Zahl der Mitarbeiter liegt noch nicht mal bei zehn Prozent im Vergleich zum alten Unternehmen Krupp Rheinhausen.

Die Aufregungen um Rheinhausen haben Cromme nicht daran gehindert, parallel einen noch größeren Coup auszuführen – eine in Deutschland noch nicht erlebte feindliche Übernahme. Der hochverschuldete Krupp-Konzern wollte das profitable Hoesch-Unternehmen schlucken. Wichtigster Helfer dabei war der Banker Friedel Neuber, sein WestLB kaufte heimlich Aktien im Wert von über einer halben Milliarde D-Mark auf, um Cromme und Krupp so zu einer Mehrheit zu verhelfen. Der Coup gelang. 10.000 Hoesch-Mitarbeiter standen vor der Entlassung. Heute sind auf dem Gelände der Westfalen-Hütte noch 1.300 Mitarbeiter beschäftigt. Warmband, das in Duisburg hergestellt wird, wird hier kaltgewalzt und verzinkt. Das Ganze geschieht mittlerweile unter dem ThyssenKrupp-Dach, eine Fusion, die 1998 beschlossen wurde. Natürlich auf Initiative von Gerhard Cromme.

Joachim Umbach

Der Autor war Stellvertreter des Chefredakteurs der Neuen Ruhr Zeitung Essen und Chefredakteur der Schwäbischen Zeitung Ravensburg.

Tief im Westen

BOCHUM Die Sonne verstaubt hier schon lange nicht mehr. Umbruch von Kohle und Stahl zu Zukunftstechnologien

Wenn Herbert Grönemeyer sein Lied „Bochum“ anstimmt, kann er sicher sein, dass sein Publikum schon in der zweiten Zeile lauthals mitsingt: „Tief im Westen / Wo die Sonne verstaubt / Ist es besser / Viel besser, als man glaubt ...“ Dieser Song trifft wie kein anderer das Lebensgefühl der Menschen in dieser Region: Es fehlt an Wertschätzung und Zuwendung. Die wirtschaftlichen Leistungen und Technologien der Vergangenheit, die zum Teil das deutsche Wirtschaftswunder erst ermöglicht haben, sind mittlerweile überholt und nicht mehr gewollt. Kohle, Stahl – alles Auslaufmodelle. Und mit diesen Branchen drohen auch die alten Werte auszusterben – das Lob für die harte Arbeit unter Tage, die Kameradschaft mit Kollegen, die oft zu Schicksalsgefährten wurden. Auch wenn manches an der Vergangenheit sicher verklärt wird, verfestigt sich das Gefühl, etwas Besonderes geleistet zu haben. Doch wie so oft: Die Verdienste von früher werden irgendwann immer weniger gewürdigt.

Über Tage werden andere Fähigkeiten gebraucht als unter Tage.

Dafür haben zumindest die Bochumer ihren Herbst. Und der wird nicht müde, die Seele der „Ruhris“ zu berühren – ob vor Fußball-Publikum oder bei riesigen Open-Air-Konzerten. „Bochum“ geht immer. Daran ändert auch nichts, dass der Text einiger Überarbeitungen bedürfte. Schon die zweite Zeile ist nicht mehr aktuell – „Wo die Sonne verstaubt“. Die Luft ist inzwischen einigermaßen klar – weil es keine Stahlwerke mehr gibt. Aus dem gleichen Grund stimmt auch die Aussage „Du hast'n Pulsschlag aus Stahl / Man hört ihn laut in der Nacht“ nicht mehr. Nachts hört man je nach Lage höchstens noch die Autobahnen.

Dass dieser Umbruch – weg von Kohle und Stahl, hin zu Zukunftstechnologien und -branchen – in Bochum besser gelungen ist als anderswo zwischen Lippe und Emscher, hat einen wichtigen Grund: Schon Anfang der 1960er-Jahre wurde in Bochum die Ruhr-Universität gegründet. Eine damals nicht unumstrittene Entscheidung, die jedoch notwendig war, um die wirtschaftlichen und technologischen Herausforderungen

bestehen zu können. Johannes Rau, der vor seinen Positionen als Ministerpräsident und Bundespräsident Wissenschaftsminister in NRW war, hat dieses Projekt immer gepusht, wohl wissend, dass man über Tage andere Fähigkeiten braucht als unter Tage. Heute studieren an der Ruhr-Universität 42.600 Studenten in 21 Fakultäten.

Innovation Die beiden Innovationszentren in unmittelbarer Nachbarschaft gelten als die großen Treiber des Wandels: das Technologiezentrum Ruhr (TZR) und das Technologiequartier. Sie rekrutieren ihre qualifizierten Mitarbeiter vorzugsweise an der benachbarten Hochschule – und setzen Forschungsergebnisse direkt um in innovative Produkte. So läuft heute das Business. Doch es gab noch eine zweite wegweisende Entscheidung: Von der Gelsenkirchener Bergwerks-AG erwarb die Stadt Bochum 1962 das Gelände der Zeche Bruchstraße – für bescheidene 1,4 Millionen D-Mark. Gut angelegtes Geld, denn hier wurden wenig später die Opelwerke Bochum aufgebaut. In den Werken I, II und III haben in Spitzenzeiten über 20.000 Menschen gearbeitet. Es hat im Ruhrgebiet nie wieder eine Ansiedlung in dieser Größenordnung gegeben.

Während in den Anfängen die Jubler in der Überzahl waren („Ein Glücksfall!“), nahmen um die Jahrtausendwende die Zweifler zu („Es gibt eine neue Form von Abhängigkeit!“). Und so kam es dann auch: 2014 lief der letzte Wagen vom Band. Entschieden hat eine ferne Konzernzentrale. Doch durch Rückschläge haben sich die Bochumer noch nie entmutigen lassen. Heute setzt die Stadt mehr denn je auf einen Mix aus kleinen und mittleren Betrieben. Die Idee dahinter: Eine höhere Branchenvielfalt ist einfach krisensicherer. Hinzu kamen intensive Bemühungen, durch Kultur für Attraktivität zu sorgen: Das Bochumer Schauspielhaus ist nach wie vor eine erste Adresse. Und selbst das Rollschuh-Spektakel „Starlight-Express“ in der Jahrhunderthalle, einem alten Industriekomplex, erfreut das Publikum seit 1968. Fakt bleibt aber auch in Bochum: Nur ein Teil der Industriebrachen konnte einer Folgenreinigung zugeführt werden, ebenso konnte nur ein Teil der verlorenen Arbeitsplätze ersetzt werden. Die Einwohnerzahl sank drastisch – von 405.000 (1993) auf 363.000 (2021). Auch hier stimmt Grönemeyers Lied nicht mehr: „Wer will schon in Düsseldorf wohnen“. Nun ja, in der Rhein-Metropole gibt es seit Jahren wieder eine steigende Bevölkerungszahl. **um**

Anzeige

»lässt keine Facette der Europäischen Union unerwähnt.«

Antonia Otto, dierezensenten.blogspot.de Oktober 2014, zur Voraufgabe



Die Europäische Union
Europarecht und Politik
Von Prof. (em.) Dr. Roland Bieber, Prof. Dr. Astrid Epiney, LL.M., Marcel Haag und Prof. Dr. Markus Kotzur, LL.M.
15. Auflage 2022, ca. 740 S., brosch., ca. 38,90 €
ISBN 978-3-8487-7428-9
E-Book 978-3-7489-1430-3
Erscheint ca. September 2022

Das Corona-Virus, der vollzogene Brexit, Migrationsfragen, Probleme der Rechtsstaatlichkeit u.v.m. stellen die EU und ihr Recht vor neue Herausforderungen. Die 15. Auflage des Lehrbuchs „Die Europäische Union“ erläutert in bewährter Manier sowohl die rechtlichen Folgen der neu zu bewältigenden Aufgaben als auch die wesentlichen Strukturen und Aktionsfelder der EU.

Nomos eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer



München ist und bleibt Spitzenreiter: Seit Jahren führt die bayrische Landeshauptstadt den Städtetest an, den die „Wirtschaftswoche“, Immobilienscout24 und das Institut für Wirtschaft (IW) Köln regelmäßig erheben und so die wirtschaftsstarke Standorte in Deutschland ermitteln. Auf den Plätzen zwei bis fünf folgen traditionell Erlangen, Ingolstadt, Stuttgart und Frankfurt am Main. Bewertet werden dabei unter anderem die Wirtschaftsstruktur eines Standortes, der Arbeitsmarkt, die Lage auf dem Immobilienmarkt und die Lebensqualität. Die Metropolregionen im Süden Deutschlands sind seit einigen Jahrzehnten die erfolgreichsten Wirtschaftszentren. Große, sehr erfolgreiche und umsatzstarke Branchen wie die Automobilindustrie, die Automatisierungstechnik oder die Pharmaindustrie sind dort vertreten.

Städte im Vorteil Doch warum ausgerechnet diese Standorte? Schließlich gilt für viele urbane Zentren, dass sie gegenüber eher ländlichen Regionen im Vorteil sind: In der Regel sind dort die Verkehrsverbindungen besser, es gibt eine engermaschigere Versorgung mit den Dingen des alltäglichen Bedarfs, das kulturelle und schulische Angebot ist breiter, es gibt mehr Möglichkeiten zur Freizeitgestaltung, der Ausbau der Infrastruktur wie zum Beispiel beim Breitbandinternet ist stärker vorangeschritten als auf dem „platten Land“. Doch diese sogenannten Urbanisationsfaktoren haben viele deutsche Großstädte gemein; das erklärt noch nicht, warum gerade die oben genannten Metropolen so viel attraktiver für Unternehmensansiedlungen sind als andere Standorte.

Eine mögliche Erklärung ist erstmal eine historische Herleitung: „Die hohe Unternehmensdichte in Süddeutschland rührt zum Teil aus der Nachkriegsgeschichte her. Damals haben sich Unternehmen, die aus der sowjetischen Besatzungszone geflohen sind, häufig dort niedergelassen. Das waren zum Beispiel Audi mit Wurzeln in Zwickau/Chemnitz oder BMW mit Wurzeln in Eisenach.“, sagt Joachim Ragnitz, stellvertretender Leiter der Dresdner Niederlassung des Ifo-Instituts. Ragnitz nennt diese Faktoren eine „Zufälligkeit“ die zur Expansion süddeutscher Standorte beigetragen habe.

Bayern sei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges noch „Entwicklungsland“ gewesen, sagt Martin Gornig, Forschungsdirektor für Industriepolitik in der Abteilung Unternehmen und Märkte beim Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Zu dieser Zeit war noch das Ruhrgebiet das Zentrum der deutschen Industrie. Der technologische Wandel von der Stahl- zur Autoindustrie aber habe dann Bayern und Baden-Württemberg nach vorne gebracht.

Technologiesprünge seien immer eine Chance für eine Region, zum Zentrum zu werden, so Gornig: „Es muss sich ein technologischer Wandel ergeben und dann müssen die Regionen auch zuschlagen.“. Damals sei das in München auch durch die groß angelegte Erschließung von Flächen geschehen, mit der man die Ansiedlung von Unternehmen und deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter erleichtert habe.

Wirtschaftliche Ökosysteme In den Wirtschaftswissenschaften spricht man von „Ökosystemen“, wenn sich in bestimmten Regionen Betriebe der gleichen Branche ansiedeln, weil dort ihre Bedürfnisse leicht erfüllt werden. Wenn also in Baden-Würt-

Der starke Süden

ZWISCHEN MAIN UND ISAR München, Stuttgart, Rhein-Main-Gebiet: Die Metropolregionen sind Deutschlands erfolgreichste Wirtschaftszentren



Motor München: Besonders die Autobauer machten die bayrische Landeshauptstadt zum Spitzenreiter der Wirtschaft in Deutschland.

© picture-alliance/ZB/eurolutbild.de/Daniel Reiter

temberg die Bedingungen für Autobauer gut sind, weil sich dort auch Zulieferer oder Forschungsinstitute niedergelassen haben, genügend Fachkräfte und Infrastruktur vorhanden sind oder die Behörden dort aufgrund einer langjährigen Erfahrung zügig Anträge bearbeiten, dann sei es für ein Unternehmen attraktiver, sich dort niederzulassen, als in einer Region, in der all dies nicht gegeben ist, erklärt Michael-Jörg Oesterle von der Universität Stuttgart.

„Mit zunehmender Unternehmensgröße steigt häufig die Produktivität in diesem Unternehmen, so dass mehr Geld für Forschung und Investitionen vorhanden ist. Das steigert dann das Wachstum noch einmal mehr.“ Es gebe also „Pfadabhängigkeiten“: Dort, wo es größere Unternehmen gebe, würden diese in der Tendenz noch größer. Damit steige dann auch die Attraktivität einer Region für Arbeitskräfte, so dass es zu Zuzug kommen könne. Auch das könne dazu beitragen, dass wirtschaftlich attraktivere Standorte noch attraktiver werden, so Ragnitz.

Neue Märkte Eine Möglichkeit für bislang eher strukturschwächere Regionen ergibt sich deshalb aus den von Gornig angesprochenen Technologiesprünge. Dies ist gut

tät einer Region für Arbeitskräfte, so dass es zu Zuzug kommen könne. Auch das könne dazu beitragen, dass wirtschaftlich attraktivere Standorte noch attraktiver werden, so Ragnitz.

Neue Märkte Eine Möglichkeit für bislang eher strukturschwächere Regionen ergibt sich deshalb aus den von Gornig angesprochenen Technologiesprünge. Dies ist gut

zu sehen bei den Ansiedlungen des Elektroautobauers Tesla in Brandenburg oder des Chipherstellers Intel in Sachsen-Anhalt: In Deutschland gibt es bislang kein Zentrum, das speziell für diese Branchen Infrastruktur bietet, weshalb dies kein Faktor für die Unternehmen ist, sich einen Standort auszusuchen. In diesem Fall werden andere Punkte für die Entscheidung interessanter, wie zum Beispiel niedrigere Lohnkosten und Gewerbesteuer oder billigere Flächen, wie es sie in den Ballungsgebieten im Süden weniger gibt als im Osten oder Norden Deutschlands.

Kein Garant für Erfolg Neue Technologien sind also nicht nur eine Chance für bislang strukturschwächere Regionen, sondern können auch zur Gefahr für die bislang so erfolgreichen Standorte werden, da sind sich die Experten Goring, Ragnitz und Oesterle einig: „Erfolg in der Vergangenheit ist kein Garant für zukünftigen Erfolg“, sagt Oesterle. Das habe man im Laufe des 20. Jahrhunderts an den Hansestädten wie Bremen beobachten können. Dort habe man sich zu lange auf den einstmalen florierenden Handel und den Schiffsbau verlassen. Als deren Zeit vorbei war, ging auch die wirtschaftliche Leistungskraft zurück. Ein aktuelles Beispiel, auf das der Stuttgarter Wirtschaftsprofessor verweist, sind die unlängst im baden-württembergischen Landtag diskutierten rückläufigen Zahlen bei der Ansiedlung ausländischer Firmen. Ende Juni wurden bei einer Debatte im Landtag Zahlen genannt: Von 75 Anfragen ausländischer Firmen im Jahr 2017 kam es bei 18 zu einer Ansiedlung, das entspräche einer Erfolgsquote von 24 Prozent, rechnete der Liberale Abgeordnete Niko Reith damals vor. Im Jahr 2019 seien es bei 101 Anfragen nur 17 Ansiedlungen gewesen, also eine Erfolgsquote von 17 Prozent.

Die Landesregierung habe es verpasst, lukrative Unternehmen ins Bundesland zu holen, lauten die Vorwürfe aus der Opposition an die schwarz-grüne Koalition. So hätten auch Tesla und Intel Interesse an Standorten in Baden-Württemberg Interesse gehabt, doch man habe die Chance vertan, die Firmen ins Ländle zu holen. Daraufhin räumte auch Wirtschaftsministerin Nicole Hoffmeister-Kraut (CDU) ein, dass man sich wieder verstärkt um die Ansiedlung bemühen müsse. Bei den momentan aufstrebenden Branchen wie zum Beispiel den erneuerbaren Energien seien Regionen am Meer natürlicherweise im Vorteil, so Hoffmeister-Kraut.

Doch der Dresdner Ragnitz gibt zu bedenken, dass Strukturwandel, wenn er denn gelingt, nur sehr langsam vorangehe: „Das klappt nur bei Neuanstellungen. Dass sich Unternehmen einen neuen Standort suchen, kommt so gut wie nie vor. Verständlicherweise, denn ein Großteil der Fachkräfte würde dann nicht mitziehen und das Unternehmen würde einen deutlichen Verlust an Wettbewerbsfähigkeit erleiden.“ Deswegen seien die heutigen strukturschwachen Regionen weitgehend dieselben, die es auch vor 60 Jahren schon waren. „Und es wird sich daran voraussichtlich in den nächsten 60 Jahren nichts ändern“, prognostiziert Ragnitz. Selbst die vieldiskutierten, aber wenigen neuen Großansiedlungen, wie die von Tesla in den neuen Bundesländern würden daran nichts Grundlegendes ändern.

Oesterle glaubt schon, dass es gelingen kann, wenn sich eine Region technologiefreundlich zeige und bereit sei, sich auf den erforderlichen Wandel einzustellen. Doch selbst dann dauere es in der Regel Jahrzehnte, bis man einen so nennenswerten Erfolg erreicht habe wie die Spitzenreiter im südlichen Deutschland. *Elena Müller*

»Vor allem bei der digitalen Infrastruktur hapert es«

LÄNDERVERGLEICH Laut aktuellem Standortindex des Instituts für Deutsche Wirtschaft (IW) bleibt Deutschland attraktiv für Industrieunternehmen

Herr Bähr, der IW-Standortindex bewertet regelmäßig die Standortattraktivität von 45 Industrie- und Schwellenländern für Industrieunternehmen. Was macht einen guten Standort aus?

Es braucht eine ganze Reihe von Rahmenbedingungen, damit in einem Land gute Investitionsvoraussetzungen für Industrieunternehmen herrschen. Diese gelten nicht nur für Neuanstellungen, sondern auch für bestehende Industrien, die an einem Standort in ihre Aufrechterhaltung oder Weiterentwicklung investieren sollen. Für den Standortindex betrachten wir rund 60 Indikatoren, die wir zu den sechs Bereichen Staat, Infrastruktur, Wissen, Ressourcen, Kosten und Markt zusammenfassen.

Deutschland landet im aktuellen Ranking mit Zahlen von 2019 auf Rang vier. In welchen Bereichen schneidet die Bundesrepublik besonders gut ab?

In dem Ranking ist sie im Bereich Markt auf Platz eins und im Bereich Infrastruktur auf Platz zwei. Das sind ihre größten Stärken. Aber auch bei Staat, Wissen und Ressourcen kommt Deutschland noch unter die Top Ten.

Obwohl Deutschland bei der Infrastruktur in Ihrer Bewertung auf dem zweiten Platz landet, bezeichnen Sie diesen Bereich in Ihren Ausführungen als Problemfeld. Warum?

Vor allem bei der digitalen Infrastruktur hapert es. Deutschland steht zwar zum Beispiel beim Thema Breitbandversorgung im Vergleich zu allen 45 Ländern überdurchschnittlich gut da, gemessen an den Werten anderer OECD-Länder allerdings eher schwach. Dies betrifft auch die Verbreitung in der Fläche. Wenn man die digitale Infrastruktur innerhalb Deutschlands vergleicht, sehen wir, dass häufig besonders ländliche Bereiche nochmal deutlich schlechter angebunden sind als die urbanen Zentren.

Gibt es weitere Bereiche mit Nachholbedarf?

Ja, ein Beispiel ist der bürokratische Aufwand für Unternehmen bei Steuerzahlungen. In anderen Ländern hat sich dieser Aufwand verringert, in Deutschland aber nicht. Hier könnte durch bessere Regulierung Abhilfe geschaffen werden. Bisher ist dies nicht geschehen. Außerdem ist Deutschland eines der Länder mit den höchsten Kosten. Insbesondere Arbeitskosten sowie Steuern sind hier sehr hoch und die Energiekosten gehören – gerade auch im Strombereich – zu den höchsten in Europa.

Welche Konsequenzen wird die aktuell andauernde Energiekrise für die künftige Standortattraktivität Deutschlands haben?

Energiekosten werden häufig durch internationale Märkte bestimmt. Dennoch können wir gerade beobachten, dass Europa besonders stark von der sich abzeichnenden Energiekostensteigerung betroffen zu sein scheint. In Deutschland haben wir dann noch die Besonderheit, dass relativ hohe Abgaben auf den Energiekosten liegen. Das hat sie hierzulande besonders teuer gemacht. Inwiefern es da eine Veränderung geben wird, hängt von der Politik in Deutschland und in anderen Ländern



Cornelius Bähr.

ab. Neben der aktuellen Krise stehen wir beim Thema Kosten zusätzlich vor der Herausforderung, dass fossile Energieträger langfristig teurer werden müssen, wenn wir den Klimawandel bekämpfen wollen.

Sollte die Bundesregierung bei dem Faktor Kosten aktiv gegensteuern, um die Standortattraktivität Deutschlands zu wahren?

Die Politik sollte in jedem Fall im Blick behalten, dass ein guter Standort für Industrieunternehmen zu sein, kein Selbstzweck ist, sondern Arbeitsplätze, Wertschöpfung und Wohlstand eines Landes davon abhängen. Von daher sollte sie auf jeden Fall die Nebenwirkungen ihrer Handlungen auf die Attraktivität eines Standortes mitberücksichtigen. Dinge wie Steuern oder Sozialabgaben auf die Arbeitskosten werden beispielsweise direkt von der Politik beschlossen. Auch bei den Handelskosten spielt der Staat unter anderem durch die Gestaltung von Freihandelsabkommen eine wichtige Rolle. Viele der Rahmenbedingungen werden durch staatliches Handeln mitbeeinflusst. Das betrifft aber nicht nur die Energiekosten.

Sondern?

Aus Standortsicht ist vieles entweder direkt oder zumindest mittelbar von politischen Entscheidungen abhängig. Das geht auch über staatliche Rahmenbedingungen wie

Rechtsstaatlichkeit, Korruptionskontrolle oder Bürokratie hinaus. Wir haben bereits über die Infrastruktur gesprochen, die zu großen Teilen staatlicher Zuständigkeit unterliegt. Auch beim Humankapital spielt der Staat eine wichtige Rolle, da es seine Aufgabe ist, der Bevölkerung eine gute Schulbildung zu ermöglichen.

Der IW-Standortindex umfasst Industrie- und Schwellenländer. Das attraktivste Schwellenland ist Malaysia auf Rang 15, China befindet sich auf Platz 22. Insgesamt schreiben Sie, dass sich die Werte der 45 Länder tendenziell immer weiter annähern. Werden die Schwellenländer künftig eine immer größere Konkurrenz für die Industrieländer?

Langfristig ist das bestimmt so. Die heutigen Vorteile von Industrienationen wie eine hohe Bildung in der Bevölkerung oder eine gute Infrastruktur sind ja nichts, was den Industrienationen natürlich gegeben ist, sondern basieren auf einer langen Entwicklung. Diese kann auch in Schwellenländern stattfinden. Malaysia hat zum Beispiel schon jetzt gute Werte im Bereich Wissen und Markt. Die Unternehmen dort stellen häufig international wettbewerbsfähige Produkte her.

China ist eine riesige Wirtschaftsmacht. Dennoch schneidet es im Ranking nur mittelmäßig ab. Woran liegt das?

Das liegt unter anderem daran, dass die staatlichen Strukturen in China aus marktwirtschaftlicher Perspektive betrachtet unterentwickelt sind. Besonders bei Aspekten wie Rechtsstaatlichkeit, Investitionssicherheit und Korruptionsbekämpfung schneidet China schlecht ab. Das schafft Unsicherheit bei den Unternehmen.

Welchen weiteren großen Herausforderungen wird Deutschland in den kommenden Jahren im Wettbewerb um die besten Standortbedingungen gegenüberstehen?

Neben dem Klimawandel und der Digitalisierung als großer Transformationstreiber, wird es um die Frage gehen, ob die Globalisierung und Offenheit der Weltwirtschaft im bekannten Maße fortbestehen wird. Konflikte wie der Krieg in der Ukraine oder die Spannungen zwischen Taiwan und China könnten zu einer wirtschaftlichen Blockbildung führen. Solche Tendenzen müssen wir mit Sorge betrachten, da sie den Standortwettbewerb verändern würden und für eine exportorientierte Wirtschaft wie Deutschland problematische Auswirkungen hätten.

Die Fragen stellte Denise Schwarz

Cornelius Bähr ist Senior Consultant beim Institut der Deutschen Wirtschaft (IW) in Köln.

Viel Neues im Osten

ZWISCHEN EUPHORIE UND SKEPSIS
 Tesla, Bosch, Intel, CATL –
 bringen die Milliardeninvestitionen endlich blühende Landschaften?



Sehr viel Platz, wenig bürokratische Hürden, reichlich Subventionen - das hat Tesla-Chef Elon Musk vom Standort Grünheide überzeugt.

© picture-alliance/Jochem Eckel

So etwas galt in Deutschland als unmöglich. Doch US-Multimilliardär Elon Musk hat es geschafft. Im März startete sein riesiges Tesla-Werk im brandenburgischen Grünheide bei Berlin – als erste neu gebaute Elektroauto-Fabrik Deutschlands und vor allem in Rekordzeit: nach kaum 30 Monaten Planung, Bau und Genehmigung trotz der schwierigen Corona-Jahre.

Zur Eröffnung kam auch Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) gerne und sah in der Milliardeninvestition für bis zu 500.000 E-Autos pro Jahr ein Signal: „Der Osten Deutschlands ist industriell vorne mit dabei.“ Die Tesla-Ansiedlung, die 12.000 Jobs schaffen soll, sei „ein gutes Zeichen dafür, dass die deutsche Einheit in dieser Weise richtig funktioniert“.

Zahlreiche Großprojekte Politiker und Manager können zwischen Elbe und Oder so viele Ansiedlungserfolge und Großprojekte feiern wie lange nicht mehr. Vorigen Sommer eröffnete die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in Dresden die neue Chipfabrik von Bosch, das erste Werk mit 300-Millimeter-Technik, das seit der Jahrtausendwende in Europa gebaut wurde – mit überragender strategischer Bedeutung.

Denn die Produktion der unentbehrlichen Elektronikteile in „Silicon Saxony“ soll die totale Abhängigkeit von asiatischen Lieferanten verringern, in die sich Europas Wirtschaft über Jahrzehnte manövriert hat und

die bereits zu Produktionsausfällen auch in Autofabriken von VW, Daimler und BMW führte. Keine Überraschung daher, dass Bosch die Fertigung von Chips „Made in Germany“ mit Milliardenaufwand noch massiv erweitern will. Mehr Lieferketten vor Ort sollen künftig wieder die Versorgung zentraler Bereiche auch in politisch schwierigen Zeiten sichern. Davon profitiert Ostdeutschland. Den größten Coup landete Sachsen-Anhalt, bisher häufig Schlusslicht bei Ländervergleichen der ökonomischen Entwicklung. Im März kündigte der US-Konzern Intel an, seine neuen Giga-Fabriken für Mikrochips in Magdeburg zu bauen. Kosten: Rund 17 Milliarden Euro, die größte Firmenansiedlung in Deutschland der vergangenen Jahrzehnte.

Die Landeshauptstadt an der Elbe setzte sich dabei angeblich gegen 70 andere geprüfte Standorte durch. Die Freude darüber ist groß. Der gesamte Wirtschaftsstandort werde „aller Voraussicht nach trotz Corona-Krise und Ukraine-Krieg über Jahre hinweg erheblichen Schub erhalten“, schwärmt Wissenschaftsminister Armin Willingmann (SPD). Die Ansiedlung, die 10.000 Jobs schaffen soll, sei „ein spektakulärer und zugleich verdienter Erfolg“.

Thüringen hat ebenfalls Grund zum Jubel: Der chinesische CATL-Konzern, weltgrößter Produzent von Lithium-Ionen-Zellen, hat für 1,8 Milliarden Euro am Erfurter Kreuz Europas bedeutendstes Batteriezellwerk aufgebaut, das künftig die unentbehrlichen Energiespeicher für Elektrofahr-

zeuge liefern soll. Mögliche Kunden sind nicht weit entfernt.

Denn neben Tesla in Brandenburg hat auch der VW-Konzern in Sachsen massiv in den technologischen Wandel der Mobilität hin zu mehr Nachhaltigkeit investiert. Für 1,2 Milliarden Euro wurde das Werk Zwickau umgerüstet; dort bauen die 9.000 Mitarbeiter bereits sechs Modellreihen von E-Autos für die Konzernmarken, darunter ID.3 und ID.5 von VW und Audi Q4 e-tron.

Bringt die neue Welle von Industrieansiedlungen nun die blühenden Landschaften, die einst Kanzler Helmut Kohl (CDU) den Ostdeutschen nach dem Fall des Eisernen



Boschs Hightech-Standort in Dresden.

Vorhangs und der Berliner Mauer versprochen hat? „Das hängt natürlich davon ab, wie man blühend definiert“, sagt Martin Gornig, Wirtschaftsforscher beim DIW in Berlin und Professor an der dortigen TU. So wohlhabend wie der Westen sei „der Osten jedenfalls noch lange nicht“.

Mehr Angleichungsdynamik Nachdem aber der Aufholprozess beispielsweise bei der Produktivität in den letzten Jahren ins Stocken geriet, könne „jetzt wieder mehr Dynamik in die Angleichung kommen“, hofft der Experte. Nicht zu übersehen ist, dass zu DDR-Zeiten zurückgefallene Städte und Regionen bereits vielerorts neuen Glanz bekommen haben. In den Aufbau Ost flossen dazu gigantische 1,6 Billionen Euro allein an Nettotransfers aus dem Westen, wie der Wissenschaftliche Dienst des Deutschen Bundestags berechnete. Die häufig völlig marode und veraltete Infrastruktur aus sozialistischen Zeiten ist heute dank riesiger Investitionen auf modernem Stand. Und die wenig effiziente Plan-, Kommando- und Kombinatwirtschaft des SED-Regimes wurde durch die soziale Marktwirtschaft, das freie Unternehmertum und üppige Förderprogramme abgelöst, die bereits in den ersten Jahren nach der Wende Milliardeninvestitionen nach Ostdeutschland lockten – von der Öl- und Chemieindustrie in Leuna, Buna und Schwarze bis zu den Werften an der Ostsee.

Joachim Ragnitz hält wenig von der These einer „neuen Attraktivität“ des Ostens und

warnet vor zu viel Euphorie, dass die jüngsten Ansiedlungen einen flächendeckenden Aufschwung auch dort auslösen, wo man schon lange darauf wartet. Der Experte vom Ifo Institut Dresden analysiert die ökonomische Entwicklung zwischen Rostock und Suhl seit Jahrzehnten, hat das Auf und Ab hautnah erlebt und ist „skeptisch, dass es nun zu weitreichenden räumlichen Ausstrahlungseffekten kommen wird“.

Denn die neuen Investoren hätten allesamt strukturstärkere Regionen in Ostdeutschland gewählt und seien zudem in globale Lieferketten eingebunden: „Transportkosten spielen da keine so große Rolle, als dass Zulieferer unbedingt in räumlicher Nähe angesiedelt sein müssen.“ Die einzelnen Investitionen seien zwar durchaus ansehnlich, „aber gemessen an der gesamten Beschäftigung und Wertschöpfung nicht so bedeutsam“.

Insoweit, so der Professor, „sollte man nicht zu euphorisch sein, auch wenn die Effekte für die jeweiligen Standorte natürlich positiv sind“. Die hohen Subventionen für einzelne Ansiedlungen sieht Ragnitz als Problem: „Die großen Unternehmen sind sicherlich finanzkräftig genug, ein Investment auch ohne Förderung stemmen zu können.“ Da die Mittel für regionale Wirtschaftsförderung begrenzt seien, fehle das Geld womöglich „für Investitionen von Be-

standsunternehmen, die finanziell nicht so gut aufgestellt sind“. Ohnehin überdeckt die Freude über die neuen Megaprojekte den Niedergang an anderer Stelle. Von den ostdeutschen Werften, die nach dem Mauerfall privatisiert und modernisiert wurden, ist trotz wiederholter Milliardensubventionen nach mehreren Besitzerwechseln und Insolvenzen kaum noch etwas übrig. Und auch die Solarindustrie, die einige Jahre in den neuen Bundesländern boomte, erlebte ebenso rasch den Niedergang. Ragnitz ist darüber wenig überrascht: „Bei den Werften gibt es weltweit Überkapazitäten, insoweit war die Bereinigung nur eine Frage der Zeit.“ Und bei der Solarbranche habe man in Deutschland offenkundig den Fehler gemacht, allein auf Produktion und nicht auf Forschung zu setzen. Wie nachhaltig werden dann

die aktuellen Investitionen in Halbleiter, Batterien und E-Autos sein? Der Wirtschaftsexperte hofft, dass es nicht wieder ein böses Erwachen gibt: „Man muss aufpassen, dass in Ostdeutschland nicht nur reine Produktionsstätten aufgebaut werden, denn bei Standardtechnologien ist Produktion andernorts fast immer günstiger.“

Thomas Wüpper

Der Verfasser ist freier Autor in Berlin.

»Der Osten Deutschlands ist industriell vorne mit dabei.«
 Kanzler Olaf Scholz (SPD)

Die Vorteile des Standorts Ostdeutschland

PLUSPUNKTE Anderswo ist Arbeit billiger und die Märkte sind größer. Was macht den Osten trotzdem attraktiv?

Warum steht die erste „Giga-Factory“ für E-Autos in Grünheide bei Berlin? Ganz einfach: Die nahe Metropole habe „die besten Nachtclubs“. So begründete Tesla-Chef Elon Musk in einem Podcast die Standortwahl. Vermutlich nicht ganz ernst gemeint. Mehr als persönliche Vorlieben des Exzentrikers dürften andere Faktoren entschieden haben: das riesige verfügbare Baugelände, beispiellos schnelle Freigaben selbst für großflächige Waldabholungen sowie als Zugabe üppige Subventionen – und das alles in der prosperierenden deutschen Hauptstadtregion mit ihrer hervorragenden Infrastruktur.

Wenn internationale Konzerne neue Standorte für Produktion, Vertrieb oder Forschung suchen, laufen dazu aufwändige Auswahlverfahren. Und Wirtschaftsförderer von Kommunen, Regionen und Ländern legen sich ins Zeug, um Unternehmen zu locken, die Arbeitsplätze, Steuereinnahmen und Wohlstand bringen sollen. Ostdeutschland hat dabei in letzter Zeit oft die Nase vorne – teils gegen harte Konkurrenz. Für Professor Martin Gornig vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin ist das keine Überraschung: „Über alle Bereiche hinweg sprechen für den Osten hohe Flächenverfügbarkeiten und Fördermöglichkeiten.“ Hinzu

komme, dass „die größeren Städte in Ostdeutschland mittlerweile auch vielfältige Ausbildungsstätten sind und ein gewisses Innovationspotenzial entwickelt haben“.

Ifo-Experte Joachim Ragnitz dagegen sieht zwischen Elbe und Oder auf den ersten Blick für Investoren „keine besonderen Vorteile“. So könne Osteuropa mit niedrigeren Arbeitskosten punkten. Westeuropa mit großen Märkten und technologischer Überlegenheit: „Die Gefahr, zwischen diesen beiden Polen zerrieben zu werden, also weder Niedriglohn- noch High-Tech-Produktionen anziehen zu können, besteht nach wie vor.“

Anders als weite Teile Osteuropas haben aber zumindest die Ballungsgebiete von Rostock über Magdeburg, Potsdam, Halle und Leipzig bis Erfurt, Jena und Dresden eine attraktive Kombination zu bieten: leistungsfähige Verkehrswege, gut ausgebildete Fachkräfte, exzellente Forschungseinrichtungen – und große Gewerbegebiete, die seit der Wiedervereinigung teuer erschlossen wurden und lange auf Ansiedlungen warten mussten.

Das zahlt sich nun aus. Im Westen seien geeignete Flächen schwieriger zu finden, zudem sei dort „der Widerstand gegen Neuansiedlungen noch größer ist als im Osten“, sagt Ragnitz. Allerdings würden auch in Ostdeutschland große Flächen knapp. Tesla sicherte sich in Brandenburg rund 300 Hektar für die „Gigafactory“, das konnten Mitbewerber im Saarland und Rheinland-Pfalz nicht bieten. Auf einer ähnlich großen Fläche von 500 Fußballfeldern errichtet Intel im Magdeburger Gewerbegebiet Eulenberg seine Chipfabriken. Flächenverbrauch, Versiegelung und andere Umweltbelastungen wie Wasser- und Energiehunger der neuen Ansiedlungen werden von Verantwortlichen häufig heruntergespielt.

Der Ifo-Forscher sieht das kritisch: Besten Ackerboden in der Magdeburger Börde für die Intel-Fabriken zu opfern sei fragwürdig: „Sinnvoller wäre es, Gewerbeflächen dort auszuweisen, wo eine alternative Nutzung von Boden ohnehin nicht so gut möglich ist – also lieber auf märkischem Sand als auf fruchtbarem Ackerland.“

Umweltpunkte sammeln dagegen können ostdeutsche Standorte bei der nachhaltigen Energieversorgung. Stromerzeugung aus Windkraft ist im Norden lukrativer als im Süden der Republik, wo zudem noch die Leitungen zu den Offshore-Anlagen fehlen. Allein in die Lausitz an der Grenze zu Polen pumpt der Bund bis 2040 zweistellige Milliardensummen, um die Transformation von der klimaschädlichen Braunkohleförderung und Verstromung hin zu regenerativen Energiequellen und ökologischen Wirtschaftskreisläufen zu fördern.

Im Ausbau der erneuerbaren Energien sieht auch Carsten Schneider „eine große Chance für Ostdeutschland“. Grüner Strom könne zu einem großen Standortvorteil bei Firmenansiedlungen werden, erwartet der Staatsminister der Bundesregierung. Eine wichtige Voraussetzung für die wirtschaftliche Transformation seien aber auch die notwendigen Fach- und Arbeitskräfte, die auch im Osten knapper werden.

„Ich werbe dafür, dass die Unternehmen und Menschen erkennen, dass sie Zuwanderung brauchen“, sagt der SPD-Politiker mit Blick auf die verbreitete Skepsis dazu gerade im Osten. Und fordert: „Arbeits- und Fachkräfte kommen nicht einfach nach Deutschland – wir müssen sie schon willkommen heißen.“

wüp

Die Politik sieht große Chancen im Ausbau der erneuerbaren Energien.

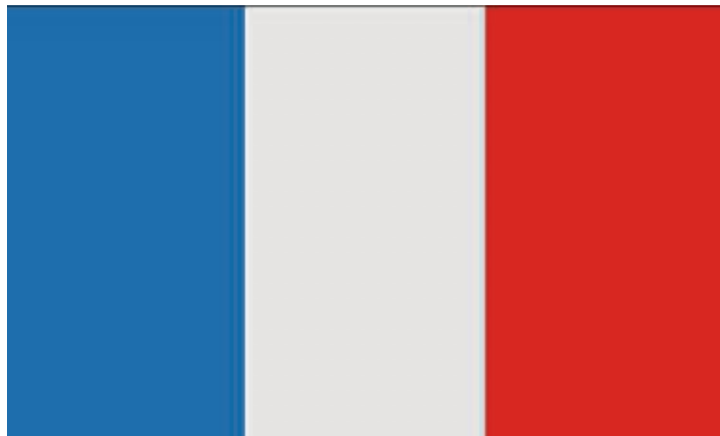
Schon gehört?

Die APuZ gibt es auch als Podcast!



Stärken und Schwächen

AUSLAND Wie andere Staaten Standortpolitik betreiben. Fünf Beispiele



FRANKREICH

Lange befand sich Frankreichs Industrie im Niedergang. Ihr Anteil an der Wirtschaftsleistung sank in den vergangenen vier Jahrzehnten von rund 25 auf kaum mehr als zehn Prozent. Zählte sie Anfang der 1980er Jahre noch mehr als fünf Millionen direkt Beschäftigte, sind es heute nur noch rund drei Millionen. Ehemals leistungsfähige Branchen wie die Textilindustrie und der Werkzeugmaschinenbau wanderten ins Ausland ab, ganze Landstriche verloren dadurch an Wohlstand.

Doch unter Präsident Emmanuel Macron genießt die „industrielle Rückeroberung“ höchste Priorität. Schon vor seiner ersten Wahl kündigte er die Abkehr vom „naïven Zugang zur Globalisierung“ an. Mit der Reindustrialisierung verfolgt Macron zwei Ziele: Die Schaffung gut bezahlter Arbeitsplätze mit hoher Forschungs- und Entwick-

lungintensität und die Senkung der Importabhängigkeit von Ländern wie China, was seit einiger Zeit unter dem Stichwort „strategische Autonomie“ firmiert.

Frankreichs Regierung lässt sich ihre Reindustrialisierungskampagne einiges kosten. Sie schnürte Fördertöpfe für Branchen wie die Autoindustrie, Raumfahrt oder Atomwirtschaft. Die Vermögenssteuer wandelte sie in eine reine Immobiliensteuer um. Den Körperschaftsteuersatz senkte sie in den vergangenen fünf Jahren von 33,3 auf 25 Prozent. Zudem sanken die Beiträge von Arbeitgebern zur Sozialversicherung und die Regierung entlastete Unternehmen bei der gewinnunabhängig erhobenen Produktionssteuer um zuletzt zehn Milliarden Euro. Man wolle den angebotsorientierten Kurs fortführen, kündigte Finanz- und Wirtschaftsminister Bruno Le Maire unlängst an – trotz angespannter Staatsfinan-

zen und Gegenwind der politischen Linken, die mindestens die derzeit gut verdienenden Konzerne aus der Energieindustrie zur Kasse bitten will.

Erste Erfolge sind sichtbar. In der Industrie wurden nach Regierungsangaben im Zeitraum von 2017 bis 2020 rund 30.000 Stellen neu geschaffen. Viele ausländische Manager sind voll des Lobes für Macron, zumal er die Steuersenkungen in seiner ersten Amtszeit mit Arbeitsmarkt- und Verwaltungsreformen wie die Verbesserung der beruflichen Ausbildung und mehr Rechtssicherheit bei Entlassungen verband. Rund 1.600 Investitionsprojekte brachten nicht-französische Unternehmen vergangenes Jahr auf den Weg, das waren so viele wie noch nie. 2021 kürte die Beratungsgesellschaft EY Frankreich erneut zu Europas attraktivstem Standort für ausländische Investoren.

Die Manager schätzen an der französischen Regierung, dass sie direkte Gesprächskanäle pflegt. So setzte Macron an die Spitze der staatlichen Innovationsagentur Business France den langjährigen Apple-Europa-Chef Pascal Cagni. „Frankreich nimmt die Reindustrialisierung wirklich ernst“, sagte Martin Brudermüller, Chef des Chemieriesen BASF, als er im Beisein von Macron im Januar eine 300-Millionen-Investition im elsässischen Chalampé ankündigte. Mit 5,7 Milliarden Euro das größte industrielle Investitionsprojekt aus der jüngsten Zeit ist der geplante Bau einer Chipfabrik in Grenoble durch GlobalFoundries aus den USA und das französisch-italienische Unternehmen STMicroelectronics. *Niklas Zábaji*

Der Autor ist Wirtschaftskorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ mit Sitz in Paris.

VEREINIGTE STAATEN VON AMERIKA

Bei Elektromobilität ist Amerika – trotz Tesla – ein Nachzügler. Doch nun soll das Land nach dem Willen von Präsident Joe Biden zur führenden E-Automobil-Nation aufsteigen. 370 Milliarden Dollar lässt sich die Regierung ihr Klimapakete kosten, die Autobranche wird dabei großzügig mit Subventionen bedacht. Doch den vollen Steuerrabatt für Käufer von 7.500 Dollar gibt es nur, wenn die Batterie in den USA hergestellt wurde und mindestens 40 Prozent der eingesetzten Metalle aus Nordamerika oder von Freihandelspartnern stammen. Bislang erfüllt diese Vorgaben nach Angaben des Verbandes Alliance for Automotive Innovation nicht ein einziges E-Modell auf dem US-Markt.

Die Ausschuss-Regelung ist kein Betriebsunfall, sondern soll die Batteriefertigung aus China nach Amerika holen. Ähnliches

gilt für den Ausbau der Infrastruktur für Erneuerbare Energien. Klimapolitik ist für die Biden-Regierung wie jeder andere Politikbereich immer auch Standortpolitik. Die Ansiedlung von Unternehmen wird mit offenem Protektionismus forciert. In seiner ersten Woche im Weißen Haus unterzeichnete Biden den Erlass 14005 für eine Zukunft „Made in All of America by All of America's Workers“. Nach seinem Willen sollen vom 600-Milliarden-Dollar-Beschaffungsetat des Staates möglichst nur Firmen profitieren, die in den USA produzieren. Auch das 2021 beschlossene Infrastrukturgesetz im Umfang von einer Billion Dollar bevorzugt heimische Firmen.

Ohnehin kommt kein globaler Konzern an dem lukrativen Absatzmarkt mit 330 Millionen Menschen vorbei. Doch nicht nur Riesen wie BMW, auch Mittelständler setzen zunehmend auf die geografische Nähe

zum Kunden – und die 50 US-Bundesstaaten helfen mit finanziellen Anreizen nach. Die bundeseinheitliche Körperschaftsteuer hat die Trump-Regierung von 35 auf 21 Prozent gesenkt. Auch geopolitische Faktoren spielen den USA bei der Standortpolitik in die Hände: Die Pandemie hat gezeigt, dass auf globale Lieferketten in der Krise kein Verlass ist. Zugleich wächst die Skepsis gegenüber China als „Fabrik der Welt“. Russland ist nach dem Überfall auf die Ukraine im Westen geächtet.

Lego kündigte jüngst an, für eine Milliarde Dollar eine Fabrik in den USA zu bauen. 2006 hatte der Spielzeughersteller sein Werk in Connecticut geschlossen, doch zur neuen Strategie gehören kurze Wege in die wichtigsten Absatzregionen. Ähnliches treibt die Halbleiterhersteller. Intel will für 20 Milliarden Dollar zwei Fabriken in Ohio hochziehen. Konkurrent

TSMC aus Taiwan baut in Arizona. Der Chip-Entwickler Micron Technology will bis zum Ende der Dekade 40 Milliarden Dollar investieren. Man werde so 40.000 Jobs schaffen und den US-Anteil an der globalen Produktion von Halbleiterspeichern von zwei auf zehn Prozent steigern. Angestoßen wurde der Investitionsplan von der Politik. In seltener Einigkeit beschlossen Demokraten und Republikaner im Kongress mit dem „Chips-Gesetz“ eines der größten industriepolitischen Programme der Geschichte. Mit mehr als 50 Milliarden Dollar will der Staat eine Industrie zurückzuholen, die längst nach Asien abgewandert schien. Im Standortwettbewerb zeigt die immer noch größte Wirtschaftsmacht der Welt Zähne. *Ines Zöttl*

Die Autorin arbeitet als freie US-Korrespondentin in Washington.



CHINA

Mit 800.000 Einwohnern ist Danyang für chinesische Verhältnisse eine kleine Stadt. Gelegen am Rande des Jangtse-Deltas geht sie in Nachbarschaft der Boom-Metropolen Shanghai, Nanjing und Hangzhou unter. Und doch ist Danyang ein wirtschaftliches Schwergewicht. Rund die Hälfte aller exportierten Brillengläser weltweit kommt aus Danyang. Sie ist in China auch bekannt als „Stadt der Brillen“.

Danyang zeigt, wie es China geschafft hat, binnen weniger Jahrzehnte von einer rückständigen Volkswirtschaft zum Technologieführer zahlreicher Branchen zu werden. Die Ökonominen Aoife Hanley vom Kiewer Institut für Weltwirtschaft (IfW) und Gong Yundang vom King's College in London sind dieser Entwicklung nachgegangen und werteten die Daten von 170.000 Firmen in China aus. Ihr Ergebnis: Vor al-

lem dort, wo exportorientierte Firmen mit staatlicher Hilfe konzentriert angesiedelt wurden, gab es kräftige Innovationsschübe. Eine für China noch bedeutendere Erfolgsgeschichte zeigt Shenzhen im Süden des Landes. Ende der 1970er Jahre war Shenzhen noch ein Fischerdorf an der Grenze zur damaligen britischen Kronkolonie Hongkong. Chinas Führung erklärte die Grenzregion zur Sonderwirtschaftszone mit massiven Steuerentlastungen und Investitionsbedingungen gezielt für exportorientierte Branchen. Shenzhen wurde zur „Werkbank der Welt“ vor allem für die Herstellung von Sportartikeln, Plastikspielzeug und Billigelektronik. Heute kann es die auf zehn Millionen Einwohner angewachsene Metropole mit ihren vielen Tech-Firmen mit dem Silicon Valley aufnehmen.

Mit der Nähe zu Hongkong hatte Shenzhen sicher eine Sonderstellung. Zudem war

es die erste Sonderwirtschaftszone in der damals noch streng planwirtschaftlich organisierten Volksrepublik. Andere Regionen in China nahmen sich Shenzhen zum Vorbild. Und das Schema wiederholte sich. Gab es in Danyang noch Anfang der 1980er Jahre nur eine Handvoll Hersteller von Brillengläsern, förderte die Lokalregierung gezielt die Ansiedlung weiterer Werkstätten, indem sie 1986 den ersten Markt nur für Brillengläser einrichtete. Später wurden die Marktstände mit städtischen Geldern überdacht, dann durch ein riesiges Einkaufszentrum ersetzt mit Hunderten von Brillengeschäften. Heute ist die Stadt voll solcher Geschäfte und Werkstätten. Ökonomin Hanley spricht von „Übertragungseffekten durch Arbeitskräftemobilität“. Mehrere Firmen für dasselbe Produkt konzentrieren sich auf einen Ort. Die Mitarbeiter der einen Firma spezialisieren

sich. Die Ansiedlung weiterer konkurrierender Firmen hat keineswegs einen Verdrängungseffekt zur Folge. Im Gegenteil: Im Austausch mit Mitarbeitern anderer Firmen, die dasselbe Produkt herstellen, erwerben sie zusätzliche Kompetenzen und bewirken einen Wissenstransfer. Zudem steigt der Konkurrenzdruck – was weitere Innovationen hervorbringt. Zugleich ergeben sich Synergieeffekte etwa beim Bau von Infrastruktur etwa für Hafenanlagen und Gleisanlagen für den Export. Auch in anderen chinesischen Städten lässt sich diese Art der Konzentration beobachten. Die Stadt Yiwu etwa ist weltgrößter Exporteur von Weihnachtartikeln. Dabei wird in China selbst Weihnachten gar nicht gefeiert. *Felix Lee*

Der Autor, früherer China-Korrespondent der „taz“, schreibt für den „China.Table“.

TÜRKEI

Nie war die türkische Lira billiger, mit 80 Prozent erreicht die amtliche Inflationsrate ein lange nicht gesehenes Niveau, während die Exportwirtschaft von einem Hoch zum nächsten eilt. Verrückte Türkei?

Das Land hat viele Gesichter. Es wird von einem dominiert: dem des seit bald 20 Jahren als Ministerpräsident und Präsident amtierenden Recep Tayyip Erdogan. Seit Einführung des Präsidentsystems 2016 regiert er unumschränkt. Die Justiz fällt, wo es die politische Linie verlangt, willfährige Urteile. Für die Wirtschaft wichtige Institutionen sind auf Linie gebracht.

Das Vertrauen in eine unabhängige, ökonomischem Kalkül folgende Geldpolitik der Notenbank ist weg, nachdem drei Gouverneure gehen mussten, weil sie nicht taten, was Ankara wollte: Niedrige Zinsen, um den Binnenkonsum und die Exportwirtschaft an-

zukurbeln. Das Ergebnis sind explodierende Preise. Die für Lebensmittel verdoppeln sich im Jahreschnitt, die für Häuser noch mehr. Wer kann, flieht in Sachwerte, Devisen und Gold. Zweimal hat die Regierung den für die Masse der Beschäftigten wichtigen Mindestlohn anheben müssen.

Die Basis des Inflationsschocks war gelegt, bevor die Preise für den Import von Energie und Getreide wegen des russischen Überfalls auf die Ukraine hochschossen. Dass die Türkei auf die Produkte aus Russland angewiesen ist, wirkt wie ein Brandbeschleuniger.

Erdogans simples Rezept geht nicht auf: Der Anstieg der Exporte um 20 Prozent im ersten Halbjahr 2022 reicht nicht, um den Importe zu decken. Die Dollarlücke in der Leistungsbilanz wächst wie der Abwertungsdruck auf die Lira. Je weniger die Lira wert ist, desto mehr Lira müssen erwirtschaftet werden, um Dollarschulden zu finanzieren.

Daher sucht der Präsident sein Heil bei Russlands Vladimir Putin und Kreditgeschäften mit Notenbanken im Mittleren Osten und Asien. Er schreckt vor Eingriffen in den Kapitalverkehr nicht zurück. Exporteure müssen einen Teil ihrer Devisen in Lira halten, günstige Firmenkredite in Lira bekommt nur, wer sein Devisenkonto geplündert hat. Anlegern, die Euro, Dollar und Gold in Lira tauschen, wird versprochen, Verluste zum Dollar aus der Staatskasse zu begleichen. Das wird ein teures Vergnügen für die Steuerzahler. Erdogans Karriere gründet auf Wirtschaftspolitik, der Zusage, die Inflation zu bändigen und die Mittelschicht zu stärken. Er ließ Autobahnen und Flughäfen bauen, Industriezentren entstehen; er hat das Land modernisiert und attraktiv für Investoren gemacht.

Die schätzen niedrige Löhne, das Potenzial junger Leute und ausgebildeter Fachkräfte, die Nähe zu Europas Märkten (mit denen die

Türkei die Hälfte ihres Handels abwickelt), insbesondere wenn die Lieferketten nach Asien wieder einmal brechen. Doch die Skepsis wächst. Bei einer Umfrage der deutsch-türkischen Handelskammer äußerten sich die meisten Betriebe zurückhaltend zu den Geschäftschancen. Ein Hemmnis sei die wechselhafte Wirtschaftspolitik des Präsidenten.

Der preist das islamische Finanzsystem und streichelt die Seele der sich von ihm abwendenden Wähler, indem er die internationale Landesbezeichnung „Turkey“ durch „Türkiye“ ersetzen lässt. Die Gleichsetzung mit „Truthahn“ beleidigt das Land. Viele Türken wären froh, könnten sie sich einen Truthahn auf dem Teller leisten. *Andreas Mihm*

Der Autor ist Wirtschaftskorrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ für Südosteuropa und die Türkei.



INDIEN

„Es gibt Leute, die verlieben sich nach der Ankunft am Flughafen von Delhi so sehr in Indien, dass das Land sie nie wieder lässt“, lautet ein seit Jahrzehnten gültiger Satz über Neuankommlinge auf dem südasiatischen Subkontinent, „und es gibt Leute, die am liebsten sofort umkehren würden“. Der neue Teppichboden, der am Flughafen bei der Renovierung im Jahr 2010 gelegt wurde, konnte dieses Bonmot von Indien-Veteranen ebenso wenig erschüttern wie Versprechungen verschiedener indischer Regierungen über eine goldene wirtschaftliche Zukunft am Ganges.

1.800 deutsche Unternehmen wagten sich seit Beginn der wirtschaftlichen Liberalisierung des Landes vor rund 30 Jahren auf den Subkontinent. Die Zahl der deutschen Staatsangehörigen in dem Staat, der kommenden Jahr mit geschätzten 1,4 Milliar-

den Einwohnern China als bevölkerungsreichstes Land der Welt ablösen wird, wird auf wenig mehr als 3.000 geschätzt. Dabei unternahm Indiens Bundesregierung etliche Anstrengungen, um ausländische Investoren anzulocken. Premierminister Narendra Modi prägte den Begriff „Make in India“ in der Hoffnung, sein Land zu einem global wichtigen Industriestandort zu machen. Das Ziel laut der indischen Zentralbank: „Ausländische Investitionen sollen ins Land gebracht werden, um das Wirtschaftswachstum zu verstärken.“

Seit 2020 können Auslandsinvestoren über eine sogenannte „Automatische Route“ in vielen Bereichen in Indien einsteigen, ohne vorher eine Genehmigung der Behörden einzuholen. Außerdem können schon seit längerem Tochterunternehmen mit 100-prozentiger Beteiligung in Indien gegründet werden. Einer der Gründe dafür:

Zahlreiche Firmen, darunter auch viele Deutsche, mussten nach dem Einstieg in Indien Partner verklagen, die sich nicht an Verträge hielten. Außerdem wurde das Steuerrecht überarbeitet, um Investitionen für ausländische Unternehmen attraktiver zu gestalten. Dennoch bleibt das Thema Steuern eine komplizierte Angelegenheit. „Man darf nicht vergessen, dass in Indien viele Angelegenheiten in den Bereich politischer Schaukampf gehören“, warnt in der Wirtschaftsmetropole Mumbai Debashis Basu vom Finanzportal „Moneylife“ vor übertriebenem Optimismus. Er ist überzeugt: „Indien bleibt immer noch hinter seinem Potential zurück, weil die politischen Entscheider Geschäftsleuten nicht zuhören und Hindernisse beseitigen. Die Hürden finden ausländische Firmen heute überwiegend in den einzelnen Bundesstaaten. Und die Verbesserung der Produktivi-

tät gehört nicht zu den Prioritäten von Politikern und Beamten.“

Die Asian Development Bank (ADB) beschreibt das Problem so: „Das Geschäftsklima lässt in Südasien im Vergleich zum übrigen Asien immer noch viel zu wünschen übrig.“ So gilt für ausländische Firmen immer noch „der Mann für die Briefumschläge“ als unentbehrlich: Er muss gute Verbindungen haben und bei den verschiedenen Behörden mit Bargeld gefüllte Umschläge abgeben. Denn Korruption ist in Indien nicht nur allgegenwärtig. Im Gegensatz zu anderen Ländern, wo eine „Gabe“ zur Verwirklichung eines Projekts genügt, kann man in Indien mit Schmiergeldern immer nur das Recht erkaufen, zur nächsthöheren Instanz vorzustoßen. *Willi Germund*

Der Autor berichtet seit 1996 als Südasien-Korrespondent über Indien.

Frau Lamp, Sie haben an der Technischen Hochschule Hamburg promoviert und dabei ein Verfahren entwickelt, mit dem sich Getreideabfälle zu einem vielseitig einsetzbaren Material umwandeln lassen. Wann haben Sie gemerkt: Diese Idee muss raus aus dem Labor, ich gründe ein Unternehmen?

Vor etwa drei Jahren habe ich das erste Mal Proben im Labor produziert, bei denen ich gesehen habe, was für ein Potenzial das Material hat. Zunächst war es reine wissenschaftliche Neugier, aber dann hat ein Freund zu mir gesagt: „Anne, daraus muss man doch was machen.“ Parallel dazu ist die Firma Otto, die auch in Hamburg sitzt, auf mich aufmerksam geworden und hat mir angeboten, mich zu unterstützen. Das war der Kickstart: Ich wusste zwar noch nicht recht, was genau ich damit jetzt machen kann. Aber ich dachte, okay, wenn die Industrie in einem so frühen Stadium Interesse hat, muss die Nachfrage da sein.

Mit Gründung kannten Sie sich vermutlich nicht aus.

Genau. Ich habe mich zunächst an den Start-up-Verband gewendet. Und über mehrere Ecken bin ich in die Start-up-Welt in Hamburg reingerutscht. So habe ich mich unter anderem bei einem Inkubator-Programm mit einem riesigen Netzwerk beworben. Dort habe ich Johanna kennen gelernt, meine spätere Mitgründerin. Das alles hat in mir die Lust geweckt, auch zu gründen. Und es hat mir viele Zweifel genommen, weil ich gemerkt habe, dass es ganz normal ist bei null anzufangen. Wäre ich nicht in diese Start-up-Szene gerutscht, hätte ich wohl nicht gegründet.

Warum?

Gründergeist existiert an der Uni einfach nicht – oder zumindest nicht an meiner. Dass eine Doktorandin ein Unternehmen gründet, war quasi keine Option. Und die, die es getan haben, wurden eher belächelt. Diese Art zu denken wäre das Erste, das sich ändern müsste, wenn man will, dass sich in Deutschland mehr Start-ups aus den Universitäten heraus gründen. Damit der Transfer von exzellenten Erkenntnissen aus der Wissenschaft in den Markt gelingt, muss dieser Spirit an den Unis gefördert werden: Gründern hat großes Potenzial, gründen ist cool, das ist eine ganz normale Job-Option wie andere auch.

Wie haben Sie dann weitergemacht?

Anfangs hatte ich noch Zugang zu den Laboren an der Uni. Jedoch: Sobald man ein Start-up gründet, ist man illegal an der Uni. Das ist Irrsinn – und eine zusätzliche Hürde für wissenschaftliche Ausgründungen! Mein Professor hat mal gesagt, er stehe quasi mit einem Bein im Gefängnis, weil er mich weiter im Labor arbeiten lasse. Nachbarinstitute musste ich für Analysen oder Labornutzung bezahlen. Dabei hatte ich noch kein Geld. In der Zwischenzeit fand sich dennoch ein Team von fünf Leuten, die an der Idee arbeiteten. Aber ohne eigene Räume konnten wir nicht weiter wachsen, keine Adresse anmelden oder Kunden einladen.

Haben Sie in dieser Zeit Unterstützung von der Hamburger Verwaltung bekommen?

Wenn wir nur Büros gebraucht hätten, wäre es kein Problem gewesen. Es gibt günstigen Coworking-Space, auch gefördert vom Land. Aber arbeitet man mit „Hardware“, so wie wir, benötigt man mehr Raum – für Labore, für technische Infrastruktur. Alle Start-ups, die aus der Wissenschaft heraus gründen, brauchen das. In Hamburg zumindest gibt es dafür jedoch keinen einfach zugänglichen Raum, keine Coworking-Labs. Uni-Ausgründungen sind damit fast unmöglich. Dabei sind Coworking-Labs ideale Orte für Start-ups, um zusammenzukommen, Spaß zu haben und voneinander zu lernen. Das hatten wir so gar nicht im Keller unseres Instituts.

Trotzdem haben Sie schon Anfang 2021 damit begonnen, eine erste Pilotanlage zu bauen. Allerdings nicht in Ham-

»Noch ausbaufähig«

GRÜNDUNG Unternehmerin Anne Lamp fordert bessere Bedingungen für Start-ups. Sie spielten eine wichtige Rolle für die Modernisierung der deutschen Industrie



Granulat als Grundlage: Anne Lamp, Gründerin und Geschäftsführerin des Start-ups traceless materials mit ihrer Entwicklung – einem aus Getreideresten hergestellten, biologisch abbaubaren Material, das sich wie Kunststoff vielfältig verarbeiten lässt.

burg, sondern im beschaulichen niedersächsischen Buchholz.

Genau, denn bei der Suche nach geeigneten Räumen für die Anlage gingen die Schwierigkeiten weiter: Wir mussten bald feststellen, dass es keine passenden für uns gab. Wir brauchen schließlich eine gewisse Hallengröße. Weil im Team alle ihren Lebensmittelpunkt in Hamburg hatten, wollten wir nicht plötzlich nach Lübeck oder Berlin ziehen. So haben wir irgendwann dann mit Wirtschaftsförderern in Niedersachsen gesprochen und hatten am Ende zwei Optionen, die von Hamburg aus erreichbar waren: Eine davon war Buchholz.

Wie haben Sie den Kontakt mit den Wirtschaftsförderungen erlebt? Waren die motiviert, Sie bei der Suche zu unterstützen?

In Buchholz war das so. Die wollten uns unbedingt haben. In einem Innovationszentrum mit vier Hallen belegen wir jetzt zwei. So etwas haben wir in Hamburg

nicht gefunden. Aber klar: Hamburg ist voll, jeder will nach Hamburg. Ich kann verstehen, dass da der Bedarf nicht so groß ist, aktiv um Start-ups zu werben. Langfristig wollen wir aber wieder nach Hamburg zurück, um einen Technologie-Hub aufzubauen. Dort sind wir Teil eines Netzwerks, haben die nötigen Kontakte zu Forschungsinstituten, Partnerunternehmen, Innovationsförderung und Politik.

Immer mehr Städte und Kommunen abseits der bekannten Start-up-Zentren locken mit günstigen Mieten, maßgeschneiderten Willkommens-Angeboten und Steuererleichterungen. Für Sie wäre das langfristig keine Perspektive?

Das kommt darauf an – beides hat Vor- und Nachteile! Für den geplanten Technologie-Hub, wo geforscht und entwickelt wird und die geschäftlichen Aktivitäten laufen, ist ein urbaner Standort schon ein entscheidender Vorteil. Da braucht es das Netzwerk und die Nähe zu den Universitäten,

gerade wenn man in einem hochinnovativen Bereich wie unserem arbeitet. Für einen reinen Produktionsstandort sind die dezentralen Regionen dagegen wieder interessant. Da ist der Flächenbedarf ja noch einmal deutlich größer, und die genannten Fördermöglichkeiten sind ein wirklich starkes Argument. Konsequenterweise müsste ein Unternehmen wie unseres die Bereiche entkoppeln und zwei Standorte haben – möglichst mit gewisser räumlicher Nähe. Diese Möglichkeit ziehen wir auf jeden Fall in Betracht.

Viele Jungunternehmen kritisieren die vermeintlich überbordende Bürokratie: Komplizierte und nicht digitalisierte Verwaltungsprozesse, viel Papierkram, lange Genehmigungszeiten. Wie war das bei Ihrer Firma traceless materials?

Für uns als Hardware-Startup sind lange Planungsprozesse normal. Umso wichtiger, dass bürokratische Hürden den Aufbau nicht noch weiter verlangsamen. Bisher ha-

ben wir aber meist gute Erfahrungen gemacht, auch weil wir regionale Unterstützung bekommen haben. Eines allerdings müsste sich unbedingt ändern: Wer an der Uni angestellt ist, kann bislang kein Patent unter eigenem Namen anmelden. Stattdessen gehört es erst einmal der Uni, und das ist für Investoren absolut unattraktiv. Es gibt aus meiner Sicht keinen guten Grund für diese Regelung, sie ist ein reines Bürokratiemonster.

Als Tech-Start-up braucht traceless gut ausgebildete, hochspezialisierte Leute. Sind die schwierig zu finden?

Bisher haben wir meistens schnell die passende Person für eine Aufgabe gefunden. Doch wir erwarten, dass die Talentsuche in den kommenden Jahren eine der größten Herausforderungen wird. Hürden zur Beschäftigung internationaler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sollten gesenkt werden. Sonst droht sich der Fachkräftemangel wohl noch zusätzlich zu verschärfen.

Ihre Pilotanlage haben Sie schon im Jahr nach der Gründung gebaut. Da musste in kurzer Zeit viel Geld her. Deutschland galt lange als schwieriges Pflaster für Risikokapital. Welche Erfahrungen haben Sie gemacht?

Ich muss sagen, dass in der ersten Finanzierungsrunde viele auf uns zugekommen sind und wir relativ schnell unsere Investoren zusammen hatten. Das kann auch daran liegen, dass unser Thema ein vogue ist, aber mein Eindruck ist, dass es viele Frühphaseninvestoren in Deutschland gibt.

Jetzt wollen Sie mit Ihrem Material schnell raus aus der Nische und bis 2030 eine Million Tonnen auf den Markt bringen. Dafür ist schon nächstes Jahr eine noch größere Produktionsstätte geplant.

Das ist tatsächlich ein großer Sprung. Innovative Gründungsideen in den klassischen Hardware-Industrien sind enorm kapitalintensiv. Gleichzeitig finden sie nur schwer Zugang zu Risikokapital, weil diese Branchen unter Investoren wenig vertreten sind. Mein Eindruck ist zwar, dass mehr und mehr Investoren merken, dass man die Welt nicht nur mit Software retten kann. Aber es wird trotzdem nicht einfach werden, gerade in der aktuellen Lage. Es gibt Finanzierungslücken, die geschlossen werden müssen, um den nötigen Modernisierungsschub in den traditionellen Industriezweigen einzuleiten – etwa durch öffentliche Förderungen.

Einiges gibt es schon. Sie haben zum Beispiel eine Förderung über 2,42 Millionen Euro von der EU bekommen.

Stimmt. Wir haben auch Landesmittel bekommen. Die Länder schauen schon auf ihre Start-ups und das Ökosystem, also ein förderliches Umfeld. Aber auf Bundesebene gibt es nichts, das für uns vom Volumen und zeitlichen Rahmen her gepasst hätte. Es müsste mehr Förderprogramme geben, vor allem mehr, die an ökologische Kriterien geknüpft und auf maximale Schnelligkeit ausgelegt sind – wir dürfen jetzt, wo sich ökologische Krisen rapide verschärfen, keine Zeit mehr verlieren. Aber es gibt auch positive Ansätze: Wir sind zum Beispiel in Kontakt mit der Bundesagentur für Sprunginnovationen, die sehr interessiert daran ist, Unternehmen wie unserem Geld zu geben.

Finanzminister Christian Lindner (FDP) will Deutschland zur Gründerrepublik machen. Lange galt Deutschland dagegen eher als Gründerwüste. Auf einer Skala von 1 – für Wüste – bis 10 – für Republik: Wo steht Deutschland aus Ihrer Sicht momentan?

Auf Länderebene gebe ich eine 6 bis 7 – auch wenn es natürlich regionale Unterschiede gibt. In München zum Beispiel existieren Coworking-Labs, die ich für Hamburg fordere, längst. Schon früh wurde dort Geld in Infrastruktur und Marketing investiert. Dem Bund würde ich eine 3 bis 4 geben. Da ist noch gewaltiges Wachstumspotenzial vorhanden, beispielsweise im Bereich Finanzierung. Die neue Start-up-Strategie der Bundesregierung geht das Thema an. Doch gerade was die Förderung grüner Start-ups angeht, halte ich die Strategie noch für ausbaufähig. Staatliche Förderungen sollten viel stärker daran geknüpft werden, ob eine Geschäftsidee nachhaltig ist und Antworten auf drängende ökologische und soziale Fragen bietet.

Das Gespräch führte Alicia Lindhoff. Sie ist freie Journalistin in Frankfurt a.M. ||

Anne Lamp, 31, ist promovierte Verfahrenstechnikerin. Zusammen mit Johanna Baare gründete sie 2020 das Start-up traceless materials. Es stellt aus Getreideabfällen eine biologisch abbaubare Plastikalternative her, die sich breit einsetzen lässt – etwa für Verpackungen, Einwegartikel oder Beschichtungen. traceless kooperiert bereits mit Großkunden wie dem Versandhändler Otto und Lufthansa. Das innovative Unternehmen hat derzeit 22 Beschäftigte

Der »Innovations- und Wachstumsmotor« stottert

START-UPS Erstmals ist seit 2019 die Zahl der Neugründungen gesunken, Gründerhauptstadt bleibt Berlin, Medizin ist die dominierende Branche

Sie mögen anfangs klein sein – doch ihre Bedeutung dürfe nicht unterschätzt werden, heißt es regelmäßig. Unternehmensgründungen und gerade Start-ups seien ein wichtiger „Wachstums- und Innovationsmotor“, schafften überdurchschnittlich viele Arbeitsplätze und hätten das Potenzial, sich zum „Kraftwerk der deutschen Wirtschaft“ zu entwickeln, bescheinigte etwa eine Studie der Unternehmensberatung McKinsey im vergangenen Jahr der heimischen Gründerlandschaft.

Allerdings, so heißt es ebenso oft mahnend (siehe auch Interview oben), brauche es mehr Förderung und die richtigen politischen Weichenstellungen, um das Potenzial zu heben. Die Start-up-Szene müsse weiter wachsen. Noch immer gebe es nicht genügend Gründerinnen und Gründer in Deutschland.

Immerhin – diesbezüglich ging es zuletzt aufwärts, trotz Pandemie: Die Zahl der Neugründungen erholte sich laut KfW-

Gründungsmonitor 2022 nach dem Corona-Knick schnell und erreichte 2021 mit 607.000 Existenzgründungen wieder das Vorkrisen-Niveau. 13 Prozent mehr Menschen machten sich selbstständig als 2020. Vor allem aber die Zahl der Start-ups stieg laut einer Auswertung der Analysefirma Startupdetector 2021 auf 3.348. Ein Zuwachs von elf Prozent. Die Zahl der Unternehmen, die externe Investoren wie Risikokapitalgeber gewinnen konnten, erhöhte sich um 27 Prozent auf 2.087. Positiv entwickelt sich auch die Zahl der von Start-ups geschaffenen Arbeitsplätze: Laut dem Deutschen Start-up-Monitor (DSM) 2021 erreichte sie mit durchschnittlich 17,6 Beschäftigten einen Spitzenwert.

Rückgang Doch der Aufwärtstrend ist vorerst gebrochen: Erstmals seit 2019 haben im ersten Halbjahr 2022 weniger Menschen ein Start-up neu gegründet als im vorherigen Halbjahr. Das belegt eine Mitte

August veröffentlichte Untersuchung des Bundesverbands Deutsche Start-ups in Zusammenarbeit mit Startupdetector. Danach registrierten die deutschen Handelsregister von Januar bis Juni 1.508 Neugründungen. Im zweiten Halbjahr 2021 waren es 1.618 Neugründungen gewesen. Ein Rückgang von sieben Prozent. Grund dafür seien vor allem die aktuellen globalen Krisen, heißt es im Report.

Hotspots Gründerhauptstadt ist laut der Auswertung wie in den Jahren zuvor Berlin, wo im ersten Halbjahr 2022 insgesamt 313 Start-ups gegründet wurden, dicht gefolgt von München mit 122 Gründungen. Weitere Gründerhochburgen sind Hamburg mit 79, Köln mit 48 und Frankfurt am Main mit 39 Start-up-Neugründungen. Neben diesen Hotspots spielen vor allem Universitätsstädte wie Freiburg, Düsseldorf und Aachen für das Gründungsgeschehen in Deutschland eine wichtige Rolle. Mit

Heidelberg, Stuttgart und Karlsruhe befinden sich außerdem noch drei weitere Städte in Baden-Württemberg unter den Top 10 der Gründerzentren.

Damit kommt das „Ländle“ insgesamt auf Platz sechs in der Länderwertung. Unter den ersten zehn ist mit Brandenburg nur

ein einziges ostdeutsches Bundesland vertreten.

Boombranchen Die meisten Start-ups wurden dem Monitoringbericht in diesem Jahr im Bereich Medizin gegründet: 195 neue Unternehmen bundesweit ließen sich

im Handelsregister eingetragen. Am zweit- und dritthäufigsten entstanden Start-ups in den Bereichen Software (188 Gründungen) und Lebensmittel (134 Gründungen).

Höherer Frauenanteil Gezündet werden Start-ups hauptsächlich von Männern. Allerdings ist der Anteil der Gründerinnen zuletzt gestiegen: So erhöhte er sich laut DSM von 15,9 in 2020 auf 17,7 Prozent in 2021. Im gleichen Jahr hatten Startupdetector zufolge erstmals seit mindestens drei Jahren 20 Prozent der Start-ups Frauen in ihrer Geschäftsführung. Unterschied gibt es auch hinsichtlich der Branchen, in denen Frauen gründen: Laut dem 2020 erschienenen „Female Founders Monitor“ sind Gründerinnen stärker durch übergeordnete Ziele motiviert. Startupdetector verzeichnete so 2021 einen relativ hohen Anteil von Unternehmerinnen in den Bereichen Umweltechnologie, Bildung und Medizin. Sandra Schmid ||

> STICHWORT

Start-up

> **Innovativ** Während Existenzgründungen im Allgemeinen jede Form der beruflichen Selbstständigkeit umfassen, werden mit dem Begriff Start-up in der Regel nur Unternehmen bezeichnet, die innovationsorientiert arbeiten und neuartige Produkte, Dienstleistungen, Geschäftsmodelle und Technologien bieten.

> **Wachstumsorientiert** Start-ups haben laut Definition des Deutschen Startup Verbands zudem ein geplantes Mitarbeiter- und Umsatzwachstum.

> **Jung** Start-ups sind Jungunternehmen. Die KfW bezeichnet in ihrem Start-up-Report Unternehmen bis fünf Jahre als Start-ups, der Deutsche Startup Verband Firmen bis zehn Jahre.

Gefragt wie nie

FACHKRÄFTE Viele Unternehmen suchen dringend qualifizierte Mitarbeiter und kommen den Bewerbern mitunter weit entgegen, nicht nur beim Gehalt

An Fachkräften fehlt es gerade überall. Aktuell steht der Dienstleistungssektor im Fokus, aber auch große Industrieunternehmen und deren Zulieferer suchen händierend nach Spezialisten. Im Vergleich zu früher habe sich die Arbeitsmarktlage insbesondere für gut qualifizierte Fachkräfte deutlich verbessert, sagt Alexander Kubis vom Nürnberger Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Dagegen berichteten Betriebe immer häufiger von Schwierigkeiten bei der Personalsuche. Angesichts veränderter Verhandlungspositionen seien attraktive Arbeitsplätze „das A und O, um zu überzeugen“, betont Kubis. Nötig sei auch eine qualifizierte Zuwanderung. Zudem müssten die Kommunen darauf achten, nicht zum Hemmnis für ihre Wirtschaft zu werden.

Attraktives Umfeld Das bestätigt Stefan Hardege, Arbeitsmarktexperte des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK). Von den Unternehmen mit Stellenbesetzungsproblemen planten mehr als die Hälfte weitere Verbesserungen bei der Fachkräftegewinnung. Dazu zählten neben einem guten Gehalt auch Möglichkeiten für flexibles Arbeiten und eine gute Vereinbarkeit von Familie und Beruf am jeweiligen Standort. Auch ein attraktives Umfeld zum Leben und Arbeiten beeinflusse häufig die Entscheidung von Arbeitnehmern für oder gegen ein Unternehmen.

Jörg Friedrich, beim Maschinen- und Anlagenbauverband VDMA für Bildung zuständig, ergänzt: „Beim aktuellen Buhlen der Unternehmen um knappe Fachkräfte sind sich qualifizierte Bewerberinnen und Bewerber ihres Marktwertes sehr bewusst.“ Dies drücke sich in Gehaltsforderungen aus, aber auch in der Erwartung diverser Zusatzleistungen. Ganz oben auf der Liste stünden ein attraktives Arbeitsumfeld und eine gute Infrastruktur am Wohnort.

Große Lücke Nach dem im Mai veröffentlichten jüngsten Fachkräftereport des Kompetenzzentrums Fachkräftesicherung (KOFA) nahm die Zahl der offenen Stellen über alle Anforderungsniveaus hinweg im ersten Quartal 2022 um 5,3 Prozent zu. Die offenen Stellen für akademisch qualifizierte Experten stiegen mit 9,2 Prozent am stärksten, gefolgt von Spezialisten mit Fortbildungs- oder Bachelorabschluss (plus 8,0 Prozent). Die Fachkräftelücke hat laut KOFA im März 2022 einen neuen Höchstwert erreicht. Saisonbereinigt hätten gut 558.000 Fachkräfte gefehlt. Damit sei die Lücke im ersten Quartal nochmal um gut 88.000 offene Stellen, für die es bundesweit keine passend qualifizierten Arbeitsuchenden gebe, gestiegen. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW Köln) für das KOFA kommt zu dem Schluss, dass es für Unternehmen immer wichtiger wird, sich als attraktive Arbeitgeber zu positionieren. Neben guten Arbeitsbedingungen seien Weiterbildungs- und Karriereperspektiven entscheidende



Start der „Boomtown Cottbus“-Kampagne: Ein Bündnis will Fachkräfte und Arbeitgeber im Strukturwandel zusammenzubringen.

© picture-alliance/ Andreas Franke

Faktoren. Auf einer interaktiven Karte des KOFA (www.kofa.de/daten-und-fakten/regionale-daten/) lässt sich ablesen, welche Regionen und Berufsgruppen besonders von Fachkräftengaps betroffen sind. Bei qualifizierten Fachkräften mit Ausbildung, Fortbildung oder Studium sind dies vor allem Bayern und Baden-Württemberg, aber auch die ostdeutschen Länder Brandenburg, Sachsen und Thüringen.

Kommunen Stellvertretend für die Bürgermeister ostdeutscher Städte forderte der Dresdener Rathauschef Dirk Hilbert (FDP) auf einer Konferenz des Deutschen Städtetages mehr Initiativen gegen den Fachkräftemangel. Das Bestreben von Kommunen, attraktive Arbeitsbedingungen zu schaffen und so die Wirtschaftskraft zu stärken, dürfe nicht durch eine geringere Förderung einzelner Regionen durch Bund und Länder konterkariert werden.

Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hatte den Osten Deutschlands beim Ostdeutschen Wirtschaftsforum Mitte Juni sogar als eine der attraktivsten Wirtschaftsregionen Europas bezeichnet. Beispiel Brandenburg: Die Wirtschaftsförderung Brandenburg (WFBB) führt die Attraktivität des Standortes auf ihr Modell „Wirtschaftsförderung und Fachkräfteser-

vices aus einer Hand“ zurück, das es seit 2014 gibt. Mit den jüngsten Neusiedlungen, darunter die Tesla-Fabrik in Grünheide und das Lithium-Unternehmen Rocktech in Guben, sei der Industriestandort nochmals erheblich gestärkt worden.

Talentsuche WFBB-Geschäftsführer Steffen Kamradt verweist auf den neuen „International Talent Desk“, mit dem insbesondere kleinere und mittlere Unternehmen dabei unterstützt werden, Fachkräfte auch aus dem Ausland zu akquirieren. Zudem kooperiere die WFBB mit Kommunen und biete Hilfe bei der Verbesserung der Infrastruktur an, denn die sogenannten weichen Standortfaktoren wie Wohnraum würden immer wichtiger. Ein „Servicepaket Fachkräfte“ solle Unternehmen bei der Gewinnung neuer Mitarbeiter und bei der Qualifizierung des Personals, aber auch bei der Einführung familienfreundlicher Angebote unterstützen. Die brandenburgische Landesregierung hat einer Sprecherin zufolge einen strategischen Rahmen geschaffen, mit dem die betrieblichen Anstrengungen zur Fach- und Arbeitskräftesicherung flankiert werden. Im südbrandenburgischen Teil der Lausitz-Region unterstützt seit Anfang des Jahres ein „Zukunftsteam“ der Arbeitsagentur

Cottbus den Strukturwandel weg von der Braunkohle. Das Team aus der Praxis kann die Aussagen der Wirtschaft bestätigen: Die Erwartungen der Bewerber und Bewerberinnen für Jobs in der aufstrebenden Region reichten von individuellen Arbeitszeitregelungen, finanziellen Zuschüssen und der Übernahme von Qualifizierungskosten über familienfreundliche Weiterbildungszeiten, kostenlose Kitabetreuung und betriebliches Gesundheitsmanagement bis hin zu kostenloser Verpflegung.

Imagekampagne Die Stadt Cottbus hat zur Fachkräftegewinnung eine Kampagne mit dem Slogan „Boomtown Cottbus“ gestartet. Diese Kampagne soll sich in die am 1. Juli begonnene bundesweite Fachkräfte- und Imagekampagne „Aufbruch Lausitz“ einfügen und zusammen mit dieser das Bild der Lausitz und der Stadt Cottbus positiv transportieren. In Cottbus baut die Deutsche Bahn seit Mai ein Instandhaltungswerk für ICE-Züge. Dort sollen bis 2024 rund 500 Arbeitsplätze entstehen, bis 2026 sollen es 1.200 sein. Im Mai unterzeichneten die Bahn und die Brandenburgische Technische Universität Cottbus-Senftenberg (BTU) eine Kooperationsvereinbarung: Studenten mit dualer Ausbildung (Theorie und Praxis) können künftig die Theorie an der BTU lernen und die Praxis im zwei Kilometer entfernten Bahnwerk absolvieren. Ein Teil der neuen Stellen soll so besetzt werden. Die Bahn biete hochattraktive Beschäftigungsbedingungen, versichert ein Konzernsprecher.

Auch in Bayern ist die Fachkräftesicherung ein großes Thema. Bei der Ingolstädter Fördergesellschaft IFG wurde Anfang dieses Jahres die Servicestelle „Bildung – Beruf – Transformation“ ins Leben gerufen, die ein Beratungsangebot zur Fachkräftesicherung, -bindung und -entwicklung aufbaut und sich dabei mit Zulieferern des Autobauers Audi aus Ingolstadt abstimmt.

Bezahlbarer Wohnraum Maximilian Mayer von der IFG verweist auf eine Strukturanalyse, wonach bei der Fachkräfteanwerbung familienfreundliche Angebote und bezahlbarer Wohnraum zählen. Laut der Studie muss in der für Ingolstadt zentralen Berufsgruppe der technischen Forschungs-, Entwicklungs-, Konstruktions- und Produktionssteuerungsberufe mit Stellenbesetzungsproblemen gerechnet werden. Mit einer neuen „Städtidentität“ wolle Ingolstadt Studenten der Technischen Hochschule zum Bleiben bewegen, sagt Mayer. Audi setzt derzeit bei der Fachkräftegewinnung angesichts der Umstellung auf elektrische Antriebe auf eine Personaltransformation von innen, wie es eine Sprecherin formuliert. Audi werbe mit einem innovativen und flexiblen Arbeitsumfeld und einem attraktiven Gehalt. Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und die Gesundheit der Mitarbeiter hätten einen hohen Stellenwert. Nach Ansicht von Arbeitgeberpräsident Rainer Dulger muss die Fachkräftesicherung auch politisch Priorität haben. Davon hänge die Zukunft von Wirtschaft und Gesellschaft ab. *Michael Wojtek*

Bewerber haben ganz konkrete Erwartungen an ihre künftige Firma.

Politischer Extremismus belastet das Image von Standorten

RADIKALE AKTIONEN Politische Stabilität ist ein wichtiger Standortfaktor, der durch gewaltbereite Aktivisten infrage gestellt werden kann

Als im Flüchtlingsherbst 2015 in Dresden Tausende Demonstranten der sogenannten Pegida-Bewegung auf die Straße gingen, um gegen eine befürchtete Überfremdung und Islamisierung zu protestieren, gingen die Nachrichtenbilder um die Welt. Auch die schweren Ausschreitungen gewaltbereiter Extremisten beim G-20-Gipfel im Juli 2017 in Hamburg fanden internationale große Beachtung. Und wenn am 1. Mai in Berlin mal wieder Straßenzüge brennen und Polizisten von Linken und Autonomen mit Steinen beworfen werden, wird auch das bei internationalen Medien aufmerksam registriert.

Imageschaden Wann immer Bilder und Berichte von Ausschreitungen, ausländerfeindlichen Demonstrationen, radikalen Gruppen oder konzertierten Angriffen auf Firmen oder staatliche Einrichtungen in Deutschland in der Nachrichtenwelt eine solche Fallhöhe erreichen, dass Reporter weltweit darüber berichten, ist der Imageschaden beträchtlich und kann Auswirkungen haben auf die Standortwahl von Unternehmen. Auch ausländische Fachkräfte, die in Deutschland arbeiten wollen, sind schnell verunsichert, wenn der Firmensitz ihres potenziellen Arbeitgebers als Neonazi-Hoch-

burg bekannt ist oder für eine gewaltbereite linke Szene, die der Industrie generell den Kampf ansagt.

Politische Stabilität Zu den relevanten Standortfaktoren der Wirtschaft gehört die politische Stabilität eines Landes oder einer Region. Deutschland zählt dabei traditionell zu den als politisch stabil erachteten Staaten der Erde, getragen von demokratischen, freiheitlichen und rechtsstaatlichen Strukturen. Dennoch ist die Bundesrepublik nicht frei von unternehmerischen Risiken, die sich aus politisch motivierten Aktionen radikaler Aktivisten ergeben. So stellt der Extremismus eine Bedrohung für Unternehmen dar, die entweder direkt angegriffen werden oder unter einem Imageschaden des Standortes etwa durch fremdenfeindliche Kundgebungen leiden. Das Ifo-Institut in Dresden kommt in einer Expertise zu dem Schluss, dass die politischen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen einer Region für die Ansiedlungsentscheidung von Bedeutung sind und einen universellen Charakter haben. Die regionalen Rahmenbedingungen würden durch den Grad an politischer Stabilität geprägt und könnten durch die jeweilige Regierung maßgeblich beeinflusst werden. Häufige Politikwechsel etwa seien für

Unternehmer schwerer berechenbar und für den Standort unter Umständen unattraktiver, heißt es.

Regionale Tradition Unter den politischen, rechtlichen und sozialen Rahmenbedingungen werden vom Ifo-Institut unter anderem die Stichworte Rechtssicherheit, aber auch Image und Tradition einer Region aufgeführt. Zu den Standortfaktoren, die im weiteren Sinne die Lebensqualität mit beeinflussen können, gehört der Aufstiegs der Wissenschaftler zufolge die

Kriminalität. Im März 2019 trafen sich Experten aus der Wirtschaft und Wissenschaft sowie von Sicherheitsbehörden, um über die Gefahren durch Extremismus für Firmen zu beraten. Auf der 13. Sicherheitskonferenz des Bundesamtes für Verfassungsschutz (BfV) und der Allianz für Sicherheit in der Wirtschaft (ASW) sprachen die Fachleute von einer wachsenden Gefahr. Der Vizepräsident der Verfassungsschutzbehörde, Sinan Selen, benannte als Risiken Sabotage und schwere Anschläge auf Firmen. Daneben gefährdeten Extremisten den

Wirtschaftsstandort Deutschland, „wenn sie durch menschenverachtendes Agieren unser Ansehen in der Welt beschädigen und potenzielle Fachkräfte sowie Investoren aus dem Ausland abschrecken“.

Extremismus Dem Verfassungsschutz macht die „schleichende Entgrenzung zwischen dem legitimen bürgerlichen Protest und extremistischen Strömungen“ zunehmend Sorge. Die Wirtschaft muss sich nach Ansicht des BfV „auf extremistische Protestformen einstellen“. Auch der ASW-Vorsitzende Volker Wagner beklagte: Die Wirtschaft sei immer wieder direkt von Extremismus betroffen. „Die Grenze zwischen bürgerlichen Interessenbekundungen und extremistischen Handlungen sind dabei fließend.“ Führende Wirtschaftsvertreter und Politiker äußerten sich 2020 alarmiert, als im damaligen Verfassungsschutzbericht von einem zunehmenden Extremismus die Rede war. Der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), Eric Schweizer, wies im „Handelsblatt“ darauf hin, dass politische Stabilität und Weltfrieden wichtige Faktoren für das Engagement ausländischer Unternehmen seien und resümierte: „Extremistische Tendenzen sind daher Gift auch für unsere Volkswirt-

schaft.“ Auch die Vize-Vorsitzende der Mittelstands- und Wirtschaftsunion (MIT), die Bundestagsabgeordnete Jana Schimke (CDU), äußerte sich besorgt: „Wenn wir Unternehmen und Fachkräfte nach Deutschland holen wollen, um hier den Wohlstand zu steigern, müssen wir jede Form von Extremismus mit aller Härte bekämpfen“, sagte sie der Wirtschaftszeitung. Und der FDP-Abgeordnete Michael Theurer warnte: „Fremdenfeindliche Straftaten, ausländerfeindliche Demos oder auch entsprechende Reden im Bundestag schaden Deutschland und unserem Wohlstand.“ Im Verfassungsschutzbericht 2021, der im Juni 2022 veröffentlicht wurde, wird das Thema wieder aufgegriffen. Hier lautet im Kapitel Linksextremismus ein Unterpunkt: „Angriffe auf Wirtschaftsunternehmen“. Dort heißt es, linksextremistisch motivierte Brandstiftungen oder Sachbeschädigungen an Fahrzeugen, Maschinen oder Infrastruktur von Unternehmen verursachten jedes Jahr Schäden in Millionenhöhe. Neben konkreten Anlässen solle damit das „kapitalistische System“ bekämpft werden. Viele Unternehmen würden als „Erfüllungsgehilfen“ des Staates angesehen. Als ein Beispiel genannt wird ein Brandanschlag im Mai 2021 auf die Baustelle der Tesla-Fabrik in Brandenburg. *pk*



Eine Protestveranstaltung 2019 gegen die ausländerfeindliche, extremistische Pegida-Bewegung in Dresden

© picture-alliance/dpa-Zentralbild | Matthias Rietschel

Das Bürgerinteresse gibt es nicht. Es ist ein Unterschied, ob eine Werkhalle vor den Balkon gesetzt werden soll oder ob man einige Straßen weiter wohnt und auf einen guten Job hofft. Um divergierenden Interessen so gut wie möglich gerecht zu werden, schreibt das Baugesetzbuch schon seit Langem die Bürgerbeteiligung bei der Erstellung eines Bebauungsplans vor. Alle Pläne müssen ausgelegt und Einwände geprüft werden. Mittlerweile gehen Kommunen immer öfter über dieses formelle Beteiligungsverfahren hinaus. Als sogenannte informelle Bürgerbeteiligung gelten, wie Jan Strehmann vom Deutschen Städte- und Gemeindebund erläutert, Dialogveranstaltungen im betroffenen Ort oder Stadtteil, um ein Projekt vorzustellen und Feedback einzuholen, Workshops mit bestimmten Zielgruppen und Online-Beteiligungsverfahren, bei denen man Bedenken oder auch Vorschläge einbringen kann. Zunehmend geht man auch zu Verfahren über, bei denen Menschen nach dem Zufallsprinzip ausgewählt werden, um ihre Meinung einzuholen, berichtet Strehmann. Denn es sei bei der Bürgerbeteiligung immer eine besondere Herausforderung, die Menschen zum Mitmachen zu bewegen, „damit nicht nur die wenigen Lauten gehört werden“. Gerade bei Vorhaben, die sich auf den Stadtteil oder die Gemeinde auswirken, etwa durch Emissionen oder zusätzlichen Verkehr, sei es „sehr ratsam für die Entscheider und die Verwaltung, über formale Beteiligungsverfahren hinaus frühzeitig zu informieren und zu konsultieren, Einwände aufzunehmen und nach Möglichkeit auch zu berücksichtigen“, sagt Strehmann. Am Ende aber gelte es abzuwägen, „was für die Kommune übergreifend wichtig ist, so dass man den Protest Einzelner vielleicht auch hinnehmen muss, und diese Abwägung treffen gewählte politische Vertreter“. Denn: „Jedes Kommunalparlament repräsentiert ja auch die Bürgerinnen und Bürger.“ Damit die gewählten Vertreter aber eine sachliche Entscheidung treffen können, sei es wichtig, zuvor eine Plattform für die Aufnahme von Meinungen zu bieten.

Lernprozesse Nach Strehmanns Beobachtung waren die Proteste gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 im Jahr 2010 für viele Kommunen bundesweit ein Auslöser, informelle Beteiligungsverfahren zu stärken. Stuttgart 21 war ein Paradebeispiel für das, was die Wissenschaft Beteiligungs-Paradoxon nennt: Ein Projekt wird jahrelang vorbereitet, die Medien berichten auch, aber obwohl sich Projekte in ihrer frühen Phase noch am ehesten beeinflussen lassen, interessiert sich kaum jemand sonderlich dafür. Erst wenn das Projekt so weit fortgeschritten ist, dass sich nur noch schwer etwas ändern lässt, wächst der Wunsch nach Beteiligung gewaltig, werden Bürger zu „Wutbürgern“. Die Verantwortlichen in den Kommunen haben daraus gelernt. Manche Großstädte, berichtet Strehmann, hätten heute richtige Stabsstellen, die anderen Verwaltungen dabei helfen, ihre Vorhaben zu kommunizieren und Beteiligungen zu organisieren. In kleinen Gemeinden sei man näher beim Bürgermeister, da seien nicht so aufwendige Formate nötig. Gelernt aus Stuttgart 21 hat auch die Deutsche Bahn. Sie will im Raum Nürnberg ein großes ICE-Instandhaltungswerk mit rund 450 Arbeitsplätzen bauen. Die Züge sollen dort gewartet, gereinigt und repariert werden. Im Herbst 2020 gab die Bahn die Pläne bekannt und auch die erwogenen genauen Standorte, darunter den bevorzugt direkt an der südöstlichen Stadtgrenze zwischen Nürnberg-Altenfurt und Fischbach. Dieser Standort läge allerdings im Reichswald, zehntausende Bäume müssten

Mitreden erwünscht

BETEILIGUNG Der Protest gegen das Bahnprojekt Stuttgart 21 war für viele Kommunen der Auslöser, Beteiligungsverfahren zu stärken.



Der Protest gegen den Neubau des Stuttgarter Hauptbahnhofs und den damit verbundenen Stadtbau dauerte Jahre an.

© picture-alliance/dpa/Rainer Jensen

gefallen werden. Zwar würde die Bahn an demorts Ausgleichsflächen aufstufen, dennoch erhob sich sofort Protest. Daraufhin nahmen auch Nürnbergs Oberbürgermeister Marcus König (CSU) und der aus Nürnberg kommende bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU), die beide das Vorhaben an sich begrüssen, gegen den Standort Stellung. Im September 2021 ließ die Bahn schließlich Altenfurt/Fischbach und fünf weitere Standorte fallen. Von den drei verbliebenen sind zwei bei Feucht südlich von Nürnberg und einer noch ein Stück weiter südlich bei Allersberg. Auch

diese drei Flächen liegen allerdings im Reichswald. Der Bund Naturschutz in Bayern schlug deshalb einen Alternativ-Standort auf einer Industriebrache am Nürnberger Hafen vor, den die Bahn nach eigenen Angaben intensiv prüfte, aber vor allem aus Platzgründen verwarf. Seit Bekanntgabe des Vorhabens hat Projektleiter Carsten Burmeister zahlreiche Informationsveranstaltungen durchgeführt. „Mit ruhig und sachlich vorgetragenen Argumenten drang Burmeister selten durch“, berichtete die „Süddeutsche Zeitung“, „weil sie kaum einer hören wollte. Was er

vortrug, wurde reflexartig bezweifelt – oder gleich als falsch deklariert.“ Die Informationsveranstaltungen gingen auch weiter, nachdem die Bahn im Februar die Unterlagen für das Raumordnungsverfahren zu den drei verbliebenen Standorten bei der Regierung von Mittelfranken eingereicht hatte. In die 2.000 Seiten umfassenden Antragsunterlagen sind nach Angaben der Bahn rund 250 Zuschriften, Rückfragen und Hinweise aus der Bürgerschaft eingeflossen. Im Raumordnungsverfahren konnten vom 4. Mai bis 30. Juni erneut betroffene Kommunen, Behörden, Verbände und

Bürger Stellung nehmen. Anschließend im Planfeststellungsverfahren für den letztlich verbliebenen Standort wird es noch einmal eine Bürgerbeteiligung geben. Egal wie die Entscheidung am Ende fällt, nicht alle werden sich damit abfinden. In den Informationsversammlungen sind schon massive Proteste angekündigt worden.

Über Gemeindegrenzen Dass es auch anders geht, dafür gibt es ein Beispiel im benachbarten Baden-Württemberg. Dort, in Weilheim an der Teck, wird Cellcentric, ein Gemeinschaftsunternehmen von Daimler-

Benz und Volvo, Brennstoffzellen für elektrisch angetriebene Schwerlastwagen herstellen. Die Bürgerschaft von Weilheim hat dem zugestimmt. Zuvor allerdings hatten sich im nahegelegenen Dettingen bei einem Bürgerentscheid 62 Prozent gegen die Ansiedlung entschieden. Als das Unternehmen daraufhin das Weilheimer Rosenlosh ins Auge fasste, formierte sich auch dort Widerstand. Eine „Initiative Rosenlosh“ machte sich für den Erhalt der Äcker und Wiesen stark und forderte, stattdessen eine Industriebrache zu nutzen, die sich aus Sicht von Cellcentric allerdings nicht für das Vorhaben eignet.

Ende letzten Jahres führte Weilheim ein Verfahren der „Dialogischen Bürgerbeteiligung“ durch, wie es ein Anfang 2021 in Kraft getretenes Landesgesetz vorsieht, wenn auch nicht vorschreibt. Es ist das erste Gesetz dieser Art in Deutschland. Die Teilnehmer an diesen Verfahren werden nach dem Zufallsprinzip aus dem Melderegister ausgewählt, wobei trotzdem auf eine möglichst repräsentative Verteilung geachtet wird. Die so geschaffene Gruppe wird von Interessenvertretern sowie unabhängigen Experten ausführlich informiert, sie diskutiert darüber und spricht am Ende Empfehlungen aus.

Trotz dieses Verfahrens aber sammelte die Initiative Rosenlosh Unterschriften für ein Bürgerbegehren mit dem Ziel eines Bürgerentscheids. Dem kam der Gemeinderat zuvor und beschloss von sich aus einen Bürgerentscheid. Dieser fand im April statt und endete mit 70,1 Prozent für das neue Gewerbegebiet, bei beachtlichen 60,7 Prozent Wahlbeteiligung. Dass die Weilheimer so anders entschieden haben als zuvor die Dettinger, könnte auch damit zu tun haben, dass der örtliche Wahlkreisabgeordnete und Fraktionsvorsitzende der Grünen im Stuttgarter Landtag, Andreas Schwarz, sich hinter das Projekt stellte und Ministerpräsident Winfried Kretschmann (Grüne) wenige Tage vor dem Bürgerentscheid in Weilheim für ein Ja warb.

Neue Allianzen Christoph Nold, leitender Geschäftsführer der Industrie- und Handelskammer (IHK) im Bezirk Esslingen-Nürtingen, hat die Bürgerbeteiligung in Weilheim begleitet. Vor dem Hintergrund gefährdeter Wertschöpfungsketten in seiner industriegeprägten Region sieht er mit Sorge, dass in den letzten zwei Jahren nur knapp die Hälfte der Bürgerentscheide pro Standort ausgegangen sei. Die anderen Vorhaben seien „am Willen der Bürger gescheitert, die am liebsten den Status Quo festnageln würden“, bedauert Nold. Verbündete finde die IHK in den Gewerkschaften, mit denen man sich gemeinsam auf die Expertenanhörungen im Rahmen der Bürgerbeteiligung vorbereite und die dasselbe Interesse an funktionierenden Wertschöpfungsketten hätten. „Da passt kein Blatt Papier dazwischen“, freut sich Nold.

In der qualifizierten Bürgerbeteiligung nach dem neuen Landesgesetz sieht Nold „definitiv einen Mehrwert“, auch wenn es ein aufwendiges Verfahren sei, das kleine Kommunen überfordern könne. Vertreter von Einzelinteressen verlor er dadurch „ein Stück weit ihre Deutungsvoilet“. Allerdings kritisiert Nold, dass auch nach einer qualifizierten Bürgerbeteiligung immer noch Einzelinteressen über einen Bürgerentscheid den Gemeinderat ausbremsen können. Baden-Württemberg habe es bei Einführung dieses Gesetzes „versäumt, da einen Riegel vorzuschieben“. Im offiziellen Beteiligungsportal Baden-Württemberg heißt es dazu passend: „Bei Direkter Demokratie geht es am Ende darum, dass sich eine Seite per Mehrheit durchsetzt. Bei Dialogischer Bürgerbeteiligung geht es darum, zu einer ausgewogenen Lösung zu kommen.“

Peter Stütze |

Fünf bis zehn Gutachten für ein Verfahren

GENEHMIGUNGEN Die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt kann sich lange und umständliche Prozesse im Vorfeld von Investitionen nicht leisten, betonen Experten.

Erst Tesla mit seiner E-Auto-Gigafactory im brandenburgischen Grünheide, dann Chip-Hersteller Intel mit der Ankündigung einer Rekordinvestition von 17 Milliarden Euro in Magdeburg – ein Leuchtturmprojekt nach dem anderen entsteht in Ostdeutschland. Doch trotz dieser Erfolgsmeldungen ist die Zahl der von ausländischen Unternehmen angekündigten Investitionsprojekte 2021 im Vergleich zum Vorjahr um zehn Prozent auf 841 gesunken, wie die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft EY Ende Mai bekanntgab. Laut Statistischem Bundesamt hat auch die deutsche Industrie 2020 sechs Milliarden Euro weniger in neue Anlagen investiert als noch im Jahr davor.

Der Ampel-Koalitionsvertrag sieht als wesentliche Ursache lange Planungs- und Genehmigungsverfahren. „Die Verfahren gelten international als nicht mehr konkurrenzfähig, wobei sich die Situation in den letzten Jahren noch spürbar verschlechtert hat“, diagnostiziert das Institut der deutschen Wirtschaft (IW). Bis eine Anlage genehmigt ist, könne das Produkt bereits wieder veraltet sein. Die Koalition hat sich daher vorgenommen, die Verfahrensdauer mindestens zu halbieren. Eine Umfrage des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI) hat ergeben,

dass sich Genehmigungsverfahren in den letzten Jahren um 30 bis 100 Prozent verlängert haben. Allein für die Vorbereitung des Verfahrens bis zum Einreichen des Antrags werde mit drei Monaten bis eininhalb Jahren gerechnet. Die Kosten eines Genehmigungsverfahrens beliefen sich auf 10.000 bis 100.000 Euro oder drei bis fünf Prozent der Bausumme. Dabei fließe ein Großteil der Ausgaben in Gutachten, die zwischen 5.000 und 20.000 Euro kosten. Hätten vor 15 Jahren noch zwei Gutachten ausgereicht, seien es heute fünf bis zehn. In Sachsen hat die sogenannte Hasenpflug-Kommission Ursachen für die Verzögerungen untersucht. Unter anderem habe sich die personelle Situation in den Behörden verschlechtert, auch was die technische Qualifikation angeht. In den Jahren bis 2030 gehe technisch geschultes Personal vermehrt in den Ruhestand, sodass Verwaltungsfachleute die Aufgaben von Ingenieuren übernehmen müssten, wenn nicht gegengesteuert werde.

Das Bundesimmissionschutzgesetz setzt den Behörden klare Fristen. Im förmlichen Verfahren für Neuanmeldungen ist die Dauer auf sieben Monate, bei wesentlichen Änderungen je nach Umfang auf sechs oder drei Monate und bei vereinfachten Verfahren auf drei Monate begrenzt. In

schwierigen Fällen kann um drei Monate verlängert werden. Eine vorzeitige Zulassung ist möglich, wenn mit einem positiven Bescheid gerechnet wird und der Investor sich verpflichtet, den früheren Zustand wieder herzustellen, falls der Antrag doch abgelehnt wird. Von dieser Regelung hatte Tesla-Firmenchef Elon Musk in Brandenburg Gebrauch gemacht. Als die ersten E-Fahrzeuge am 22. März in Grünheide vom Band liefen, war die Genehmigung gerade mal 18 Tage alt.

Ursachen für Zeitverluste Die Auswertung der Hasenpflug-Kommission hat ergeben, dass die meiste Zeit des Verfahrens darauf verwendet wird, die Antragsunterlagen für die weitere Prüfung zu vervollständigen. Je mehr Beteiligte es gibt und je breiter gestreut die zu prüfenden Voraussetzungen sind, desto wahrscheinlicher sind Verzögerungen. Kommt der Unternehmer im Verfahren noch mit Planänderungen, sind weitere Zeitverluste vorprogrammiert. Einige Industrie- und Handelskammern (IHK) haben daher Genehmigungslosens benannt, die Investoren beraten. Für die Zusammenstellung der Unterlagen und die Begleitung durch das Verfahren empfehlen sie allerdings, ein Ingenieur- oder Planungsbüro zu beauftragen.

Mittelständler, die erstmals einen Projektantrag stellen, unterschätzen gern Umfang, Aufwand und Dauer des Genehmigungsverfahrens. Als Gründe nennt die Hasenpflug-Kommission, dass nicht erkannt wird, ob für den Neu- oder Umbau einer Anlage ein Bauantrag ausreicht oder ob ein immissionschutzrechtlicher Antrag gestellt werden muss, etwa wenn eine Autowerkstatt eine Lackiererei anbaut. Wird zum

Beispiel eine Lackierstraße so optimiert, dass sich der Lackbedarf pro Teil verringert, Lackverbrauch und Emissionen insgesamt aber gleich bleiben, muss dies der Behörde nicht mitgeteilt werden.

Vorher miteinander reden Die Kommission hat eine gewisse Scheu bei Unternehmen festgestellt, sich vorab bei der Behörde oder der IHK zu informieren. „Sprechen, sprechen, sprechen im Vorfeld einer Antragstellung“, appelliert daher Jacek Jeremicz, Genehmigungslosens bei der IHK Ostbrandenburg, an die Anstellungswilligen. Er will ihnen diese Scheu nehmen, um die Vorbereitung des Antrags so einfach wie möglich zu machen. Ein weiteres Hemmnis ist mangelnde Digitalisierung, wenn etwa die beteiligten Behörden mit Papier-Antragsexemplaren versorgt werden müssen. Selbst Postlaufzeiten aufgrund teilweise nur wöchentlicher Kurierfahrten wirken sich nachteilig auf die Verfahrensdauer aus, heißt es im Hasenpflug-Bericht. Am Projekt der elektronischen immissionschutzrechtlichen Antragsstellung (EliA) beteiligen sich derzeit die Länder Berlin, Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Sachsen und Schleswig-Holstein.

> STICHWORT

Genehmigungsverfahren

> **Ziel** Die Ampel-Koalition hat sich vorgenommen, die Dauer von Verfahren zur Genehmigung von Anlagen zu halbieren.

> **Kosten** Die Kosten eines Verfahrens belaufen sich im Durchschnitt auf 10.000 bis 100.000 Euro. Ein Großteil der Ausgaben fließt in Gutachten, die zwischen 5.000 und 20.000 kosten.

> **Dauer** Allein für die Vorbereitung des Verfahrens bis zum Einreichen des Antrags wird mit drei Monaten bis eininhalb Jahren gerechnet.

In Baden-Württemberg liegen dem Genehmigungsantrag 18 Formblätter bei, die beispielsweise Angaben zu Produktionsverfahren, Emissionen, Lärm, Abwasser, Abfall, Arbeitsschutz oder Anlagensicherheit abfragen. Allein die Checkliste für die Antragsunterlagen ist 21 Seiten lang. Die Wirtschaft drängt, die Verfahren so zu gestalten, dass Gutachten und Anwälte weitgehend überflüssig werden. Der BDI kritisiert die Neigung, EU-Vorgaben unverändert in deutsches Recht zu übernehmen, anstatt Regelungsspielräume auszunutzen. Dies führe zu Diskussionen darüber, welche Unterlagen wie detailliert vorgelegt werden müssen. Viele Unternehmen hätten die Erfahrung gemacht, dass die Behördenvertreter eher den strengeren Maßstab wählen, um in einem späteren Rechtsstreit nicht den Kürzeren zu ziehen.

Dass es auch schnell gehen kann, zeigt das Beispiel Tesla. Am 12. November 2019 hatte Elon Musk angekündigt, in Grünheide investieren zu wollen, gut zwei Jahre später war die Genehmigung da und das Werk gebaut. „Tesla hat gezeigt, dass es geht. Wir müssen was machen, wir sind die viertgrößte Volkswirtschaft der Welt“, unterstreicht Jacek Jeremicz von der IHK Ostbrandenburg, in deren Bezirk Grünheide liegt.

Volker Müller |

AUFGEKEHRT

Wo ist das Sommerloch?

Hurra, in vielen Bundesländern geht die Schule wieder los – und damit auch die leidige Diskussion um Masken, Tests und Personalmangel. Pünktlich zum Ferienende sind außerdem die Preise für Hefte, Füller und Ranzen kräftig gestiegen – bis zu 13,6 Prozent kostet alles mehr als im Sommer 2021, sagt das Statistische Bundesamt. Und um Schulen und Familien den Start ins neue Schuljahr richtig zu versüßen, hat die Bundesregierung noch einen draufgelegt und das Ende des Förderprogramms für mobile Luftreiniger verkündet; angeblich war die Nachfrage nicht so doll. Wie lange die Schulen überhaupt offen bleiben, fragen sich schon viele Eltern, und auch in den Rathäusern herrscht Ratlosigkeit: Wie sollen die Kommunen Heizkosten sparen, wenn die Klassenzimmer wegen Corona weiter alle 20 Minuten gelüftet werden müssen? Immerhin hat das Sommerloch an dieser Stelle wieder zuverlässig funktioniert: Sämtliche Lösungen für einen funktionierenden Schulbetrieb sind reingepurzelt und stecken darin fest wie intergalaktische Materie in ihrem schwarzen Pendant. Das ist so frustrierend wie unverständlich. Denn ansonsten ist das gute alte Sommerloch offenbar verschwunden. Wo sonst nur ein paar D-Promis, Problembären und Prügelprinzen durch die Nachrichten flirten, kommt im Sommer 2022 alles Krisenhafte zusammen: Krieg, Corona, Rekordhitze. Fischsterben, Inflation, Gaskrise. In Chile, wird berichtet, hat sich Ende Juli plötzlich ein Erdloch aufgetan. Es bohrt sich mit einem Durchmesser von 25 Metern und einer Tiefe von rund 200 Metern in den Boden der Atacama-Wüste. Ist dahin etwa unser schönes Sommerloch verschwunden...? Kinder, wenn das so ist, müssen wir uns alle warm anziehen. *Johanna Metz*

VOR 35 JAHREN...

Genuss mit Folgen

23.8.1987: Tschernobyl-Auswirkungen noch spürbar. Eine Gefährdung der deutschen Bevölkerung sei „absolut auszuschließen“, erklärte Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann (CSU) zwei Tage nach dem Super-GAU von Tschernobyl. Am 26. April 1986 war in



Auch hierzulande mussten Bauern nach dem Super-Gau ihre Ernten vernichten.

dem Atomkraftwerk ein Reaktor explodiert, radioaktives Material wurde mehr als einen Kilometer hoch in die Atmosphäre geschleudert. Eine radioaktive Wolke zog über Europa – mit weitreichenden Folgen. Mehr als ein Jahr später warnte das Bundesumweltministerium am 23. August 1987, dass bei Pilzen, Süßwasserfischen sowie in Reh- und Hirschfleisch noch erhöhte Strahlenwerte auftreten können. Von übermäßigem Genuss werde abgesehen, hieß es in einer Mitteilung des Ministeriums. Vor allem vor dem Maronenröhrling wurde gewarnt: Bei dem freiwachsenden Speisepilz seien in Süddeutschland vereinzelt bis zu 7.000 Becquerel Gesamtcesium pro Kilogramm ermittelt worden, hieß es. Der EG-Grenzwert lag bei 600 Becquerel. Keine Bedenken bestanden laut Ministerium dagegen bei Lebensmittel aus dem Handel, da die Waren der Lebensmittelüberwachung unterlägen. Der Staatssekretär im Bundeslandwirtschaftsministerium, Georg Gallus (FDP), forderte, Wildfleisch aus stark verstrahlten Regionen zu vernichten. Nur so könne der Markt in Ordnung gebracht werden. „Die Leute essen im ganzen Land kein Wild“, so Gallus. Auch Jahrzehnte später sind die Folgen messbar. In fast allen Wildpilzen ließen sich noch radioaktive Spuren nachweisen, teilte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit Ende 2021 mit. Der Grenzwert von 600 Becquerel sei jedoch nicht mehr überschritten worden. *Benjamin Stahl*

ORTSTERMIN: ZECHER ZOLLVEREIN



Wahrzeichen des Ruhrgebiets: Schon von weitem weist das rote Doppelbockfördergerüst Besuchern den Weg zur Zeche Zollverein. Wo früher bis zu 24.000 Tonnen Kohle am Tag gefördert wurde, befinden sich heute Museen, Start-Ups und jede Menge Kulturangebote.

Unter Kumpeln

Geschäftig ging es zu im „Land der tausend Feuer“. Rund um die Uhr gruben Menschen unter Tage nach Kohle, die über Tage in der sogenannten Kohlenwäsche vom Gestein getrennt und in Kokereien zu Koks für die Stahlproduktion gebacken wurde. Es war die Zeit der Industrialisierung. Ein grauer Schleier hing beständig über dem Ruhrgebiet. „Meine Oma hat immer schnell die Bettdecken reingeholt, bevor alles voller Kohlestaub war“, erinnert sich Horst Rudnik. Der 60-Jährige arbeitete über 40 Jahre lang im Bergbau. Mit 14 Jahren ging er auf der Zeche Zollverein in Essen in die Lehre, holte später auf dem zweiten Bildungsweg ein Bergbau-Ingenieurstudium nach und arbeitete auf insgesamt zwölf Zechen. Heute führt er Besuchergruppen über die mittlerweile geschlossene Anlage in Essen. Bis zu 24.000 Tonnen Kohle wurden in der einst größten Zeche der Welt von 1851 bis 1986 täglich gefördert. Als das Geschäft mit der Kohle im Ruhrpott immer unattraktiver wurde, schlossen nach und nach die Zechen. Statt als Ruine zu verfallen, wurde die

Zeche Zollverein teilweise umgewandelt. Die Originalanlagen blieben erhalten, in nicht mehr benötigte Gebäude zogen Museen, Start-ups und Restaurants ein. Auch die Folkwang-Universität der Künste hat dort einen Standort. Seine Touren beginnt Rudnik auf der 50 Meter hohen Aussichtsplattform auf dem Dach der ehemaligen Kohlenwäsche. Dort zeigt sich, wie die Kohleindustrie mit ihren über 300 Zechen den Ruhrpott geformt hat. Städte wie Essen, Duisburg, Bottrop oder Gelsenkirchen haben ihre heutige Größe Industrialisierung und Kohleförderung zu verdanken. Durch den Abbau des Gesteins und die entstandenen Hohlräume ist der Boden an einigen Stellen abgesackt, auch das lässt sich vom Aussichtspunkt gut erkennen. In der Ferne steigt weißer Rauch aus einer aktiven Kokerei auf. Obwohl Deutschland 2018 aus der Steinkohleförderung ausgestiegen ist, wird im Ruhrgebiet laut Rudnik noch importierte Kohle gebacken. Er trägt seinen Helm, lange Hose und ein gestreiftes Zechenhemd. Die rund 32 Grad Außentemperatur machen ihm nichts aus.

„Unter Tage ist es immer so warm gewesen“, sagt er. Was mit der Kohle passiert, nachdem sie an die Oberfläche gefördert wurde, können sich Besucher ein Stockwerk weiter unten in der Kohlewäsche anschauen. Auf den originalen Förderbändern und in Waschtrommeln wird mit Hilfe von Projektionen der Weg der Kohle nachgezeichnet. Noch eine Etage weiter unten zeigt das Ruhrmuseum, wie der Bergbau die Gesellschaft geprägt hat. Früher habe sich das gesamte Leben um das Bergwerk gedreht, oft seien Nachbarn gleichzeitig Kumpel gewesen, sagt Rudnik. Mit Schwimmbad, Open Air-Kino und Eisbahn versucht Zollverein Teil des kulturellen Lebens zu bleiben – sogar heiraten kann man dort. Während Rudnik über das Gelände läuft, lässt sich eine Hochzeitsgesellschaft vor den roten Backsteingebäuden fotografieren. Seit 2001 gehört das Areal zum Unesco Weltkulturerbe. Für Rudnik ist es wichtig, die Erinnerung an Zechen und Bergbau durch die Führungen aufrechtzuerhalten. Er sei stolz „40 Jahre das Ruhrgebiet mitgeprägt“ zu haben. *Denise Schwarz*

LESERPOST

Zu der Zeitung „Das Parlament“: Seit dreißig Jahren beziehe ich „Das Parlament“, muss aber seit geraumer Zeit feststellen, dass die Zeitung kaum noch dem Namen gerecht wird. Auch wenn jetzt gerade die parlamentarische Sommerpause ist, wird es wohl doch innerdeutsche Themen geben, die den Bundesbürger direkt betreffen und über die zu berichten wäre. Zugegeben, es sind nur Krisenthemen. Aber nein, sie schreiben ausführlich zu einem internationalen Thema. In der letzten Ausgabe waren es überwiegend die Berichte zur NATO. Für einige Leser, die sich noch nie oder wenig mit diesem Thema befasst haben, ist das bestimmt interessant. Aber es fehlt doch eine politische Notiz beispielsweise zur Euroschwäche, Inflation, Rezession, Arbeitskräftemangel, Liefer-

engpässe, Wassermangel, Klimakrise, Energiekrise und zur Regierungsarbeit der Ampelkoalition. Machen sie „Das Parlament“ wieder vielseitiger in der Berichterstattung, damit es zum Informationsaustausch zwischen Parlament zu Leser und letztlich zur Meinungsbildung in der Gesellschaft dient. *Hans-Dieter Seul, Berlin*

Zur Ausgabe 30-31 vom 25. Juli 2022, „Sorglos am Strand“ auf Seite 1: Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach kann es wohl kaum noch erwarten, bis es endlich richtig herbstet, deshalb muss nun ganz auf die Superschnelle eine Sommerwelle her. Er rät allen Unkenrufe zum Trotz zur sofortigen vierten Impfung. Der (wirkungslos gewordene)

Impfstoff muss schließlich verimpft werden bevor er zu verfallen droht. *Riggi Schwarz, Büchenbach*

Haben Sie Anregungen, Fragen oder Kritik? Schreiben Sie uns:

Das Parlament
Platz der Republik 1
11011 Berlin
redaktion.das-parlament@bundestag.de

Leserbriefe geben nicht die Meinung der Redaktion wieder. Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen.

Die nächste Ausgabe von „Das Parlament“ erscheint am 5. September.

Der Bundestag lädt ein

VERANSTALTUNG Der Deutsche Bundestag öffnet am Sonntag, 4. September 2022, wieder seine Türen zum traditionellen Tag der Ein- und Ausblicke. Von 9 bis 19 Uhr (letzter Einlass 18 Uhr) können Besucher einen Blick hinter die Kulissen von Parlament und Politik werfen. Wer möchte, lernt auf einem Rundgang die Gebäude des Bundestages kennen: Vom Marie-Elisabeth-Lüders-Haus mit seiner mehrgeschossigen Bibliotheksrunde geht es über die Spreebrücke ins Paul-Löbe-Haus und von dort unterirdisch ins Reichstagsgebäude. Unterwegs gibt es einiges zu entdecken: Die modernen Parlamentsbauten beherbergen interessante Kunstwerke und eindrucksvolle Spuren der Geschichte. Im Reichstagsge-



Am 4. September findet im Bundestag der Tag der Ein- und Ausblicke statt.

bäude lohnt ein Blick in den Plenarsaal. Auf den Besuchertribünen berichten die Vizepräsidentinnen und der Vizepräsident über die Arbeit des Bundestages und beantworten Fragen. In der Abgeordnetenlobby zeigt die Ausstellung „Sight Seeing Bundestag“ von Marion Eichmann das Parlament aus ungewöhnlichen Blickwinkeln. Auf der Bühne erwarten die Besucher Podiumsdiskussionen, in den Sitzungssälen laden Ausschüsse zu Bürgergesprächen ein. Draußen am Spreeufer präsentiert die Bundestagspolizei eines ihrer Einsatzfahrzeuge. Auch für Kinder bietet der Tag ein buntes Programm. *mis*

PERSONALIA

>Carl Ewen †
Bundestagsabgeordneter 1972-1994, SPD
Am 4. August starb Carl Ewen im Alter von 91 Jahren. Der Rektor aus dem ostfriesischen Krummhörn trat 1959 der SPD bei. Von 1961 bis 1987 war er Kreistagsabgeordneter in Norden bzw. Aurich, amtierte von 1964 bis 1972 als Landrat des Kreises Norden und war von 1988 bis 2002 Präsident der Ostfriesischen Landschaft. Ewen, von 1980 bis 1987 Parlamentarischer Geschäftsführer seiner Bundestagsfraktion, wirkte unter anderem im Finanz-, im Haushalts- sowie im Verkehrsausschuss mit.

>Karlheinz Gutmacher
Bundestagsabgeordneter 1990-2005, FDP
Karlheinz Gutmacher wird am 24. August 80 Jahre alt. Der Chemiker aus Jena trat 1961 in der DDR der LDPD und 1990 der FDP bei. 1991 wurde er in den Landesvorstand von Thüringen gewählt, war von 1995 bis 2003 Präsidiumsmitglied und 2002/03 Landesvorsitzender. Von 1995 bis 1997 gehörte er dem FDP-Bundesvorstand an. Gutmacher engagierte sich vorwiegend im Petitionsausschuss, dessen Vorsitz er 2004/05 innehatte.

>Cornelie Sonntag-Wolgast
Bundestagsabgeordnete 1988-2005, SPD
Am 29. August vollendet Cornelie Sonntag-Wolgast ihr 80. Lebensjahr. Die Journalistin aus Bonn trat 1971 der SPD bei und war von 1991 bis 1993 Sprecherin des Parteivorstands. Sonntag-Wolgast, 1997/98 stellvertretende Vorsitzende ihrer Bundestagsfraktion, engagierte sich zumeist im Innenausschuss, an dessen Spitze sie von 2002 bis 2005 stand. Von 1998 bis 2002 war sie Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister des Inneren.

>Hans-Werner Ehrenberg
Bundestagsabgeordneter 2012-2013, FDP
Am 30. August wird Hans-Werner Ehrenberg 70 Jahre alt. Der Gymnasiallehrer aus Sundern trat 1997 der FDP bei, war von 2000 bis 2015 Vorsitzender des Kreisverbandes Hochsauerland und Vorstandsmitglied des FDP-Bezirksverbands Südwestfalen. Ehrenberg gehörte dem Auswärtigen Ausschuss an.

>Rolf Kutzmutz
Bundestagsabgeordneter 1994-2002, PDS
Am 1. September wird Rolf Kutzmutz 75 Jahre alt. Der Diplom-Wirtschaftler wurde 1967 SED-Mitglied und trat 1990 der PDS bei. Von 2003 bis 2005 amtierte er als deren Bundesgeschäftsführer. Von 1990 bis 2014 war er Stadtverordneter in Potsdam. Er wirkte im Wirtschaftsausschuss mit.

>Hans-Werner Müller
Bundestagsabgeordneter 1976-1994, CDU
Hans-Werner Müller vollendet am 3. September sein 80. Lebensjahr. Der Diplom-Handelslehrer aus Wadern-Nunkirchen trat 1967 der CDU bei und war Vorsitzender des Kreisverbands Merzig-Wadern. Von 1968 bis 1978 gehörte er dem gleichnamigen Kreistag an. Müller arbeitete im Wirtschafts- sowie im Haushaltsausschuss mit. Von 1977 bis 1979 saß er im Europäischen Parlament.

>Annette Faße
Bundestagsabgeordnete 1987-1990, 1994-2009, SPD
Annette Faße vollendet am 6. September ihr 75. Lebensjahr. Die Erzieherin aus Langenlmsum/Kreis Cuxhaven wurde 1972 Mitglied der SPD und stand von 1988 bis 2004 an der Spitze des dortigen Unterbezirks. Von 1986 bis 2021 war sie Kreistagsabgeordnete. Faße wirkte im Tourismus- sowie im Verkehrsausschuss mit, wo sie von 2002 bis 2005 als stellvertretende Vorsitzende war.

>Eduard Oswald
Bundestagsabgeordneter 1987-2013, CSU
Am 6. September wird Eduard Oswald 75 Jahre alt. Der Diplom-Betriebswirt aus Augsburg trat 1966 der CSU bei, war von 1972 bis 1998 Mitglied des Kreistags Augsburg und gehörte von 1978 bis 1986 dem Bayerischen Landtag an. 1998 war Oswald kurzzeitig Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Von 1998 bis 2005 war er Vorsitzender des Verkehrsausschusses, von 2005 bis 2009 desgleichen des Finanzausschusses sowie von 2009 bis 2011 Vorsitzender des Wirtschaftsausschusses. Von 2011 bis 2013 amtierte Oswald als Vizepräsident des Bundestages.

>Ursula Fischer
Bundestagsabgeordnete 1990-1994, PDS
Ursula Fischer wird am 6. September 70 Jahre alt. Die Kinderärztin aus Nordhausen trat 1971 der SED und 1989 der PDS bei. 1990 wurde sie Mitglied des Thüringer PDS-Landesvorstands. 1989 gehörte sie der ersten frei gewählten Volkskammer an. Von 1990 bis 1994 war sie Parlamentarische Geschäftsführerin der PDS-Gruppe im Bundestag. Fischer wirkte im Gesundheitsausschuss mit. Von 1994 bis 2004 saß die Jubilarin im Thüringer Landtag. 2002 verließ sie die PDS. *bmh*

SEITENBLICKE



leicht
erklärt!

Erdgas-Mangel

Wie Deutschland Energie sparen will



In den letzten Monaten hört man es jeden Tag in den Nachrichten: Deutschland hat Probleme mit Erdgas.

Deswegen soll jetzt Erdgas gespart werden.

Und andere Energie.

Im folgenden Text gibt es weitere Infos dazu.

Folgende Fragen werden unter anderem beantwortet:

- Was ist Erdgas?
- Warum hat Deutschland im Moment so wenig davon?
- Wie soll Energie gespart werden?

Was ist Erdgas?

Erdgas ist eine Energie-Quelle.

Andere Energie-Quellen sind zum Beispiel:

- Erdöl
- Atom-Energie
- Wind-Kraft

Erdgas ist eine wichtige Energie-Quelle für Deutschland.

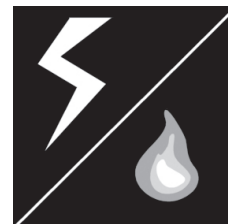
Nach Erd-Öl steht sie in Deutschland auf dem zweiten Platz.



Was wird mit Erdgas gemacht?

Erdgas wird für verschiedene Dinge genutzt.

- In vielen Gebäuden wird die Heizung mit Erdgas betrieben.
- Und auch das Wasser wird damit warm gemacht.
- Außerdem wird Erdgas genutzt, um verschiedene Produkte herzustellen. Zum Beispiel Dünger.
- Mit Erdgas wird auch Strom hergestellt.



Zu wenig Erdgas?

Ein bisschen Erdgas wird in Deutschland selbst aus der Erde geholt.

Aber: Den allergrößten Teil vom Erdgas kauft Deutschland von anderen Ländern.

Das meiste Erdgas kam dabei bisher aus Russland.

Über die Hälfte des Erdgases von Deutschland stammte von dort.



Seit ein paar Monaten kommt immer weniger Erdgas aus Russland nach Deutschland.

Russland sagt: Das hat mit den Maschinen zu tun, die für die Erdgas-Lieferung genutzt werden.

Viele Menschen gehen aber davon aus: Es gibt einen anderen Grund, warum Russland immer weniger Erdgas liefert.

Und zwar:

Im Februar hat Russland die Ukraine angegriffen.

Seitdem herrscht dort Krieg zwischen Russland und der Ukraine.

Einige Länder unterstützen die Ukraine in diesem Krieg.

Auch Deutschland und andere Länder in Europa.

Russland findet das nicht gut.

Deswegen liefert das Land weniger Erdgas.

Es ist eine Art Bestrafung.



Eine Sorge ist nun: Russland könnte die Lieferung ganz beenden.

Dann käme gar kein Erdgas mehr aus Russland nach Deutschland.

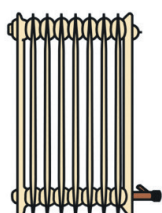
Das Erdgas würde in Deutschland also fehlen.

Welche Folgen hat der Erdgas-Mangel?

Wenn das Erdgas fehlt, gibt es verschiedene Probleme.

Zum Beispiel:

- Heizen und Strom werden teurer.
- Vielleicht können manche Menschen auch gar nicht mehr heizen.
- Firmen können nicht mehr all ihre Produkte herstellen.



Ein Problem könnte das vor allem im Winter werden.

Dann wird besonders viel Energie verbraucht.

Denn Gebäude müssen dann stark beheizt werden.

Was soll gegen den Erdgas-Mangel unternommen werden?

Deutschland hat also zu wenig Erdgas.

Und vielleicht wird in den nächsten Monaten noch weniger Erdgas zu uns kommen.

Und auch andere Länder in der Europäischen Union haben dieses Problem.

Die Europäische Union ist eine Gruppe von europäischen Ländern. Sie haben sich zusammengetan, um gemeinsame Ziele zu erreichen.

Die Länder der Europäischen Union haben entschieden:

Es soll Erdgas gespart werden. Und auch andere Energie.

Die Länder haben abgemacht: Sie wollen 15 Prozent Erdgas sparen.

Für manche Länder gibt es Ausnahmen.



Wie soll in Deutschland gespart werden?

In Deutschland soll sogar etwas mehr gespart werden, als mit der Europäischen Union abgemacht wurde.

Alle sollen dabei mitmachen.

- Der Staat
Also zum Beispiel Ämter
- Firmen und Geschäfte
- Jede einzelne Person
Zum Beispiel zuhause



Das Sparen soll auf verschiedene Arten funktionieren.

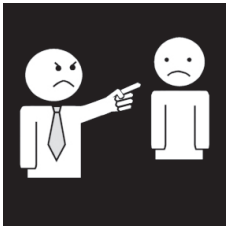
Zum Teil soll es freiwillig sein.

Dafür findet man im Moment immer wieder Tipps.

Zum Beispiel im Internet.

Zum Teil soll es eine Pflicht sein.

Dafür will die Regierung bestimmte Regeln einführen.



Regeln für die nächsten Monate

Einige der Regeln sollen am 1. September beginnen.

Sie sollen dann ein halbes Jahr gelten.

Also bis Ende Februar.

Mit diesen Regeln soll schnell Energie gespart werden.

Einige dieser Regeln werden nun beschrieben.



Regeln in öffentlichen Gebäuden

Öffentliche Gebäude sind Gebäude, die jeder betreten darf.

Also zum Beispiel Ämter.

Folgende Regeln sollen hier gelten:

- Flure und bestimmte andere Räume werden nicht mehr geheizt.

Es gibt aber Ausnahmen.

- In manchen öffentlichen Gebäuden soll es kein warmes Wasser mehr geben.

- Öffentliche Gebäude sollen nur noch auf 19 Grad geheizt werden.

Bisher waren es 20 Grad.

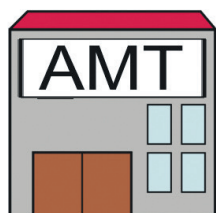
Es gibt aber Ausnahmen.

Zum Beispiel für Kranken-Häuser. Oder für Pflege-Einrichtungen.

- Manche öffentlichen Gebäude werden die ganze Nacht beleuchtet.

Das soll vor allem schön aussehen. Meistens ist es aber nicht nötig.

Solche Beleuchtung soll ausgeschaltet werden.



Regeln für Firmen und Geschäfte

- Firmen und Geschäfte sollen nachts keine Werbe-Tafeln mehr beleuchten.



Regeln für zuhause

- Viele Mieter haben die Pflicht, ihre Wohnung auf eine bestimmte Temperatur zu heizen.

So steht es im Miet-Vertrag.

Diese Pflicht soll eine Zeit lang nicht mehr gelten.

Dann können die Mieter die Wohnung auch etwas weniger heizen.

- Private Schwimm-Becken darf man nicht mehr mit Gas oder Strom heizen.

- Mieter und Erdgas-Kunden sollen mehr Infos bekommen.

Und zwar Infos darüber, wie viel Erdgas sie im Winter vielleicht verbrauchen werden.

Und wie sie sparen können.

Die Infos müssen vom Gas-Verkäufer oder vom Vermieter bekommen.

Regeln für die nächsten Jahre

Die bisher beschriebenen Regeln sollen ab dem 1. September gelten.

Andere Regeln sollen ab dem 1. Oktober gelten.

Und zwar für 2 Jahre.

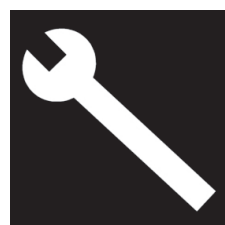
Sie sollen für alle öffentlichen Gebäude, privaten Gebäude und Firmen-Gebäude gelten.

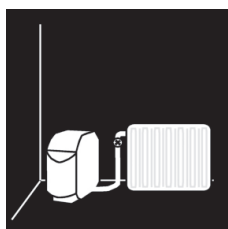
Damit soll über längere Zeit Energie gespart werden.

Dabei geht es unter anderem um Folgendes:

Erdgas-Heizungen und andere Geräte sollen regelmäßig überprüft werden.

Und sie sollen richtig eingestellt werden.





Denn: Wenn eine Heizung richtig eingestellt ist, verbraucht sie weniger Energie.

Manche Heiz-Geräte in Häusern müssen auch ausgetauscht werden.

Und zwar, wenn sie zu viel Energie verschwenden.

Freiwillig Energie sparen

Zum Teil ist das Energie-Sparen also eine Pflicht.

Außerdem bitten Politiker immer wieder: Die Menschen in Deutschland sollen auch freiwillig Energie sparen.

Im Moment findet man dazu viele Tipps.

Hier ein paar Beispiele:

- Man kann die eigene Wohnung ein Grad weniger heizen.
Dann spart man schon viel Energie.
- Man kann kürzer duschen.
Dann muss weniger Wasser erwärmt werden.
- Man kann alte Glüh-Birnen gegen Energie-spar-Birnen tauschen.
Die verbrauchen weniger Strom.
- Man kann alte Geräte durch neue ersetzen.
Zum Beispiel Kühl-Schränke.
Neuere Geräte brauchen meistens weniger Strom.



Wichtig bei all diesen Tipps ist:

Jedes Haus ist anders.

Man muss also ganz genau überlegen, was im eigenen Haus funktioniert.

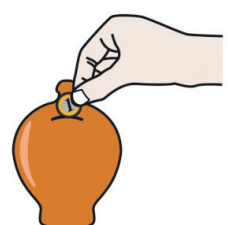


Wenn man Energie spart, hat das noch einen Vorteil.

Man kann dadurch auch Geld sparen.

Denn:

Energie kostet Geld.
Und in den letzten Monaten ist sie viel teurer geworden.



Kurz zusammengefasst



Erdgas ist für Deutschland eine wichtige Energie-Quelle.

Das meiste Erdgas kauft Deutschland von anderen Ländern.

Vor allem von Russland.

Seit ein paar Monaten liefert Russland aber immer weniger Erdgas nach Deutschland.

Manche Menschen haben die Sorge: Vielleicht liefert Russland bald gar kein Erdgas mehr.

Deswegen soll jetzt Erdgas in Deutschland gespart werden.

Jeder in Deutschland soll dabei mitmachen.

Zum Teil soll das freiwillig passieren.

Deswegen hört man im Moment häufig Tipps zum Energie-Sparen.

Zum Teil soll das Sparen aber auch eine Pflicht sein.

Dafür will die Regierung verschiedene Regeln einführen.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter:
www.bundestag.de/leichte_sprache

Impressum

Dieser Text wurde in Leichte Sprache übersetzt vom:



**Nachrichten
Werk**

www.nachrichtenwerk.de

Einen Ratgeber mit den Regeln der Leichten Sprache finden Sie auf der Internet-Seite des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales.

Titelbild: © picture alliance/dpa / Silvia Marks. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera (www.sclera.be), © Paxtoncrafts Charitable Trust (www.straight-street.com), © Sergio Palao (www.palao.es) im Namen der Regierung von Aragon (www.arasaac.org), © Pictogenda (www.pictogenda.nl), © Pictofrance (www.pictofrance.fr), © UN OCHA (www.unocha.org), © Ich und Ko (www.ukpukvve.nl). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative Commons Lizenz (www.creativecommons.org). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“ 34-35/2022
Die nächste Ausgabe erscheint am 5. September 2022.